



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Warnung vor Steuersenkungen

In seiner ersten Pressekonferenz als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags hat Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly den Freistaat vor Steuersenkungen gewarnt. Nach seiner Auffassung kommen auf die Kommunen enorme Kosten bei der Umsetzung der sog. Inklusion zu.

Im Juli hatte der Bayerische Landtag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine Änderung des Schulrechts beschlossen. „Damit trägt der Freistaat seiner Verantwortung für die Umsetzung der Inklusion nicht ausreichend Rechnung. Der Gesetzgeber drückt sich weitgehend um die Finanzierungsfolgen seines Gesetzes und lässt die Kommunen bei der Bewältigung der Mehrkosten im Stich“, kritisierte Maly und meinte: „Das Prinzip der Inklusion ist natürlich zu begrüßen. Aber mit einem Gesetz allein ist es nicht getan. Wenn der Staat Inklusion will und wenn Inklusion funktionieren soll, muss der Staat Inklusion ausreichend finanzieren. Aber genau daran hapert es.“

Konnexitätsprinzip

Das Inklusionsgesetz missachtet das seit dem Jahr 2004 in der Bayerischen Verfassung geltende Konnexitätsprinzip. Obwohl es bei den Kommunen erhebliche Mehrkosten auslöst, drücke sich der Staat vor dem Ersatz der Kosten. Der Freistaat bestreite sogar, dass sich aus dem Gesetz für die Kommunen überhaupt zusätzliche Verpflichtungen ergeben.

Der Städtetag sieht den Freistaat politisch in der Pflicht, die Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, dass die Inklusionsvorgaben auch tatsächlich erfüllt werden können. Maly: „Der Landtag darf im Vollzug eines Welt-Maßstabs mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht die Augen davor verschließen, dass die Finanzierung von Inklusionsangeboten ein Problem ist. Bei der Schlussdebatte im Land-

tag wurde dieser Punkt immerhin - allerdings kontrovers - erörtert.“

Mehrbelastung

Während sich CSU, FDP und Bündnis 90/GRÜNE weitgehend damit begnügten, die Konnexität zu bestreiten, hätten SPD und Freie Wähler Dringlichkeitsanträge mit dem Ziel angekündigt, die Kosten nach einem bzw. zwei Jahren zu evaluieren; im Falle einer wesentlichen Mehrbelastung soll dann eine Kostenerstattung oder Mitbeteiligung des Landes erfolgen. Laut Städtetagschef wäre dies zumindest ein sinnvoller Ansatz, den der Landtag im Herbst bei der Behandlung der Dringlichkeitsanträge weiterverfolgen sollte.

Wie Maly erläuterte, habe Kultusstaatssekretär Thomas Kreuzer in der Plenardebatte den



Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags Dr. Ulrich Maly. □

Kommunen zugesichert, die Kostenentwicklung im Auge zu behalten und für den Fall eines ganz erheblichen Mehraufwands eine Lösung zu finden. Wie dies in Cent und Euro für die Kommunen konkret aussehen könnte, habe Kreuzer allerdings nicht verraten. Ohne konkrete Aussagen zur Finanzierungsbeiträge ließen sich die örtlichen Herausforderungen der Inklusion aber nicht lösen. Maly: „Sollten sich hier keine tragfähigen Lösungen abzeichnen, bleibt den Städten nur der Weg, die erforderliche Finanzierung für die Inklusion vor dem Verfassungsgericht zu erstreiten. Über Klagen wird bereits nachgedacht.“

Als ein aktuelles Beispiel für das Konnexitätsprinzip nannte der Vorsitzende die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulbereich. Der Landtag habe für die Inklusion

die Konnexität abgelehnt, obwohl er gleichzeitig in einer Reihe von Punkten ausdrücklich eine Kostenbelastung der Kommunen eingestehen musste. Zudem lehne er die Konnexität mit einer fragwürdigen Begründung ab. So führe das Gesetzesvorblatt aus, dass bei der Bindung und Erfüllung der UN-Konvention kein Entscheidungs- oder Handlungsspielraum für den Freistaat Bayern bestehe.

Gesamtgesellschaft

Maly stellte dagegen fest: „Die Linie der Konnexität lässt sich klar ziehen: Die Bundesrepublik unterschreibt am 30. März 2007 eine UN-Konvention, der Bund spielt den Ball 2009 an die Länder weiter und der Freistaat nimmt 2011 wiederum die Kommunen in die (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Gemeindetag:

Beherzte Schritte wagen

Der Bayerische Gemeindetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, zusätzliche staatliche Mittel von mindestens 100 Millionen Euro für Demografie geplagte Gemeinden im Freistaat zur Verfügung zu stellen und für eine faire Finanzausstattung aller Gemeinden zu sorgen. Wie Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei einer Pressekonferenz in München erläuterte, „erwarten wir ein klares Zeichen zur Bewältigung von kommunalen Problemen, die sich durch die demografische Entwicklung ergeben“. Geringere Einwohnerzahlen bedeuteten stets auch sinkende Einnahmen für die Kommunen. Durch staatliche Finanzmittel müsse zielgerichtet auf die sachlichen Bedürfnisse reagiert werden.

Brandl plädierte dafür, verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu schaffen. Das erfordere eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik, ein intelligen-

Seehofer, Wirtschaftsminister Zeil und Innenminister Herrmann besetzten Kabinettsausschuss eingesetzt hat, der sich um Strategien und Lösungswege bemühen soll, die nachteilig betroffenen ländlichen Regionen zu unterstützen. „Leider kommen aus dem Finanzministerium wenig ermutigende Signale“, meinte der Präsident. „Sie bauen auf bloße Umschichtungen innerhalb der kommunalen Finanzmasse auf und lassen den Mut zu spürbaren Veränderungen vermissen.“

Brandl begrüßte zwar den Vorschlag, den sog. Demografie-Faktor von aktuell fünf auf zehn (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Uwe Brandl. □

tes Regionalmanagement und die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur, wie etwa bei der Breitbandversorgung. Es müssten aber auch die betroffenen Gemeinden selbst in die Lage versetzt werden, der Abwanderung entgegenzusteuern, indem sie zum Beispiel ein attraktives Angebot öffentlicher Dienstleistungen von der Geburt bis zum Alter vorhalten. „Die Schließung öffentlicher Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Freizeiteinrichtungen verstärkt nur den Trend zur Abwanderung. Dem muss entgegengewirkt werden“, sagte Brandl. Die Dimension der zu bewältigenden Probleme erfordere einen beherzten Schritt und nicht nur kosmetische Korrekturen.

Brandl begrüßte ausdrücklich, dass die Bayerische Staatsregierung einen mit Ministerpräsident

Tag des offenen Denkmals 2011:

Romantik, Realismus und Revolution

Deutschland auf Spurensuche: Mehr als 7.500 Bau- und Bodendenkmäler in Deutschland und über 850 Denkmäler in Bayern konnten am Tag des offenen Denkmals am 11. September besichtigt werden. Was viele der Veranstaltungstermine besonders attraktiv machte, war die Tatsache, dass zahlreiche nicht öffentliche Denkmäler nur an diesem einen Tag zu besichtigen waren. Rund die Hälfte aller Veranstaltungen war dem diesjährigen Motto des Denkmaltags „Romantik, Realismus, Revolution – Das 19. Jahrhundert“ gewidmet.

Die Besucher bekamen bei Führungen, Präsentationen und Ausstellungen von den Eigentümern und beteiligten Fachleuten Informationen aus erster Hand zur Geschichte der Denkmale. Vor Ort erlebten sie den aktuellen baulichen Zustand und erfuhren alles über die notwendigen Maßnahmen zur Instandsetzung und Erhaltung der Objekte.

Bäderkultur als Touristenmagnet

Die bayerische Auftaktveranstaltung zum Tag des offenen Denkmals fand in diesem Jahr im bekanntesten Kurort Deutschlands, in Bad Kissingen, statt. Eine Stadt, die seit dem 19. Jahrhundert mit ihrer Bäderkultur als touristischer Magnet in Unterfranken gilt. Das Programm der Eröffnungsveranstaltung bot einen Einblick in die Denkmäler in Unterfranken: aus Sicht der Politik, aus Sicht des Generalkonser-

vators Prof. Dr. Egon Greipl und nicht zuletzt aus Sicht des Kabarettisten Bernd Regenauer.

Das diesjährige Motto präsentierte sehr unterschiedliche Bau- und Denkmäler aus dem 19. Jahrhundert, wie zum Beispiel die „Kö-

nigliche Villa“ in Regensburg, die im Auftrag des bayerischen Königs Maximilian II. von 1854 bis 1856 als Sommerresidenz erbaut wurde. Heute hat dort das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege einen seiner Dienstsitze. Und wer am Tag des offenen Denkmals die „Königliche Villa“ besichtigte, genoss nicht nur eine wunderbare Aussicht auf die Donau, sondern erfuhr auch die eine oder andere Anekdote über die früheren (königlichen) Bewohner.

Auch wenn die „Alte Münze“ in München kein Bau des 19. Jahrhunderts ist, so konnte diese (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Pfarrkirche St. Johannes in Breitbrunn war eines der am Tag des offenen Denkmals teilnehmenden Baudenkmäler. □

Neues von Sabrina



In heutigen Büros wird sowohl noch gesiezt als auch immer mehr geduzt. Es scheint keine verbindlichen Regeln für die persönliche Anrede mehr zu geben. Auch der Bürgermeister und Sabrina versuchen mit einer unorthodoxen Mischform aus formellem Siezen und flapsigem Nennen des Vornamens „Brücken zu bauen“. S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Gesetz gegen Spielhallenflut kommt	Seite 2
Landtag berät über Kommunalwahlrecht	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Dom Rep oder Bayern?	3
DStGB Hauptausschuss: Kommunen und Bürgergesellschaft	3
Bayerische Energieagentur nimmt Arbeit auf	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinzen	5-11
Kommunalfahrzeuge	12-14
Abfall · Umwelt	15-16
Aus den bayerischen Kommunen	17-20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Gesetz gegen Spielhallenflut kommt

Bayerns Innenminister strebt Staatsvertrag der Länder an
SPD legt eigenen Gesetzentwurf vor

Die Bemühungen, die Spielhallenflut in Bayern einzudämmen und den Kommunen gesetzliche Möglichkeiten dazu einzuräumen, kommen in Gang. Angesichts der bisherigen Uneinigkeit zwischen den 16 deutschen Ländern für einen Staatsvertrag hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) einen Gesetzentwurf angekündigt, der konkrete Vorgaben für die länderinternen Verhandlungen enthält. Die SPD-Landtagsfraktion hat den Entwurf eines Bayerischen Spielhallengesetzes vorgelegt, das sowohl für die Zahl der Spielhallen als auch für ihren Betrieb und den Schutz Spielsuchtgefährdeter, vor allem junger Menschen konkrete Kernpunkte festlegt.

Der Innenminister hatte bereits vor der entsprechenden Landtagsanhörung im Frühjahr (GZ 12/09.06.2011) angekündigt, das Wuchern der Spielhallen gesetzlich in Schranken zu setzen. Jetzt hofft er, mit eigener Initiative für die uneinigten Länder eine Grundlage für einen Staatsvertrag zu schaffen. Hessens und Schleswig-Holsteins Staatsregierungen haben gleichfalls unterschiedliche Entwürfe ausgearbeitet. In Berlin und Bremen gibt es bereits Gesetze, die Bayern nicht weit genug gehen.

Zielgerichtetes Vorgehen

„Insbesondere beim gewerblichen Automatenspiel brauchen wir auf Bundes- und Landesebene ein zielgerichtetes Handeln“, teilte Herrmann mit. Endlich habe auch das Bundeswirtschaftsministerium die Problematik erkannt, so dass bis zum Auslaufen des geltenden Glücksspielstaatsvertrages Ende dieses Jahres eine Neuregelung geschaffen werden könne.

Wirtschaftsfaktor

Die Fakten sprechen für sich. In ganz Deutschland hat sich laut Zahlen der bayerischen Landesstelle Glücksspielsucht dieser Markt mit einem Umsatz von bis zu 27 Mrd. Euro und Gewinnmargen bis zu 25% zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Es gibt demnach etwa 112.000 Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten in In-Gaststätten und Spielhallen. In Bay-

cherin Helga Schmitt-Bussinger rasches Handeln. Die Kommunen wüssten sich nicht mehr zu helfen, wie sie dem Chaos Herr werden sollen. Ganze Stadtteile und Gemeindezentren drohten durch Spielhallen „kaputt zu gehen“.

Sachkundenachweis

Die Kernpunkte des SPD-Gesetzentwurfs: Abstandsregelung von mindestens 500 Metern zwischen einzelnen Spielhallen. Verhinderung von Mehrfachkomplexen an einem Standort. Verbot der räumlichen Nähe einer Spielhalle zu Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Gegen Wahlrecht mit 16 Jahren

„Das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken ist lediglich der durchsichtige Versuch, sich bei jungen Menschen beliebt zu machen.“ Mit diesen Worten wies Christian Meißner, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, den entsprechenden Vorschlag von SPD und Freien Wählern zurück.

Für das Wahlrecht ab 18 Jahre gebe es gute Gründe. So können etwa Jugendliche erst ab diesem Alter selbst wirksame Verträge schließen. Auch sehe das Strafrecht für Jugendliche unter 18 besondere Regelungen vor. Logisch sei eine Absenkung des Wahlalters nur, wenn gleichzeitig die Volljährigkeit und die zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit junger Menschen entsprechend angepasst werden.

Heranwachsende

Meißner: „Hier sehen die Genossen in jedem jungen Erwachsenen aber meist einen hilflosen Heranwachsenden, der noch nicht voll abschätzen kann, was er tut. Das passt für mich nicht zusammen.“

Beachtliches Interesse

Sicherlich gebe es viele Jugendliche mit beachtlichem politischen Interesse und Engagement. „Aber ich kenne auch 15- und 14-Jährige, für die das zutrifft und die wären dann auch ausgeschlossen. Es muss immer

eine Grenze geben und die ist für mich dort, wo junge Menschen auch für sich und ihr Handeln Verantwortung, auch in rechtlicher Hinsicht, übernehmen, also bei 18 Jahren.“

Nicht minderwertig

Der CSU-Politiker wendet sich als überzeugter Kommunalpolitiker auch dagegen, das Kommunalwahlrecht „als minderwertiges Wahlrecht“ zu behandeln.

Ausweitung der Sperrzeit für Spielhallen (abweichend von der Gaststättenregelung) auf die ganze Nacht, dazu bestimmte Spielverbotstage. Einschränkung der Außendarstellung und Werbung von Spielhallen. Von Spielhallenbetreibern soll ein Sachkundenachweis verlangt werden. Sie müssen Kenntnis über die Rechtsgrundlagen sowie zur Prävention der Spielsucht nachweisen. Es muss ein Sozialkonzept aufgestellt werden, um den schädlichen Auswirkungen des Spielens entgegenzutreten. Die Sachkundenachweise sollen erst ab 2015 Voraussetzung der Zulassung sein.

Sperrdatei für Süchtige

Sicherzustellen sei, dass Minderjährige keinen Zutritt zu Spielbanken haben und dass mindestens eine Aufsichtsperson in der Spielhalle anwesend ist. Für notorische Spieler soll es eine zentrale Sperrdatei geben. Bei Gesetzesverstößen können Geldbußen bis zu 100.000 Euro verhängt werden. **rm**

Im Übrigen habe Meißner den Eindruck, dass auch „viele junge Menschen die wahren Motive von SPD und Freien Wählern durchschauen.“

Niedrige Wahlbeteiligung

Bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen in Bremen, bei denen erstmals 16-Jährige wählen durften, ist die Mehrheit der 16- bis 20-Jährigen gar nicht erst zur Wahl gegangen. Anlass der Debatte waren die anstehenden Änderungen im Kommunalwahlrecht, die in der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Plenum in Erster Lesung beraten wurden. **□**

Mehr Macht für Bayerns Kommunen!

Für die anstehende Reform des Landesplanungsgesetzes hat die CSU-Fraktion eine Alternative zur Regionalplanung und zur bisherigen Struktur der Regionalen Planungsverbände in die Diskussion eingebracht. Die Projektgruppe Landesentwicklung der CSU-Fraktion schlägt vor, die Regionalplanung zu kommunalisieren. „Die Regionalplanung soll künftig nicht mehr staatliche Aufgabe sein, sondern kommunale Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis“, so der Leiter der Projektgruppe, Erwin Huber.

Wäre die Regionalplanung in kommunaler Hand, könnten die bayerischen Städte, Landkreise und Gemeinden selbst über den Inhalt der Regionalplanung und den dringend notwendigen Neuzuschnitt der Regionalen Planungsverbände entscheiden. „Wir trauen den gewählten Politikern vor Ort dabei die besten Entscheidungen zu. So sieht für uns richtig verstandene Subsidiarität aus“, so Huber weiter.

Freiheit plus Mindestkriterien

Es soll lediglich Mindestkriterien geben, die eingehalten wer-

den müssten. So müsse flächendeckend jede Kommune an einem Regionalen Planungsverband teilnehmen, der wiederum mehr als 300.000 Einwohner erfassen soll.

Wenige Pflichtaufgaben

Das Landesplanungsgesetz soll nur wenige Pflichtaufgaben, wie zum Beispiel die Rohstofficherung, regeln. „Darüber hinaus haben die regionalen Planungsverbände in der kommunalen Selbstverwaltung einen eigenen weiten Gestaltungsspielraum“, so Huber. Die Kommunalisierung der Regionalen Pla-

nungsverbände würde im Übrigen unter das Konnexitätsprinzip fallen, so dass wie bisher der Staat die Kosten tragen würde.

Die CSU-Fraktion hat sich darauf verständigt, dass dieser Alternativvorschlag mit den Verbänden diskutiert werden soll. **□**

Finanzstaatssekretär Pschierer:

Neues Museum der bayerischen Könige füllt eine Lücke

„Das neue Wittelsbacher Museum füllt als Spezialmuseum besonderer Art eine Lücke in der bayerischen Museumslandschaft. Erstmals kann man sich in einem Museum über die Herrscherfamilie des Königreichs Bayern umfassend informieren. Das neue Museum in Hohenschwangau und das weltbekannte Märchenschloss Neuschwanstein werden sich gegenseitig gut ergänzen“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer anlässlich der Eröffnung des neuen Museums der bayerischen Könige in Hohenschwangau zuversichtlich fest.

Schwaben habe, so Pschierer, über viele Jahrhunderte eigentlich wenig mit den bayerischen Herrschern zu tun gehabt. Dennoch seien die Wittelsbacher in den letzten beiden Jahrhunderten mit der Region verwachsen. Das neue Museum sei daher ein Bekenntnis zu dem geschichtsträchtigen Ort und dem schwäbischen Raum ins-

„Umweltpakt regional“ startet in der Oberpfalz

Der „Umweltpakt regional“ setzt in Bayern eine Erfolgsgeschichte fort. Seit 1995 steht der Umweltpakt für ökologisches Wirtschaften. Mit dem „Umweltpakt regional“ wird die Idee in den Regionen stärker verankert. Aktuell sind in der Oberpfalz knapp 300 Unternehmen mit rund 20.000 Beschäftigten Mitglied im Umweltpakt.

Dr. Markus Söder, Umweltminister, startete im Rahmen eines Festaktes den „Umweltpakt regional“ in der Oberpfalz. Zudem ernannte der Minister sechs Persönlichkeiten der Wirtschaft zu Umweltpaktbotschaftern, die für die Idee des Umweltpakts werben werden. 21 Mitglieder des Umweltpakts aus der Oberpfalz wurden für ihr langjähriges Engagement ausgezeichnet. **□**

Landtag berät über Kommunalwahlrecht

Die Bayerische Staatsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlrechts vorgelegt, der in der letzten Plenarsitzung des Bayerischen Landtags vor der Sommerpause in Erster Lesung beraten wurde.

Der Gesetzentwurf geht in seinen wesentlichen Punkten auf einen Landtagsbeschluss vom Oktober 2010 zurück, den die Landtagsfraktionen von CSU und FDP initiiert hatten. Der Gesetzentwurf sieht eine Reihe von wichtigen Änderungen im Gemeinde- und Landkreismahlgesetz vor. So soll etwa die Briefwahl wesentlich erleichtert werden, indem künftig auf die Angabe von Gründen verzichtet wird. Damit wird eine Briefwahl generell möglich sein und das Verfahren entbürokratisiert.

Eine weitere wesentliche Änderung ist die Anhebung der Höchstaltersgrenze für die Wählbarkeit von berufsmäßigen Bürgermeistern und Landräten von derzeit 65 auf künftig 67 Jahre. Gleichzeitig werden auch junge Kandidaten gefördert. Kommunale Nachwuchstalente sollen künftig schon mit 18 Jahren als Landrat oder Bürgermeister kandidieren können. Bisher liegt die Altersgrenze bei 21.

Nebenwohnsitz ausreichend für Wählbarkeit

Zudem soll für die Wählbarkeit nicht mehr der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen im Wahlkreis Voraussetzung sein. Künftig reicht es aus, wenn der Wahlbewerber zumindest einen Nebenwohnsitz im Wahlkreis hat. Damit wird einerseits der Ortsbezug des Kandidaten sichergestellt. Andererseits gehören damit unerfreuliche Nachforschungen und auch Schnüffeleien über die persönliche Lebenssituation einzelner Wahlbewerber der Vergangenheit an.

Rücktritte vereinfacht

Im neuen Wahlrecht ist weiter vorgesehen, dass die Wahlab-

lenkung und der Rücktritt durch ehrenamtliche kommunale Amts- und Mandatsträger auch ohne wichtigen Grund möglich sind. Damit werden ehrenamtliche Amts- und Mandatsträger den berufsmäßigen Bürgermeistern und Landräten gleichgestellt.

Anpassung an heutige Zeiten

Der innenpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion Christian Meißner warb in der Plenardebatte für die vorgesehenen wahlrechtlichen Änderungen, die mit Ausnahme der Anhebung der Höchstaltersgrenze erstmals bei der allgemeinen Kommunalwahl 2014 allgemeine Geltung erlangen sollen.

Die Änderung der Höchstaltersgrenze soll zur Kommunalwahl 2020 wirksam werden. „Mit unseren Änderungsvorschlägen wollen wir das Wahlrecht auf kommunaler Ebene zeitgerecht weiterentwickeln und an die Bedürfnisse der heutigen Zeit anpassen. Wir ziehen damit die erforderlichen Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten Jahre und schaffen damit ein modernes und praxisgerechtes Kommunalwahlrecht“, so Innenexperte Meißner.

Vorschläge kommunaler Spitzenverbände

Der Gesetzentwurf wird nach der Sommerpause im Landtag weiter beraten. „Hierbei werden wir uns die Vorschläge und Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände sehr genau ansehen und eingehend erörtern. Dies gilt insbesondere für die zuletzt auch öffentlich intensiv diskutierte Frage der Anhebung der Höchstaltersgrenze für berufsmäßige kommunale Wahlbeamte, so Meißner zum Abschluss. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Lehner
94081 Fürstentzell
am 24.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Käßmeyer
89353 Glött
am 2.10.

Bürgermeisterin
Eva-Maria Linsenbreder
97271 Kleinrinderfeld
am 21.9.

Bürgermeister Walter Berninger
63785 Oberruberg
am 21.9.

Bürgermeister Michael Berninger
63906 Erlenbach a. Main
am 22.9.

Bürgermeister Günther Wöhl
84359 Simbach a. Inn
am 30.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Roith
94577 Winzer
am 23.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Duschl
94107 Untergriesbach
am 3.10.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

DStGB-Hauptausschuss 2011 in Dresden:

Kommunen und Bürgergesellschaft

Was prägt die Stadt der Zukunft? Wie werden die Menschen künftig leben und arbeiten? Wie können Kommunen gemeinsam mit Bürgern gestaltet werden? Der DStGB-Hauptausschuss 2011 in Dresden griff diese zentralen Zukunftsfragen im Gespräch mit hochrangigen Gästen aus Politik und Wirtschaft auf. Christian Schramm, 1. Vizepräsident des DStGB und Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, führte durch die Tagung.

Wie die Stadt der Zukunft und das künftige Leben der Bürger ausgestaltet sein könnten, referierte Jeanette Huber vom Zukunftsinstitut Kelkheim. Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, zeigte wesentliche Perspektiven der Kommunen in Deutschland auf und umriss zentrale Faktoren, die in der Stadt von morgen unabdingbar erscheinen. „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ prognostizierte der Kulturwissenschaftler Prof. Harald Welzer. Er verwies darauf, dass sich der Blick auf die Herausforderungen der Zukunft fundamental wandeln müsse.

Unter dem Motto „Hinterm Horizont geht's weiter“ diskutierten schließlich auf dem Podium Dr. Reiner Klingholz, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Jeanette Huber, Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal sowie DStGB-Vizepräsident Christian Schramm. Moderiert wurde die Diskussion von DStGB-Sprecher Franz-Reinhard Habel.

Europa am Scheideweg

„Europa steht am Scheideweg. Die Eurokrise und 5 Millionen Jugendliche ohne Arbeit in den europäischen Staaten lassen viele am Erfolgsmodell Europa zweifeln. Zur Lösung brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa“, erklärte Vizepräsident Schramm. Eine dauerhafte, stabile gemeinsame Währung setze notwendigerweise eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik voraus. „Insoweit ist der Ansatz einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung richtig und sollte nicht klein geredet, sondern inhaltlich gestaltet werden“, sagte Schramm.

Die Politik muss Schramm zufolge die großen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses viel deutlicher kommunizieren und die Vorteile für die Bürger herausstellen. Frieden, Reisefreiheit, eine nach wie vor stabile Währung, Erfolge bei Umwelt- und Verbraucherschutz, die Hilfen beim Aufbau Ost durch europäische Strukturmittel und nicht zuletzt der Wohlstand in Deutschland durch den Export ins europäische Ausland blieben bei der Krisendiskussion oft unbeachtet.

Einigungsprozess

„Wir müssen den Einigungsprozess vorantreiben, gerade den zweifelnden Jugendlichen an Europa eine Vision von einem sinnhaften Leben und Arbeiten in der europäischen Wertegemeinschaft geben. Hier können die Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten. Über Städtepartnerschaft ist der Einigungsprozess in Europa immer weiter vorangetrieben worden, und viele Menschen identifizieren sich europaweit mit ihrer Stadt und ihrer Region“, so der DStGB-Vize.

Auf einem guten Weg sieht der Deutsche Städte- und Gemeindebund den mit der Aussetzung der Wehrpflicht Anfang Juli gestarteten neuen Bundesfreiwilligendienst. Knapp 9.000 Vereinbarungen mit Freiwilligen sind nach Angaben des kommunalen Spitzenverbands bereits

geschlossen. Die Städte und Gemeinden schafften derzeit Einsatzstellen u. a. in Kindertageseinrichtungen und im Sozialbereich. „Die aktuellen Zahlen belegen, dass sowohl die möglichen Einsatzstellen von Tag zu Tag mehr werden, als auch das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an diesem Dienst enorm zunimmt“, erklärte Schramm.

Angesichts des kurzfristigen Inkrafttretens und der erst jetzt zu Ende gehenden Sommerferien sei es ein sehr erfreuliches Ergebnis, dass sich in Kürze bereits eine fünfstellende Zahl von Freiwilligen in dem neuen Dienst engagieren will. Der Bundesfreiwilligendienst sei mit 3.000 Freiwilligen gestartet und auf dem Weg, sich mehr als zu verdreifachen. Hervorzuheben sei, dass sich auch zunehmend ältere Menschen für den Freiwilligendienst interessieren. „Die aktuellen Zahlen widerlegen alle, die dem Bundesfreiwilligendienst keine Chance geben wollten“, betonte Schramm. Auch sei es richtig gewesen, den Freiwilligendienst für alle Generationen zu öffnen. Viele Ältere suchten auch im Ruhestand eine sinnvolle Betätigungsmöglichkeit. Aber auch für Menschen, die noch im berufsfähigen Alter sind, könne der Bundesfreiwilligendienst eine sinnvolle Perspektive darstellen: Die Tätigkeit könne den Einstieg oder Wiedereinstieg in das Arbeitsleben ermöglichen oder neue berufliche Perspektiven eröffnen.

Attraktive Einsatzfelder

Auch immer mehr Städte und Gemeinden meldeten sich als Einsatzstellen, fuhr Schramm fort. Sie könnten attraktive, vielfältige und interessante Einsatzfelder bieten, sei es in den Kindertageseinrichtungen, im Sozial- und Gesundheitsbereich, bei den außerschulischen Angeboten vor Ort, im Sport, bei Umwelt- und Naturschutzprojekten, in den vielfältigen lokalen Kulturinstitutionen bis hin zum Zivil- und Katastrophenschutz einschließlich der freiwilligen Feuerwehren. Der DStGB berate die Städte und Gemeinden intensiv bei der Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes durch eine eigene Servicestelle. Die vielfältigen Anfragen zeigten, dass die Städte und Gemeinden großes Interesse am Bundesfreiwilligendienst haben.

Mit Blick auf die anstehenden Beratungen über die Bundesmittel für die Freiwilligendienste in den Gremien des Bundestages warnte der DStGB vor Kürzungen dieser Mittel. „Für eine erfolgreiche Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes ist es unerlässlich, dass die Haushaltsmittel für 2012 in Höhe von 350 Mio. Euro nicht zurückgefahren werden, sondern mindestens in unveränderter Höhe bestehen bleiben“, forderte Schramm.

Stichwort Energiewende: Laut Schramm ergibt sich dadurch die einmalige Chance, gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kommunen und den Bürgern in die Zukunft zu investieren. Dies bedeute nicht zuletzt eine Stärkung der regionalen Wertschöpfung, in dem viele Investitionen auch von regionalen Akteuren getätigt werden. Ein wirkungsvoller An-

satz könnten regionale Energiebündnisse zum Beispiel aufbauend auf kooperativen Ökonomien wie Genossenschaften sein.

Energiewende

„Damit die Energiewende ein Erfolg wird, werden wir alle Ressourcen der alternativen Energieerzeugung mobilisieren müssen. Hier darf jedoch kein Missverhältnis zwischen zentralen, großindustriellen Anlagen und dezentralen Anlagen von Privaten, Stadtwerken, interkommunalen Gemeindefunktionen oder Bürgerkraftwerken entstehen“, machte der Vizepräsident deutlich. Der verstärkte Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz komme bei der Einhaltung der Klimaschutzziele eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere die energetische Sanierung im Gebäudebestand sei ohne eine massive Aufstockung der öffentlichen Förderung nicht zu leisten, hob Schramm hervor. Allein mehr als 170.000 öffentliche Gebäude seien in der Hand der Kommunen. **DK**

CSU-Arbeitskreis Umwelt:

Reform des Landesplanungsrechts

„Das Gesicht Bayerns - Welchen Weg geht die Landesentwicklung?“ Unter diesem Motto fand in München die Landesversammlung des Arbeitskreises Umwelt der CSU statt. Neben einer Grundsatzrede von Wirtschaftsminister Martin Zeil zum Thema „Werte bewahren und Zukunft gestalten: Landesentwicklung in Bayern“ und Vorstandswahlen - als Vorsitzender wurde MdB Josef Göppel mit großer Mehrheit bestätigt - stand der Beschluss eines Positionspapiers zur Reform des Landesplanungsrechts mit dem Titel „Unverwechselbares Bayern in der globalisierten Welt“ im Mittelpunkt der Tagung.

Die Reform des Landesplanungsrechts muss laut Papier den besonderen Wert der kulturellen Überlieferung sowie die Harmonie der gebauten Umgebung des Menschen als wichtige Erfolgsfaktoren bewahren. Dazu gehörten klar abgegrenzte Siedlungskerne und große Freiräume.

Begrüßt wird die Hervorhebung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen als Leitziel sowie die nachhaltige Raumentwicklung als Leitmaßstab des neuen Landesplanungsgesetzes. Gebiete in Bayern, die von deutlicher Abwanderung betroffen sind, benötigten besondere Strukturmaßnahmen. Dafür bedürfe es noch spezieller Lösungsangebote im Landesplanungsrecht.

In der vorgesehenen Reduzierung der Regionalpläne um die Fachbereiche Sozialwesen und Kultur sieht der AK Umwelt eine perspektivische Gefährdung der Ortszentren gegenüber Ein-

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer neigt sich dem Ende zu, ebenso die Hauptreisezeit. Die Schüler rüsten sich für das neue Schuljahr und die Verkehrsstaus auf unseren Straßen und Autobahnen nehmen ab. Man sagt, Urlaub sei die schönste Jahreszeit. Egal, ob wir uns erholen und entspannen möchten, aktiv urlauben oder Sightseeing betreiben, wir Bayern sind sehr reiselustig.

Schon längst muss es aber nicht mehr unbedingt die Dominikanische Republik, Australien oder Florida sein, nein, die Bayern entdecken wieder Bayern. Immer mehr bleiben im eigenen Land, wandern im Allgäu, besteigen die bayeri-



Kolumne Stefan Rößle

lich über 76 Mio. Übernachtungen.

„Die Landschaft ist ein Geschenk des Himmels, der Rest ist harte Arbeit!“ Dieser Ausspruch unseres Bundesverkehrsministers Dr. Peter Ramsauer ist das Motto für über 560.000 Tüchtige in der Tourismusbranche, die mit 24 Milliarden Euro Jahresumsatz einen wichtigen Stützpfiler der bayerischen Wirtschaft darstellt. Diese Arbeitsplätze verfügen über Standorticherheit, zudem sorgen sie vor Ort

in den Regionen für Wertschöpfung.

Die Kommunen pflegen nicht nur das traditionsreiche bayerische Image, das bayerische Lebensgefühl, sie schaffen auch die Voraussetzungen und leisten einen erheblichen Beitrag dafür, dass der Freistaat ein Magnet für Touristen bleibt. Die Kommunen müssen Qualität bieten und sich daran gegenüber Konkurrenten aus Österreich oder Südtirol messen lassen. Hilfreich sind dabei die Tourismus-Förderprogramme der Bayerischen Staatsregierung, die Investitionen in Gästebereiche wie Kinderspielflächen, Fahrradwege oder auch Barrierefreiheit unterstützen.

Es ist wirklich „harte Arbeit“, den Spitzenplatz in Bayern zu halten, damit unsere Arbeitsplätze gesichert sind und den Kommunen weiterhin die Steuereinnahmen zufließen.

Übrigens, meinen Landkreis Donau-Ries kann ich Ihnen als nächstes Urlaubsziel sehr empfehlen. Wir sehen uns!

Ihr Stefan Rößle

Dom Rep oder Bayern?

schen Hausberge, fahren mit dem Boot auf den bayerischen Seen, erleben mit Kindern Urlaub auf dem fränkischen Bauernhof oder besuchen die König Ludwig Ausstellung auf Herrenchiemsee, die einen Besucherrekord erwarten lässt.

Ein Fünftel des gesamten Tourismus in Deutschland findet in Bayern statt. Jedes Jahr besuchen über 25 Mio. Menschen ganz Bayern und nicht nur das Oktoberfest in München. Die bayerischen Hotels und Pensionen zählen jähr-

samen verantwortlich ist. Sogenannte moderne Handelsformen dürften nicht die unverwechselbare Wirtschaft und Lebensart mit regionalen Wirtschaftskreisläufen verdrängen.

Im neuen Landesplanungsrecht dürfe es nicht nur um technische und formale Festsetzungen gehen. Es müsse vielmehr eine geistige Botschaft erkennbar sein, aus welcher Werthaltung heraus Bayern seine weitere Entwicklung gestalten will. Dazu gehörten Aussagen zur landeskulturellen Bindung aller Einzelentscheidungen, zur sozialen Gerechtigkeit und zur Eingriffsschwelle des Staates.

Landesweit läuft laut Arbeitskreis ein Trend zur Auslagerung von Einzelhandelsgeschäften an die Ortsränder. Gleichzeitig steige das Durchschnittsalter der bayerischen Bevölkerung. Die Vorgaben der Landesplanung müssten sicherstellen, dass Einrichtungen des täglichen Bedarfs mit dem öffentlichen Nahverkehr oder fußläufig erreichbar sind. Aus diesem Grund wird die Aufweichung der Vorgaben für Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb zentraler Lagen abgelehnt. Dies gelte auch für die Lockerung der Anbindepflicht neuer Bauwerke an bestehende Ortslagen.

Ziele der Energiewende: Sparen, speichern, ausbauen

„Bayern kann ein international beispielhaftes Umwelt- und Klimaschutzkonzept vorweisen. Nun kommt es darauf an, dessen Ziele in die Vorgaben für Raumtätigkeit, Rohstoffverbrauch und Energiedurchsatz einzubauen“, heißt es in dem Papier. Im Landesentwicklungsprogramm seien die Rahmenbedingungen zu schaffen, die wesentliche Ziele der Energiewende wie Energieeinsparung, Energieeffizienz, Energiespeicherung, Ausbau von regenerativen Energien und Bürgerinformation festhalten. Die Kommunen seien durch die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz zuständig für die Planungshoheit, deshalb sei ihre Position im Landesentwicklungsprogramm zu stärken.

Erneuerbare Energien bringen nicht erst langfristig, sondern heute schon neue Wertschöpfung und eine breite Eigentumsstreuung in das ganze Land. Davon profitierten vor allem Handwerker, Landwirte, mittelständische

Unternehmen und Gebäudeeigentümer. Die Staatsregierung erstelle zur Zeit Richtlinien für die Genehmigung und den Ausbau erneuerbarer Energien. Die beteiligten Ministerien werden gebeten, darin einen Vorrang für regional finanzierte Bürgerprojekte zu verankern.

Energiegenossenschaften und Stadtwerke seien regional verantwortlich, sie müssten in ihrer Rolle gestärkt werden. Dies werde auch helfen, die Ängste vieler Bürger gegenüber Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen in ihrer Nachbarschaft abzubauen.

Breite Einbindung aller Bürger

Die breite Einbindung aller Bürger mache Genossenschaften zu Akteuren der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung. Genossenschaftsmodelle eigneten sich sehr gut für Energieprojekte, aber auch für Telekommunikationsnetze in ländlichen Gemeinden. „Sie sind vor allem mit dem gleichen Stimmrecht aller Mitglieder das maßgeschneiderte Instrument für die aktive Bürgergesellschaft.“ Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur im ganzen Land sei deshalb ein elementarer Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge. „Wir brauchen eine flächendeckende Glasfaserverkabelung.“

„Wir geben zu überlegen, die Bürgerbeteiligung und Transparenz bei Großprojekten aktiver zu organisieren“, so das Positionspapier. Mit der dritten Startbahn am Münchner Flughafen und dem Donauausbau stünden Vorhaben an, die auf Jahre hinaus die Bevölkerung spalten können. Im neuen Landesplanungsgesetz sollten die zwischenzeitlich vorhandenen Ansätze zu neuen Beteiligungsformen aus der bundesweiten Diskussion aufgegriffen werden.

Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit müsse sich verstärken in der Landesplanung niederschlagen. Zur Stärkung des Naturschutzes seien die Vorteile des „Grünen Band Europa“ auszubauen. Die Bezirke Ostbayerns planten zusammen mit West-Böhmen und Oberösterreich eine gemeinsame Europa-region. Im Landesentwicklungsprogramm seien die Ziele einer solchen Europa-region zu beschreiben. **DK**

Preisverleihung der Initiative bürgerherz

Mit ihren Beiträgen für präventive Maßnahmen gegen den plötzlichen Herztod wurden im Rahmen der Hauptausschuss- und Präsidiumssitzung des DStGB drei Gemeinden als Gewinner des Kommunalwettbewerbs der Initiative bürgerherz ausgezeichnet. Die Initiative bürgerherz will ein Bewusstsein für die Gefährdung durch die Todesursache Nummer 1 in Deutschland schaffen. Sie informiert über Möglichkeiten zur Hilfe durch medizinische Laien, klärt öffentlich über die lebensrettenden Funktionen von Laiendefibrillatoren auf und baut Hemmschwellen vor ihrer Anwendung ab. Das Fazit des durchgeführten Kommunalwettbewerbs war durchweg positiv, die Freude der ausgezeichneten Gemeinden über den Preis eines individuellen Laiendefibrillator-Projektes im Wert von jeweils 33.333 Euro groß. Insgesamt wurden 55 Bewerbungen von einer unabhängigen Jury ausgewertet. Die Gemeinde Lückenburg (Rheinland-Pfalz) belegte beim Wettbewerb den ersten Platz, gefolgt von den Gemeinden Daiting (Bayern, Landkreis Donau-Ries) und Hinterzarten (Baden-Württemberg). **DK**

„Energie Innovativ“:

Energieagentur nimmt Arbeit auf

Zeil: „Mit Hochdruck nun Umbau der Energieversorgung anpacken“

Die bayerische Energieagentur „Energie Innovativ“ nahm jüngst ihre Arbeit auf. Ihre Aufgabe ist es, den Umbau der bayerischen Energieversorgung aktiv voranzutreiben.

„Wir haben nun alle wichtigen Entscheidungen getroffen, so dass die Agentur jetzt mit Hochdruck ihre Aufgaben anpacken kann. Ab sofort haben wir eine kompetente Anlaufstelle und einen zuverlässigen Dienstleister rund um alle Fragen zur Energie-wende für Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und interessierte Bürger. Sie wird die bayerischen Aktivitäten koordinieren und Netzwerke knüpfen. Ich lade alle ein, eng mit der bayerischen

Energieagentur zusammenzuarbeiten“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Ministerialrat Robert Götz wird die Agentur leiten. Verstärkt wird die Energieagentur durch Abordnungen von sechs Beamten aus der Staatskanzlei und den mit Energiefragen befassten Ressorts. Weitere neun Mitarbeiter werden extern eingestellt.

In der Startphase geht die Energieagentur folgende Projekte an:

► Ermittlung des Bedarfs für

neue Kraftwerke, Leitungen und Energiespeicher mit Meilenstein- und Zeitplan, damit die Versorgungssicherheit auch nach der Abschaltung der bayerischen Kernkraftwerke gewährleistet werden kann.

► Koordination landesweiter Aktivitäten von Kammern, Verbänden, regionalen und kommunalen Energieagenturen und der 18 regionalen Planungsverbände beim Umbau des Energiesystems.

► Einrichten einer internetbasierten Informationsplattform für Verbraucher, Unternehmen, Kommunen, Organisationen und Wissenschaft zu Fragen im Bereich Energieeffizienz, Energieversorgung und erneuerbare Energien. Diese wird voraussichtlich im Oktober online gehen.

► Erarbeitung von Kampagnen im Bereich Information und Motivation, denn die Akzeptanz für die Energiewende muss in den Köpfen der Bürger ankommen. □

Beherzte Schritte...

(Fortsetzung von Seite 1)

Jahre auszudehnen, was Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden von knapp 12 Mio. Euro bewirkt. Allerdings sei dies bei weitem nicht ausreichend, die Demografie-Probleme der Gemeinden erfolgreich zu bekämpfen.

Im Einzelnen forderte Brandl, die Investitionspauschale auf mindestens 100.000 Euro je Gemeinde anzuheben, projektbezogene Bedarfszuweisungen zu gewähren oder die Übernahme der Finanzierung durch Dritte zuzulassen sowie im Rahmen der Bedarfszuweisungen die „Struktur- und Konsolidierungshilfen“ fortzuführen und zu erweitern.

Systemrelevanz

Brandl zufolge ist der ländliche Raum in Bayern systemrelevant für die gesamte politische Landschaft. Zu seiner Bewahrung und Stärkung müssten daher - ähnlich wie bei den Banken in der Zeit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise - nachhaltige Anstrengungen im Ausmaß jenseits bloßer Kosmetik unternommen werden. 100 Mio. Euro seien im Vergleich zu den vielen Milliarden, die zur Rettung der Banken ausgegeben wurden, ein durchaus vertretbarer und gut angelegter Betrag.

Themenwechsel. Als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnete der Gemeindetagschef die Ankündigung von Staatsminister Zeil, Glasfasernetze in Gebieten mit Unternehmen in strukturschwachen Regionen zu fördern. Jedoch gebe es nach wie vor ein Ungleichgewicht zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gegenden Bayerns beim Zugang zum schnellen Internet. „Ohne schnelle Internetverbindungen hat der ländliche Raum keine Chance“, so Brandl.

Der Bayerische Gemeindetag hatte das ersatzlose Auslaufen des bisherigen Breitbandförderprogramms nicht akzeptiert und den Wirtschaftsminister zu einer Fortsetzung aufgefordert. Jetzt müssten in das neue Förderprogramm weitere Sachverhalte aufgenommen werden, forderte Brandl: „Auch die Freiberufler, die über den ganzen Ort verteilt sind, müssen einbezogen werden. Aber auch für die Wohngebiete sind schnelle Internetverbindungen unabdingbar. Dies ist eine Voraussetzung für die Chancengleichheit im Bildungswesen (Stichwort: Schüler, Studenten und Auszubildende).“

Die Bundesregierung hat im April 2011 zum Stand und den Perspektiven des Breitbandausbaus in Deutschland Stellung genommen und dabei festgestellt, dass Bayern bei der Breitband-versorgungslage den zehnten

Platz in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt. Für Bayern, das gerne in der Champions League spielen will, „ist dieser Tabellenplatz blamabel“, hob Brandl hervor.

Dabei verfolge die Bundesregierung das Ziel „dass möglichst 2015, spätestens aber 2018, Hochleistungsnetze mit einer Downloadrate von mindestens 50 MBit/s flächendeckend verfügbar sind“. Wenn der Bund solche Ziele aufstellt, müsse er auch eine Strategie aufzeigen, wie diese Vorgaben umgesetzt werden sollen, stellte der Präsident fest. Er wies darauf hin, dass auch Horst Seehofer das fehlende Konzept des Bundes zum flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes kritisiert und angekündigt habe, beim Bund vorstellig zu werden.

Stichwort Energieagentur: „Laut Minister Zeil mag diese eine Schlüsselrolle haben - wir aber brauchen offene Türen, hinter denen Unterstützung wartet“, machte Brandl klar. 75 Prozent der 2056 bayerischen Gemeinden hätten weniger als 5000 Einwohner und könnten keine Energiefachleute einstellen. Auch die zentrale Energieagentur mit dem geplanten guten Dutzend Mitarbeiter solle und könne die Beratung nicht leisten. Laut Brandl müssen deshalb den Gemeinden vor Ort Energiecoaches zur Seite gestellt werden. Die Coaches sollten eine Initialzündung dafür sein, dass alle Gemeinden die mit der Energiewende auf sie zu kommenden Aufgaben angehen. „Wir haben ganz unterschiedliche Startvoraussetzungen. Einige Gemeinden sind schon auf dem Weg, andere stehen noch ganz am Anfang“, so der Verbandschef.

Energiecoaches

Wie Brandl bemerkte, sei die Haltung der Gemeinden zur Energiewende grundsätzlich positiv. Wegen der geplanten örtlichen Erzeugungsstrukturen und der auch vom örtlichen Handwerk auszuführenden Energieeffizienzmaßnahmen an Gebäuden und Anlagen könne es ein Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum werden. Jedoch herrsche über die Herangehensweise noch viel Unsicherheit. Ein Energiecoach, der den Gemeinden bereits im Energiekonzept der Staatsregierung versprochen wurde, soll das Thema Energiewende auf die Agenda bringen, Struktur in den gemeindlichen Prozess bringen und sicherstellen, dass die einzelnen Projekte nicht Eintagsfliegen bleiben. „Wenn aber der Coach erst angefordert werden kann, wenn ein Klimaschutzkonzept gefördert wurde und erstellt ist, ist schon sehr, sehr viel Zeit vergangen“,

erklärte Brandl und ergänzte: „Der Coach muss am Anfang stehen.“

Besonders wichtig sei, dass dieser für jede Gemeinde einen Energieentwicklungsplan auf den Weg bringt, d. h. ein Fachkonzept, das erläutert, wo in der Gemeinde welche Potentiale an Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie gehoben werden sollen. Außerdem müsse die Energieeffizienz in den eigenen Liegenschaften (z. B. Rathäuser, Schulen) und Anlagen (z. B. Kläranlagen, Straßenbeleuchtung) systematisch verbessert werden. Hier sei die zentrale Forderung an den Freistaat, den erfolgreichen Investitionspakt wieder aufzulegen.

Ablehnend steht der Bayerische Gemeindetag dagegen dem geplanten bundesweiten Feldversuch mit Riesenlastern, sogenannten Giga-Linern, gegenüber. Brandl: „Der Feldversuch ist nur der Einstieg. Wie von den Fahrzeugherstellern und dem Speditionsgewerbe gewünscht, wird durch den Feldversuch nur das vorbereitet, was in wenigen Jahren Realität werden wird: Riesen-Brummis mit jetzt noch 44 Tonnen, später vielleicht 60 Tonnen, und einer Länge von mehr als 25 Meter werden nicht nur Autobahnen, sondern auch Landstraßen und innerörtliche Straßen befahren. Und dann kommen die Verkehrs- und Sicherheitsprobleme.“ Der Präsident wies darauf hin, dass es für die Spediteure wirtschaftlich uninteressant sein werde, ihre Ladung neben der Autobahn an Güterumladestationen auf kleinere Lkws zu verfrachten. „Schon jetzt reichen die Lkw-Standplätze entlang der Autobahnen hinten und vorne nicht, wie auch das Innenministerium erst kürzlich bestätigte. Woher sollen die künftigen Umladestationen kommen? Wer soll sie finanzieren?“

Der Bayerische Gemeindetag geht davon aus, dass die Giga-Liner deshalb direkt zu den Adressaten ihrer Fracht fahren werden - über Landstraßen und innerörtliche Gemeindestraßen. Brandl: „Und dann ist das Chaos perfekt. Auf derart lange und schwere Fahrzeuge ist die innerörtliche Infrastruktur nicht ausgelegt. An Kreuzungen, Kurven, Grundstückseinfahrten, Unterführungen und anderen Engstellen werden die Riesen-Brummis zwangsläufig hängen bleiben und Schäden sowie unnötige Staus verursachen.“ Der Gemeindetagschef verwies auch auf die vorhersehbaren Straßenschäden durch die erhöhte Tonnage dieser Fahrzeuge. Er regte an, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, statt weiter - wie bisher - die ohnehin überlasteten Straßen mit Fracht zu belasten. **DO**

Warnung...

(Fortsetzung von Seite 1)

Pflicht. Um es zugespitzt zu formulieren: Es waren nicht die Kommunen, die eine UN-Konvention unterschrieben haben, sondern der Bund. Das ist ein eindeutiger Fall für die Konnektivität, wenn der Bund die Umsetzung der Inklusion an die Länder weiterspielt und dann die Länder den Ball wiederum an die Kommunen weiterspielen. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der sich der Staat nicht seiner finanziellen Verantwortung entziehen kann.“

Kein Spielraum

Keinen Spielraum sieht der Bayerische Städtetag in punkto Steuersenkungen. Die derzeit diskutierten Überlegungen zur Senkung der Einkommensteuer um rund sieben Milliarden Euro stoßen Maly zufolge auf Bedenken der kommunalen Ebene: „Wenn der Bund Steuern senken will, trifft dies auch die Kommunen. Steuergeschenke des Bundes bei der Einkommensteuer gehen auch zu Lasten der Länder und der Kommunen. Städte und Gemeinden können aber derzeit keine Einnahmeausfälle verkraften.“

Einnahmeausfälle

In den vergangenen beiden Jahren verzeichneten die kommunalen Haushalte in Bayern ein Defizit von 507 Millionen Euro. Von den Einnahmen der öffentlichen Hand aus der Einkommensteuer steht den Kommunen ein Anteil von 15 Prozent zu. Bei einer Steuersenkung um 7 Milliarden Euro würden die Kommunen bundesweit 1,05 Milliarden Euro an Einnahmen verlieren. Die bayerischen Kommunen wären mit mehr als 200 Millionen Euro betroffen.

„Wenn Bund und Länder tatsächlich Spielräume für Steuersenkungen sehen sollten, dann müssen sie den Kommunen die Einnahmeausfälle ersetzen“, betonte der Vorsitzende.

Globale Schuldenkrise

Die Euphorie über angeblich sprudelnde Steuereinnahmen verdeckt seiner Ansicht nach den Blick auf die Realität. Kurzfristige Effekte infolge des Wirtschaftsbooms der letzten Monate dürften nicht dazu verleiten, sich über die tatsächlichen Zahlen und die langfristige Haushaltsentwicklung täuschen zu lassen. In Zeiten enormer Staatsverschuldung in Deutschland und in einer bedrohlichen Phase globaler Schuldenkrisen müsse die Forderung nach Steuersenkungen genau überlegt sein.

50 Vorschläge

Der Städtetagschef verwies auf die bereits im April 2010 vorgelegten 50 Vorschläge der bayerischen Kommunalen Spitzenverbände zur Absenkung von Standards. Diese seien zwar vom Freistaat Bayern auf Bundesebene in die Gemeindefinanzkommission eingebracht worden, „dort haben aber die Beratungen über einen Standardabbau zu keinem Ergebnis geführt“. Auch die vielen Vorschläge des Bayerischen Städtetags bei einer Landtagsanhörung zur Entbürokratisierung des staatlichen Förderwesens schienen von Landtag und Staatsregierung so lange geprüft zu werden, bis letztlich kein Resultat mehr übrig bleibt. Maly: „Statt über effektiveschere Steuersenkungen die kommunalen Einnahmen noch weiter zu reduzieren, sollten Bund und Länder daran gehen, teure Standards zu überprüfen, die bei den Kommunen ungebremst steigende Ausgaben verursachen.“ **DK**

„Stadtwerk der Zukunft“:

Kommunale Strategieentwicklung für Stadt- und Gemeindegewerke

Die Landesgruppe Bayern des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) veranstaltete am 10. November 2011 in München und am 11. November 2011 in Bamberg Tagungen zur kommunalen Strategieentwicklung in Versorgungsunternehmen. Die Unternehmensberatung YourSales hat mit 28 VKU-Mitgliedern das Strategiehandbuch „Stadtwerk der Zukunft - I update“ erarbeitet. Dessen Methoden zur Aufstellung regionaler Zukunftsszenarien und zur individuellen Strategieentwicklung werden in Workshops vermittelt. Aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium werden die aktuellen Entwicklungen zum Energiekonzept „Energie Innovativ“ vorgestellt. Die VKU-Hauptgeschäftsführung, bayerische Stadtwerke und neue Anbieter berichten über innovative Ansätze zur Energieversorgung der Zukunft. Adressaten der Tagungen sind Vorstände, Geschäftsführer, Werkleiter sowie Aufsichtsräte der kommunalen Versorger und für Strategiearbeit verantwortliche Mitarbeiter in Unternehmen und Kommunen.

Die Programme sind im Internet veröffentlicht unter www.vku.de/bayern in der Rubrik Termine und Veranstaltungen. □

Romantik, Realismus...

(Fortsetzung von Seite 1)

dennoch besichtigt werden. Erbaut wurde sie von 1563 bis 1567 als Marstall- und Kunstkammergebäude für Herzog Albrecht V. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde das Gebäude zum Hauptmünzamt umgebaut und prägt seitdem den Namen des Gebäudes im Münchner Hofgraben 4. Seit 1986 hat das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege dort seinen Hauptsitz und viele Münchner wie auch Touristen nutzen die Gelegenheit, den berühmten Renaissancehof in der „Alten Münze“ zu besichtigen.

Auch die Bayerische Schlösserverwaltung beteiligte sich erneut mit zahlreichen Führungen. Das 19. Jahrhundert gilt als eine der stilistisch vielseitigsten und an technischen Neuerungen reichsten Epochen der Bau- und Kunstgeschichte. In Bayern zeugen davon besonders die „Gebauten Träume“, die Königsschlösser Ludwigs II., der vor 125 Jahren starb. In Linderhof verbrachte er die meiste Zeit. Die Schlossanlage veranstaltete ein Kinderprogramm mit Führung und Kreativ-Basteln. Außerdem gewährte Linderhof freien Eintritt in die zwei Sonderausstellungen „Denk Mal! - Tourismus in Linderhof seit 1886“ im Palmenhaus und „Vom Lynder-Hof zum Schloss“ im sog. Königshäuschen.

Im Künstlerhaus Gasteiger in Holzhausen am Ammersee drehte sich alles um das Thema Umwelt. Neben geführten Rundgängen durch das Künstlerhaus selbst fanden auch Führungen im Landschaftspark statt. Imposante Baumriesen, blumenreiche Salbeiwiesen und das naturnahe Schilfrufer luden zum Spaziergang ein. Eine mobile Umweltschule ließ die Besucher, ausgestattet mit Keschern und Mikroskopen, das Leben in den Gewässern am Gasteiger-Haus erkunden.

Im Neuen Schloss Bayreuth, der prachtvollen Stadtresidenz der Markgrafen, fanden zum Denkmaltag Führungen zum Thema „Naturräume“ im Schloss statt. Das Motto lautete „Blumen, Blätter, blauer Himmel - Das Neue Schloss steht Spalier“.

Das Schloss Rosenau in Rödental, Sommersitz der Coburger Herzöge und Geburtsort von Prinz Albert, Gemahl der Queen Victoria von Großbritannien, bot freien Eintritt und ein Museumsfest. Für Groß und Klein gab es ein Märchenzelt, einen Schaukelzoo und ein Kinder-Ritterturnier, bei dem „mit scharfen Schwertern und losem Mundwerk gegen Ungeheuer und Ungeheuerliches angetreten“ wurde. Außerdem widmeten sich der Rosenau zwei Ausstellungen in Foto und Gemälde.

Seltene Einblicke wurden auch im Altmühltal offeriert: Zu jeder halben Stunde öffneten sich in Kelheim die Türen zum normalerweise unzugänglichen Unterbau der Befreiungshalle.

Das Freilichtmuseum Glentleiten legte den Schwerpunkt in diesem Jahr auf das bislang einzige sakrale Gebäude, die Kapelle aus Kirmberg. Bei Sonderführungen konnten Interessierte die Kapelle näher kennen lernen. Sie wurde um 1844 erbaut und befindet sich seit 1978 im Besitz des Museums. Vorher stand sie in Unterkirchberg (Landkreis Weilheim-Schongau), einem Weiler mit ehemals elf Bauernhöfen.

Am 11. September waren zudem die weltbekannten Jugendstilräume in der Regierung von Oberfranken geöffnet. Die Besucher hatten die seltene Gelegenheit, diese kunsthistorischen Meisterwerke von weltweitem Ruf, die bei der Weltausstellung 1904 in St. Louis zweimal mit dem Grand Prix ausgezeichnet wurden, im Rahmen von Führungen zu besichtigen.

König-Otto-Kapelle

Im Landkreis Rosenheim gab es aus Anlass des Denkmaltags neun Angebote in acht Gemeinden. Vor 175 Jahren, 1836, wurde die am Fuße des Thierbergs in Kiefersfelds erbaute König-Otto-Kapelle eingeweiht. Das optisch nicht alltägliche Bauwerk erinnert an die Abreise von König Otto I., einem Sohn von König Ludwig I. Er reiste nach Griechenland und bestieg den dortigen Königsthron.

Im 15. Jahrhundert wurde Wasserburgs Katholische Stadtpfarrkirche St. Jakobus errichtet. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte wurden immer wieder Veränderungen an der Kirche vorgenommen. Zuletzt wurde sie 1879/80 im Stil der Neugotik umgestaltet.

Da sich im Landkreis Freising keine Denkmäler befinden, die dem Motto des Tags des offenen Denkmals zuzuordnen sind, entschloss man sich, zwei Kirchen, in denen während der letzten Jahre umfangreiche Restaurierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, der Öffentlichkeit zu präsentieren. In Hörgertshausen konnte die Pfarrkirche St. Jakobus besichtigt werden und in Moosburg a. d. Isar die Pfarrkirche St. Kastulus.

Mit dem Faber-Castell'schen Schloss, der Bleimine, der Martin Luther-Kirche, dem Mecklenburger Platz und dem Heimatmuseum in Stein prägen die Landkreise Fürth wiederum Bau- und Denkmäler aus dieser spannenden Epoche.

In Augsburg, das im Zeitalter der Industrialisierung als „Deutsches Manchester“ galt, konnten die Besucher einen Blick hinter die eindrucksvollen Fassaden der Fabrikschlösser werfen. In der Jachenau (Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen) wurde schließlich eine geführte Bergtour zu den unter Denkmalschutz gestellten historischen Grenzsteinen von 1584 zwischen dem Kloster Benediktbeuern und dem Isarwinkel angeboten. **KI**

Gemeindefinanzbericht 2011:

Entwarnung? Fehlanzeige!

Trotz höherer Einnahmen können die deutschen Städte keine Entwarnung für die Kommunalfinanzen geben. Wie der Gemeindefinanzbericht 2011, den der Deutsche Städtetag unter dem Titel „Weniger Defizite – aber die Strukturkrise bleibt“ vorgelegt hat, ausweist, erwarten die deutschen Städte in diesem Jahr ein Defizit von etwa 5 Mrd. Euro. Aufgrund der erfreulich wachsenden Gewerbesteuereinnahmen fällt das Defizit jedoch geringer aus als in den beiden Jahren zuvor.

Nach den starken Rückgängen der Gewerbesteuer durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch durch Steuerrechtsänderungen wuchs die Gewerbesteuer laut Gemeindefinanzbericht erstmals 2010 wieder um 10 Prozent auf 35,7 Mrd. Euro, für 2011 wird ein Ergebnis von 39 Mrd. Euro erwartet. Als Folge der raschen Erholung könnte der Rekordwert von 41 Mrd. Euro des Jahres 2008 vielleicht schon bald wieder erreicht werden.

Strukturelle Schieflage

Das Finanzierungsdefizit wird 2011 zwar geringer ausfallen als im Vorjahr, aber auch die bisher

prognostizierten 5 Mrd. Euro zeigten, so die Finanzdezernentin des Deutschen Städtetags Monika Kuban, die fortdauernde strukturelle Schieflage deutlich an. Insbesondere die Entwicklung der Kassenkredite, die mit einer Steigerung von mehr als 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu Jahresbeginn bei 40,5 Mrd. Euro lagen, sei ein erneutes Alarmsignal.

Kassenkredite

Die starke regionale Konzentration der Kassenkredite sei dabei Ausdruck der immer weiter auseinander gehenden Schere zwischen reichen und armen

Städten. Dass die kommunale Finanznot und die damit verbundene kaum noch vorhandene Handlungsfähigkeit vieler Kommunen nicht mehr hingenommen werden kann, hätten mehrere Länder nun endlich erkannt und diskutierten kommunale Entschuldungskonzepte. Einige hätten bereits begonnen, sie umzusetzen.

Auflistung von Entschuldungskonzepten

In dem aktuellen Gemeindefinanzbericht wurden die Entschuldungskonzepte der einzelnen Länder in einer Übersicht aufgelistet. Kuban: „Hätte die im Frühjahr 2010 von der Bundesregierung ins Leben gerufene Gemeindefinanzkommission nicht die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens zum Regelbedarfsermittlungsgesetz (SGB II) – die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund – unterstützt, hätte sie keine strukturellen Verbesserungen für die Kommunen vorzuweisen. Diese Kostenübernahme stellt eine erfreuliche Entlastung gerade für die finanzschwächeren Kommunen dar.“

Die Tatsache, dass die Kommission im Bereich der Steuern keine Beschlüsse gefasst hat, sei kein Unglück, sondern vor dem

Hintergrund der politischen Rahmenbedingungen positiv zu bewerten. Die zeitweise ernsthaft zu befürchtende völlige oder schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuer würde für diese Legislaturperiode aufgegeben. Es habe sich erneut erwiesen, dass die zum Teil bekannten und erneut eingebrachten Alternativen zur Gewerbesteuer letztlich negative Folgewirkungen für die Kommunen hätten. Kuban zufolge „würden sie entweder zu gesamtstaatlich hohen Steuerverlusten, zu strukturellen Verwerfungen zwischen den Kommunen, zur Verschiebung der Steuerlast von Unternehmen zu Einwohnern oder zu einem enormen zusätzlichen Bürokratieaufwand führen“. Bei einzelnen Vorschlägen kumulierten diese Negativ-Effekte.

Gewerbesteuer bleibt unangetastet

„Ohne in einen für Kämmerer nicht untypischen Zynismus zu verfallen“, stellt die Finanzdezernentin in dem Bericht fest: „Diese Gemeindefinanzkommission hat aus Sicht der Städte das beste realistischere zu erwartende Ergebnis erzielt. Die Gewerbesteuer wird nicht wie beabsichtigt abgeschafft, sie bleibt vorerst unangetastet. Weiter auf der Tagesordnung bleibe freilich die Reform der Gemeindefinanz mit dem Ziel einer aufgabengerechten Finanzausstattung.“

DK

LKC KommunalForum 2011 mit VKU:

EU-Beihilferecht und Besteuerung der öffentlichen Hand

Mit diesen beiden Schwerpunktthemen veranstaltet die Rechtsanwaltskanzlei LKC ihr alljährliches KommunalForum am 12.10.2011, das heuer wieder im Bürgerhaus Pullach stattfindet. Als Ehrengast hat sich Innenminister Joachim Herrmann angekündigt, der zeitweise an dieser Kooperationsveranstaltung von LKC und dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. Landesgruppe Bayern teilnehmen wird. Die Bayerische Gemeindezeitung tritt als Medienpartner auf.

Durch diese Veranstaltung sollen (Ober-) Bürgermeister, Geschäftsführer und Vorstände kommunaler Unternehmen sowie Verwaltungsmitarbeiter für die vielschichtigen Aspekte des EU-Beihilferechts und der Besteuerung der öffentlichen Hand sensibilisiert werden. Hierzu werden die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen durch hochkarätige Referenten aus Ministerien, Beratung und VKU vorgetragen und mit den Teilnehmern diskutiert.

Die Einführung in das EU-Beihilferecht, das in der Kommunalpraxis oft durch Zuschüsse und Bürgerschaften an Unternehmen und Vereine relevant ist, gibt Rechtsanwalt und Altbürgermeister Dr. Stefan Detig. Er wird auch aus einem erfolgreich abgeschlossenen Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission berichten. Anschließend vertieft Oberregierungsrätin Claudia Vilgertshofer aus dem Bayerischen Innenministerium den Einführungsvortrag mit praxisrelevanten Einzelaspekten des EU-Beihilferechts. Den Ausblick auf die anstehende Reform des Monti-Pakets nach den ersten Äußerungen der EU-Kommission gibt Ministerialrat Dr. Klaus-Hannes Schäch vom Bayerischen Wirtschaftsministerium. Die umsatzsteuerliche Behandlung und steuervermeidende Gestaltung von Zuschusszahlungen zeigt Steuerberaterin Andrea Nast-Kolb auf. Der erste Themenblock wird sodann abgeschlossen durch das Referat „EU-Beihilferecht in der Jahresabschlussprüfung“ von Wirtschaftsprüfer Dr. Franz-Stephan v. Gronau.

Nach dem Mittagsimbiss beginnt der Themenblock Besteuerung der öffentlichen Hand mit „Contracting-Gestaltungen im Bereich der öffentlichen Hand“ durch den Vortrag von Erich Pinkos, Referent im Körperschaftsteuerreferat des Bundesfinanzministeriums. Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Stephan Salzmann wird über die steuerlichen Fallstricke und deren Umgehung beim Vermögensübergang auf ein Kommunalunternehmen sprechen. Die Begründung von Betrieben gewerblicher Art durch Kooperationen zwischen mehreren Gemeinden erläutert sodann Erich Pinkos in seinem zweiten Referat. Die „Antworten auf aktuelle Fragen des Energiesteuerrechts“ gibt Rechtsanwältin Dr. Susanne Weber, stellvertretende Bereichsleiterin Finanzen und Steuern des Verbands kommunaler Unternehmen. Die Bewertung kommunaler Unternehmen aus steuerlicher Sicht wird abschließend Wirtschaftsprüfer Dr. Robert Konold vornehmen.

Mit diesen ebenso hochaktuellen wie finanziell bedeutsamen Themen, die in Kurzreferaten dargestellt werden, ergibt sich ein hoher Nutzen für die tägliche Praxis. Außerdem hat sich das LKC KommunalForum bereits zu einem jährlichen Treffpunkt der in der Kommunalwirtschaft tätigen Persönlichkeiten entwickelt.

Weitere Infos sind unter www.lkc.de/kommunalforum sowie unter 089/546701-44 (Frau Dickhöver) erhältlich. Die Teilnahmegebühr ist gestaffelt und beträgt beispielsweise für Mitglieder des VKU oder des Bayerischen Städtetags 70 Euro zzgl. USt. pro Person. Anmeldeschluss ist der 28. September 2011.

□

Bayerischer Doppelhaushalt 2011/12

Positionen von Georg Winter, MDL, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag

Derzeit erleben wir hautnah, wie schnelllebig konjunkturelle Entwicklungen zwischenzeitlich geworden sind. Zu Beginn der Legislaturperiode hatte unser Land noch mit der schwersten wirtschaftlichen Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zu kämpfen. Diese hatten wir Ende 2010 endgültig überwunden, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft nahm deutlich an Fahrt auf. Mit den gegenwärtigen Problemen mehrerer EU-Länder, allen voran Griechenland, aber auch den USA scheint sich der Aufschwung bereits wieder zu verlangsamen.

Diese Entwicklung schlägt sich auch auf den bayerischen Staatshaushalt nieder. Es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ist. Wir haben den Doppelhaushalt 2009/2010 als Konjunkturhaushalt gestaltet und setzen diesen Kurs auch im Doppelhaushalt 2011/12 insbesondere mit dem Programm Aufbruch Bayern fort. 2012 werden wir bereits das siebte Jahr in Folge ohne neue Schulden auskommen.

Kommunaler Finanzausgleich

Der Freistaat achtet aber nicht nur auf gesunde Staatsfinanzen im Landeshaushalt. Wir sind daneben auch Anwälte der Kommunen. In den vergangenen Jahren haben wir mit den kommunalen Spitzenverbänden jeweils eine Einigung über den kommunalen Finanzausgleich mit Höchstwerten erzielt. In diesem Jahr 6,374 Milliarden Euro. Im kommenden Jahr sollten wir eine bessere Ausstattung der Investitionsförderung für unsere Bildungsstätten anstreben. Modernisierung, Umstellung auf Ganztageseinrichtungen, Brandschutz, Energieeinsparung, das sind Stichworte, die über das ganze Land mehr Mittel erfordern.

Bund-/Länderfinanzausgleich

Der Bund-/Länderfinanzausgleich ist eine große solidarische Leistung Bayerns gegenüber den Nachbarländern, er besteht aus drei Komponenten. Einzahlung: Länderfinanzausgleich 3,8 Milliarden Euro, Verrechnung: Um-

satzsteuerausgleich 1,5 Milliarden Euro, einwohnerbezogene Verluste bei den Bundesergänzungszuweisungen 1,95 Milliarden Euro. Der Bund-/Länderausgleich bedeutet somit für Bayern ein Minus von 7,25 Milliarden Euro.

Solide Staatsfinanzen – EU-Beihilferecht

Solide Staatsfinanzen bleiben unser vorrangiges politisches Ziel.

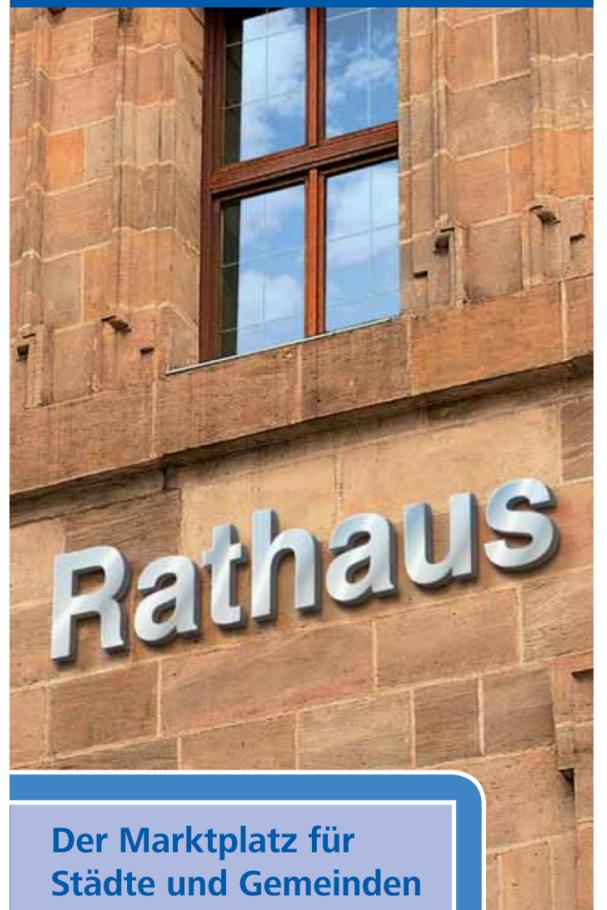


Georg Winter.

Die Energiewende und die Ausrichtung Bayerns auf den demografischen Wandel sind unsere Herausforderungen für die Zukunft. Wir brauchen dafür und für konjunkturelle Schwankungen ausreichend Rücklagen. Nach Stabilisierung der Landesbank und der größten Hilfsaktion Bayerns für die Sparkassen müssen wir das EU-Beihilferecht als Chance im Interesse der Steuerzahler nutzen. Unser Ziel muss es sein, eine laufende Belastung des Staatshaushaltes zu vermeiden.

□

Kommen, sehen, profitieren!



Der Marktplatz für Städte und Gemeinden

19. – 20.10.2011

KOMMUNALE

Kommunale 2011

NÜRNBERG

7. Fachmesse und Kongress für Kommunalbedarf

Wer richtig entscheiden will, muss alle Alternativen kennen(-lernen). Auf der Kommunale finden Sie, was Entscheider und Führungskräfte aus Städten und Gemeinden für ihre erfolgreiche Arbeit brauchen – seit über zehn Jahren!

www.kommunale.de

BesucherService

NürnbergMesse GmbH
Messezentrum Nürnberg
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 36
besucherservice@nuernbergmesse.de

Veranstalter Kongress



BAYERISCHER
GEMEINDETAG

Veranstalter Fachmesse



NÜRNBERG MESSE

In Zusammenarbeit mit



Deutscher
Städte- und Gemeindebund

Medienfachliche Partner

Behörden Spiegel

Bayerische
Gemeindezeitung



Parabel-Solarprojekte:

Ganzheitliche Lösungen für den individuellen Bedarf

GZ-Interview mit Vorstandsvorsitzendem Jürgen Will

Der Solarenergie gehört als regenerativer Energiequelle die Zukunft – national wie international. Zu den Wegbereitern in der Solarbranche zählt die Parabel AG mit Sitz in Berlin. Das 1992 gegründete, international ausgerichtete Unternehmen bietet eine Reihe innovativer Lösungen, speziell auch für Kommunen, an. Darüber sprach die Bayerische Gemeindezeitung mit Jürgen Will, Vorstand der Parabel AG.

GZ: Warum lohnt sich Ihrer Ansicht nach eine Investition in die Kraft der Sonne?

Will: Die Sonne bietet uns eine kostenlose regenerative Energiequelle, die unbegrenzt zur Verfügung steht. Durch die verstärkte Nutzung dieser Quelle erreichen wir mehr Unabhängigkeit von den endlichen fossilen Brennstoffen und auch von Energie-Importen aus dem Ausland. Gerade Kommunen können einen Beitrag zu einer dezentralen, autarken Energieversorgung aus der Region leisten und sogar als Energieversorger mit eigenem Portfolio auftreten.

Die Investition in eine Photovoltaikanlage ist eine sichere, kalkulierbare Investition durch die staatlich garantierten Einspeisetarife, es gibt nicht solche Schwankungen wie bei anderen Investitionen. Bei großen Anlagen wie Solarparks ist durch Größeneffekte und geringere Investitionskosten sogar noch eine besonders hohe Wirtschaftlichkeit gegeben. Außerdem müssen auch Klimaschutzauflagen der EU erfüllt werden – hier ist die Photovoltaik ein geeignetes Mittel um dauerhaft CO₂ einzuspa-

ren. Viele Kommunen nutzen Photovoltaik-Anlagen auch für ihr Standortmarketing; nebenbei wird auch die Bevölkerung an das Thema erneuerbare Energien herangeführt und für Umweltthemen sensibilisiert.

GZ: Das Fraunhofer-Institut hat ja nun auf die zunehmende Wirtschaftlichkeit von Solarstrom hingewiesen...

Will: Richtig. Das FSI prognostiziert, dass die sogenannte Grid-Parity (Netzparität) bald erreicht wird, d. h. dass die Stromgestehungskosten gleich oder geringer ausfallen als der Endkundenstrompreis. In Regionen mit sehr hoher Sonneneinstrahlung kann dies teilweise heute schon gegeben sein. Wir können die Thesen des Instituts aus unserer praktischen Erfahrung bestätigen: Die Modulpreise sind stark gefallen, und auch die Gestehungskosten für Projekte sinken zunehmend. Bei unseren eigenen Projekten konnten wir die Kosten in den vergangenen Jahren um 50 % senken. Nach aktuellen Schätzungen des Bundesverbandes für Energie- und Wasserwirtschaft liefern die Erneuerbaren in 2011 erstmals

über 20 % des Stroms in Deutschland – und die Photovoltaik hat die Wasserkraft überholt und liegt heute schon auf Platz 3.

GZ: Das Portfolio der Parabel AG ist sehr vielfältig. Das Unternehmen definiert sich als Projektentwickler, Hersteller und Systemanbieter. Was ist die Firmenphilosophie und welche Ziele verfolgt Parabel damit?

Will: Wir sagen: Wo es keine Lösung gab, haben wir eine entwickelt. Die Parabel ist eines der ältesten Unternehmen der jungen Branche und hat aus schlanken Strukturen heraus gute Ergebnisse erzielt. So sind die verschiedenen Geschäftsbereiche gewachsen; diese sind neben Freiflächen- und Aufdachanlagen auch die Entwicklung eigener Produkte wie Photovoltaiksysteme für industrielle Leichtdächer und eine solarthermische Regelungsstation. Wir

Vorstand Jürgen Will.

und Gemeinden. Darüber hinaus auch die Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäuser und Hotels, die mit unseren solarthermischen Lösungen ihre Kosten für Heizung und Warmwasser senken.

GZ: Das Unternehmen ermöglicht privaten und institutionellen Investoren, Freiflächen für ertragreiche Sonnen-Kraftwerke zu nutzen. Längst bewährt hat sich insbesondere der Einsatz von Photovoltaik als Modell einer sinnvollen Zwischen- oder Nachnutzung für brachliegende Militär- und Gewerbe-Areale. Welche Synergieeffekte kommen hier zum Tragen?

Will: Eine Photovoltaik-Anlage bedeutet eine sinnvolle Nutzung von Flächen, die keinem anderweitigen Verwendungszweck zugeführt werden können, wie es etwa bei Flächen mit ehemaliger Militärnutzung wegen der Kampfmittelbelastung der Fall ist. Solche Konversionsflächen werden dann im Rahmen des Projekts bereinigt. Ein So-

larpark dient gleichzeitig der Förderung von Biodiversität und Naturschutz-Artenvielfalt kann sich auf dem Areal ungehindert entwickeln und entfalten. Beim Bau eines Parks finden in Absprache mit der Naturschutzbehörde auch falls notwendig Ausgleichsmaßnahmen statt, um mögliche schädliche Einflüsse auf Flora und Fauna weitestgehend zu minimieren. Liegt der Solarpark in der Nähe von Gewerbegebieten oder Kommunen, wird zum einem die dezentrale Stromversorgung gestärkt, zum anderen werden Infrastrukturkosten für einen Netzausbau eingespart.

GZ: Wer zählt zu den Kunden der Parabel AG?

Will: Unter unseren Kundengruppen finden sich institutionelle Investoren, zunehmend auch Stadtwerke und kommunale Energieversorger. Bei unseren Dachprojekten sind es Besitzer großer Dächer, in der Regel Industrie- und Gewerbebetriebe, landwirtschaftliche Betriebe und eben Städte

und Gemeinden. Darüber hinaus auch die Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäuser und Hotels, die mit unseren solarthermischen Lösungen ihre Kosten für Heizung und Warmwasser senken.

GZ: Das Unternehmen ermöglicht privaten und institutionellen Investoren, Freiflächen für ertragreiche Sonnen-Kraftwerke zu nutzen. Längst bewährt hat sich insbesondere der Einsatz von Photovoltaik als Modell einer sinnvollen Zwischen- oder Nachnutzung für brachliegende Militär- und Gewerbe-Areale. Welche Synergieeffekte kommen hier zum Tragen?

Will: Eine Photovoltaik-Anlage bedeutet eine sinnvolle Nutzung von Flächen, die keinem anderweitigen Verwendungszweck zugeführt werden können, wie es etwa bei Flächen mit ehemaliger Militärnutzung wegen der Kampfmittelbelastung der Fall ist. Solche Konversionsflächen werden dann im Rahmen des Projekts bereinigt. Ein So-

larpark dient gleichzeitig der Förderung von Biodiversität und Naturschutz-Artenvielfalt kann sich auf dem Areal ungehindert entwickeln und entfalten. Beim Bau eines Parks finden in Absprache mit der Naturschutzbehörde auch falls notwendig Ausgleichsmaßnahmen statt, um mögliche schädliche Einflüsse auf Flora und Fauna weitestgehend zu minimieren. Liegt der Solarpark in der Nähe von Gewerbegebieten oder Kommunen, wird zum einem die dezentrale Stromversorgung gestärkt, zum anderen werden Infrastrukturkosten für einen Netzausbau eingespart.

GZ: Können Sie ein aktuelles Projektbeispiel nennen?

Will: Am Standort Jännersdorf in Brandenburg befindet sich derzeit mit 90 MW in der Endphase einer der größten Solarparks in Europa in Planung. Dabei werden Teile eines ehemaligen Truppenübungsplatzes entwickelt. Die Gemeinde möchte gemäß den Vorgaben der Energiestrategie des Landes Brandenburg – bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent des Primärenergieverbrauchs gesteigert werden – mit der Errichtung des Solarpark Jännersdorf einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sensible Teile im Plangebiet wie das Naturschutzgebiet Marienfließ sind von der geplanten Freiflächenanlage ausgenommen. Auch die älteren und gewachsenen Baumareale auf dem Gelände werden erhalten. Darüber hinaus wird die Möglichkeit der Eigenversorgung der Einwohner durch das neue Solarkraftwerk geprüft.

GZ: Wie sieht es mit weiteren Beispielen aus?

Will: Aktuell wird ein 5,3 MW Freiflächenpark in Sachsen fertig gestellt und im Oktober in Betrieb genommen. Wir arbeiten derzeit auch an elf Dachprojekten mit einer Gesamtleistung von 6 MW in Brandenburg und Sachsen. Insgesamt haben wir bereits Freiflächenparks in Deutschland, Tschechien und Spanien mit über 20 MWp Leistung sowie zahlreiche Dachprojekte realisiert.

GZ: Lassen Sie uns ein kurzes Resümee ziehen: Warum ist die Parabel AG für Kommunen eine interessante Option? Wo liegen ihre Stärken?

Will: Mit Parabel steht den Kommunen ein erfahrener Partner zur Seite, der alle Leistungen aus einer Hand bietet. Wir liefern nur qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Komponenten und legen Wert auf technische Verlässlichkeit und die Einhaltung europäischer Qualitätsstandards. Unsere Photovoltaik-Lösungen für Gebäude und Freiflächen können auch ohne eigene Investition der Kommune realisiert werden. Dabei profitieren die Gemeinden vielfach: Sofort kommen Gelder in die Kassen, die planbare, sichere Einkünfte für die Gemeinde darstellen. Regelmäßige Pachtzahlungen und auch Gewbesteuer, wenn die Projektgesellschaft ihren Sitz in der Gemeinde hat. Je nach Größe der Anlage kann das ein beträchtlicher Posten sein. **DK**

GZ: Lassen Sie uns ein kurzes Resümee ziehen: Warum ist die Parabel AG für Kommunen eine interessante Option? Wo liegen ihre Stärken?

Will: Mit Parabel steht den Kommunen ein erfahrener Partner zur Seite, der alle Leistungen aus einer Hand bietet. Wir liefern nur qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Komponenten und legen Wert auf technische Verlässlichkeit und die Einhaltung europäischer Qualitätsstandards. Unsere Photovoltaik-Lösungen für Gebäude und Freiflächen können auch ohne eigene Investition der Kommune realisiert werden. Dabei profitieren die Gemeinden vielfach: Sofort kommen Gelder in die Kassen, die planbare, sichere Einkünfte für die Gemeinde darstellen. Regelmäßige Pachtzahlungen und auch Gewbesteuer, wenn die Projektgesellschaft ihren Sitz in der Gemeinde hat. Je nach Größe der Anlage kann das ein beträchtlicher Posten sein. **DK**

Was tun mit ungenutzten Gewerbe- und Konversionsflächen?

Verpachten für solare Nutzung!

- Einnahmequelle (Pacht und GewSt)
- Aufwertung und ggf. Bereinigung der Fläche
- Regionale Wertschöpfung - Grüner Strom
- Raum für Biodiversität und Naturschutz



Projektentwicklung · Finanzierung · Errichtung · Betrieb

Parabel AG
Holländerstraße 34
D-13407 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 481601-0
info@parabel-solar.de
www.parabel-solar.de

parabel
ENERGIE OHNE ENDE

Das teuerste Infrastruktur-Projekt

Neue Regensburger Ostumgehung verschlingt 67 Millionen Euro

Regensburg. (osr) „Das finanziell teuerste Infrastruktur-Projekt aller Zeiten in Regensburg“ ließ sich Oberbürgermeister Hans Schaidinger von seinen Fachleuten des Planungs- und Baureferats erläutern. Auf verschiedenen Baustellen der neuen Ostumgehung machte er sich vor Ort ein Bild vom Fortschritt der Bauarbeiten. Zu den Baukosten von 67,35 Millionen Euro erhält die Stadt 75 Prozent Zuschüsse vom Freistaat.

Insgesamt werden sieben Kilometer Straßen und Radwege gebaut. Erforderlich sind in diesem Zusammenhang neun Brücken bzw. Unterführungen sowie 3,3 Kilometer Lärmschutzanlagen. Bis 2014 soll die Ostumgehung die B 16 bei Haslbach mit der Osttangente verbinden, den Landkreis besser anbinden und den innerstädtischen Verkehr um 16 000 Fahrzeugen (Lkw-Anteil zehn Prozent) täglich entlasten. Das Projekt hatte in Regensburg nicht überall Zustimmung gefunden; Bürgerinitiativen versuchten den Bau zu verhindern.

Endausbau 2012 bis 2014

Von Herbst 2009 bis Mitte 2012 werden die Bauabschnitte nördlich der Donaustauer Straße hergestellt. Die dann teilweise fertig gestellte Ostumgehung soll voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2012 für den Verkehr freigegeben werden. Der Endausbau im Bereich der Walhalla-Allee folgt im Anschluss in den Jahren 2012 bis 2014.

Vorkehrungen

Beginn der Bauarbeiten war eine begrünte Lärmschutzwand

hung auch der Erschließung weiterer Gewerbeflächen, die dringend gebraucht werden. Trotzdem könne auch dann die Nachfrage noch nicht gedeckt werden, weshalb an einem gemeinsamen Gewerbegebiet mit Wenzelbach geplant wird. Voraussetzung dafür ist eine höhenfreie Kreuzung über die Bahn, die im Zug der Ostumgehung gebaut wird und einen schienengleichen Bahnübergang ersetzt.

Die neue zweispurige Ostumgehung erhält, wo dies möglich ist, beidseitig großzügige Grünstreifen sowie Geh- und Radwege. Lärmschutzanlagen, bestehend aus Wall und Wänden, werden etwa sieben Meter hoch ausgeführt. **□**

Gewerbeflächen

Im Bereich des Gewerbegebiets Haslbach, so der Oberbürgermeister, diene die Ostumge-



Oberbürgermeister Hans Schaidinger (Mitte) machte sich mit Fachleuten des Planungs- und Baureferats ein Bild vom Fortschritt der Arbeiten beim Bau der Regensburger Ostumgehung. **Foto: osr**

GZ-Gespräch mit Dr. Otto Beierl, LfA Förderbank Bayern:

Bei der Energiewende an der Seite der Kommunen

Bayerns Städte, Gemeinden und Landkreise stehen im Zusammenhang mit der aktuellen Energiewende vor großen Herausforderungen. Die kommunalen Entscheider müssen dabei solche Technologien auswählen, die Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit gewährleisten. Diese gewaltige Umstrukturierung kostet viel Geld. Warum die LfA Förderbank Bayern hier ein zuverlässiger Partner ist, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel mit Vorstandsmitglied Dr. Otto Beierl.

GZ: Was müssen die Kommunen bei der angestrebten Energiewende aus Ihrer Sicht besonders beachten?

Dr. Beierl: Die Energiewende ist für die Kommunen ein ganz wichtiges Thema. Sie findet vor Ort statt und muss in den Köpfen der Menschen noch viel stärker verankert werden. Die Kommunen wollen sich energieeffizienter aufstellen. Was die Finanzierung der erforderlichen Projekte betrifft, sind wir an ihrer Seite. Aber sie brauchen auch die Zustimmung der Bevölkerung, wenn Photovoltaik-, Windkraft-, Geothermie- oder Biogas-Anlagen errichtet werden sollen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen ihren Bürgern klar machen, was die Energiewende für jeden Einzelnen bedeutet.

Wir beobachten schon seit längerer Zeit, dass die Energieversorgung dezentraler wird, also vor Ort zu bewerkstelligen ist. Die Vorgaben der EU erfordern zudem eine klare Trennung von Energieerzeugung und -vertrieb. Nicht zuletzt deshalb arrangieren sich die großen Energieerzeuger verstärkt mit den Stadtwerken. Der Trend geht in Richtung Re-kommunalisierung der Energieerzeugung. Dass große Städte wie München und Nürnberg sich sogar an Gasexplorationen in Norwegen beteiligen, ist nur ein Beispiel dafür, wie durchgängig die Wertschöpfungskette wird.

GZ: Wie kann die LfA als Spezialbank des Freistaats den Kommunen bei der Erfüllung dieser gewaltigen Aufgabe helfen?

Dr. Beierl: Zum einen treten wir auf Einladung von Geschäftsbanken als Finanzierer im Rahmen von Bankenkonsortien auf. Wir sind zum Beispiel bei Projektfinanzierungen von Stadtwerken Darlehensgeber und finanzieren so Solar- und Windparks, Blockheizkraftwerke und Tiefengeothermieanlagen. Dank unseres Triple-A-Ratings können wir uns am Kapitalmarkt sehr günstig refinanzieren. Auch bei Vorhaben von Energieversorgungsunternehmen sind wir zusammen mit anderen Banken im Konsortialgeschäft stark engagiert. Bei solchen Projektfinanzierungen sind Beträge im zweistelligen Millionenbereich keine Seltenheit. Mit

einem zuverlässigen Partner wie der LfA an ihrer Seite haben es die Hausbanken leichter, diese Summen zu realisieren.

GZ: Ein weiteres Angebot ist der Infrakredit Kommunal, ein zinsverbilligter Förderkredit, der vielen Kämmerern schon lange ein wertvolles Instrument bei der Finanzierung von Investitionen für die Infrastruktur ist. Wird dieses günstige Darlehen den Kommunen auch künftig zur Verfügung stehen?

Dr. Beierl: Der Infrakredit Kommunal läuft selbstverständlich weiter. Zudem werden auch die neuen Herausforderungen schon heute über den Infrakredit Kommunal mit abgebildet. Wenn Kommunen Blockheizkraftwerke, Biogasanlagen und ähnliches errichten, sind wir auch jetzt schon oft mit dem Infrakredit Kommunal dabei. Ein Beispielprojekt ist die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kindergartens „Spatzennest“ in Vohburg an der Donau im vergangenen Jahr. Im übrigen spielt die Größenordnung des Projekts keine Rolle; es gibt weder eine Unter- noch eine Obergrenze.

Die Bayerische Staatsregierung hat zudem in Aussicht gestellt, für die Finanzierung der Energiewende zusätzliche Zinsverbilligungen zu ermöglichen. So soll beispielsweise der Einsatz hocheffizienter Leuchten in der Straßenbeleuchtung besonders gefördert werden. Die Gespräche mit den zuständigen Ministerien über die Ausgestaltung der zusätzlichen Zinsverbilligung laufen derzeit. Natürlich soll auch die Finanzierung von gewerblichen Unternehmen im Bereich der Energiewende ausgeweitet werden, dies ist allerdings ein anderes Thema.

GZ: Wer kann auf den Infrakredit Kommunal zugreifen?

Dr. Beierl: Gefördert werden kommunale Gebietskörperschaften, rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften sowie kommunale Zweckverbände.

Wenn ein Stadtwerk in der Rechtsform einer GmbH organisiert ist – wie das bei größeren Städten häufig der Fall ist – dann müssen wir bei der Finanzierung auf Kapitalmarktmittel zurückgreifen, weil der Infrakredit mit

seinem großen Fördervorteil speziell den Kommunen zugute kommen soll. Größere Stadtwerke hingegen, die rechtlich selbstständig organisiert sind, haben natürlich ganz andere Möglichkeiten, am Kapitalmarkt zu agieren und sich dort Geld zu besorgen.

GZ: Grundsätzlich soll durch den Infrakredit Kommunal alles gefördert werden, was zum Bereich der erneuerbaren Energien gehört. Wer beurteilt ggf. die Förderfähigkeit?

Dr. Beierl: Die Grundsätze der Förderung zu bestimmen, ist Sache der Politik. Als Finanzierer ist es nicht unsere Aufgabe zu entscheiden, welche erneuerbare Energie gut und welche schlecht ist.

GZ: Wie ist es um den Bereich Energetische Gebäudesanierung bestellt?

Dr. Beierl: Die energetische Gebäudesanierung im kommunalen Bereich decken wir mit dem Infrakredit Kommunal ab, im industriellen und gewerblichen Bereich haben wir ebenfalls passende Angebote. Um die energetische Sanierung von Wohnbauten kümmert sich die Bayerische Landesbodenkreditanstalt.

GZ: Wie sieht es mit den Konditionen aus?

Dr. Beierl: Der Infrakredit Kommunal wird über die KfjW günstig refinanziert und von der LfA nochmals um 0,10 Prozentpunkte bei einer Zinsfestschreibung von 10 Jahren vergünstigt. Der Zinssatz liegt damit in aller Regel deutlich unter dem Marktdurchschnitt. Das bringt auf die gesamte Laufzeit gerechnet einen ansehnlichen Fördervorteil. Angeboten werden Darlehenslaufzeiten von zehn, zwanzig oder dreißig Jahren mit zwei, drei oder fünf tilgungsfreien Anlaufjahren.

GZ: Ein Blick in die nahe Zukunft: Was bedeutet Basel III für die Kommunalfinanzierung?

Dr. Beierl: Durch Basel III wird die Kommunalfinanzierung etwas teurer werden, weil nach den neuen Regeln jeder Kredit, mit einem bestimmten Eigenkapitalbetrag der Bank unterlegt werden muss. Bisher mussten Kommunalkredite überhaupt nicht mit Eigenkapital unterlegt werden. Da die Eigenkapitalunterlegung für Geschäftsbanken ein zu kalkulierender Kostenfaktor ist, werden sich auch die Konditionen für den Kreditnehmer verteuern. Wir als Förderbank verfügen über eine sehr komfortable Eigenkapitalausstattung und können den Kommunen auch weiterhin ein sehr günstiges Finanzierungsangebot darstellen.

GZ: Ist eine Kombination des Infrakredit Kommunal mit anderen Förderprogrammen möglich?

Dr. Beierl: Grundsätzlich ja. Ein weiterer Vorteil: Das Förderverfahren ist einfach, der Antrag wird direkt bei der LfA gestellt. Innerhalb von drei Arbeitstagen ist die Anfrage in der Regel bearbeitet.

GZ: Wie gut wird der Infrakredit Kommunal angenommen?

Dr. Beierl: Kommunen, die ihre Projekte schon einmal über uns finanziert haben, kommen auch mit neuen Vorhaben immer wieder. Besonders stark nachgefragt wird der Infrakredit Kommunal bei Wasser-, Abwasser- und Straßenbau-Projekten. Die Kämmerer schätzen es sehr, dass die Finanzierung schnell und unbürokratisch abgewickelt wird. Wir hoffen natürlich, dass noch mehr Gemeinden auf unsere günstigen Finanzierungsmöglichkeiten

ten aufmerksam werden, denn die Konditionen des Infrakredit Kommunal sind nahezu konkurrenzlos. Um die Kommunen zu informieren besuchen wir die Tagungen der kommunalen Spitzenverbände, wir gehen auf Kämmerertagungen und Messen und veröffentlichen unser Angebot im Internet und in der Fachpresse – wie z. B. in der Bayerischen Gemeindezeitung. Jeder Bürgermeister oder Kämmerer kann selbstverständlich unmittelbar auf uns zukommen.

GZ: Ein relativ neuer Bereich im Spektrum alternativer und regenerativer Energien ist die Tiefengeothermie. Zahlreiche Kommunen haben hierfür günstige geologische Voraussetzungen. Ihr Haus trägt dem Rechnung mit dem neuen „Infrakredit Tiefengeothermie“.

Dr. Beierl: Richtig, mit diesem Kredit sollen Wärmenetze gefördert werden, die überwiegend Wärme aus Tiefengeothermie-Anlagen einspeisen. Die Exploration hat dann schon stattgefunden. Das heißt, die Frage wie die Wärme an die Oberfläche kommt, ist bereits geklärt. Wir helfen mit dem Infrakredit Tiefengeothermie dabei, die Wärme zum Verbraucher zu bringen. Diese Wärmenetze fördern wir wahlweise entweder über einen Investitionszuschuss oder über einen mittels Zinszuschuss vergünstigten Kredit. Je Meter Trassenlänge gibt es 40 oder 60 Euro Zuschuss, je nach Wärmeleistung. Der Förderhöchstbetrag pro Projekt liegt bei 1,5 Millionen Euro.

GZ: Gibt es ein aktuelles Beispiel für ein Tiefengeothermieprojekt?

Dr. Beierl: Im Süden von München wird derzeit das Geothermiekraftwerk Dürnhaar errichtet. Bei diesem Tiefengeothermieprojekt sind wir noch einen



Vorstandsmitglied Dr. Otto Beierl (l.) mit dem für Infrastrukturfinanzierung zuständigen Mitarbeiter Robert Strobel. □

Schritt weiter gegangen und begleiten den Kraftwerksbau. Dazu haben wir uns zusammen mit der Sparkasse München-Starnberg-Ebersberg an einer Konsortialfinanzierung beteiligt, die von der Bayerischen Landesbank strukturiert und arrangiert wurde. So konnte die Finanzierungslast auf mehreren Schultern verteilt werden. Die Anlage in Dürnhaar wird voraussichtlich 2012 in Betrieb gehen und kann im Jahr fast 46.000 Megawattstunden Strom pro Jahr erzeugen. Damit können rund 18.000 Haushalte in der Umgebung versorgt werden. Gegenüber der konventionellen Stromerzeugung lassen sich pro Jahr rund 35.000 Tonnen CO2 einsparen.

GZ: Herr Dr. Beierl, vielen Dank für das Gespräch. □

Kontakt Daten:
LfA Förderbank Bayern,
Team Infrastrukturfinanzierung,
Tel.: 089/2124-2262,
eMail: infra@lfa.de, Internet:
www.lfa.de □

Neue Broschüre:

„60 Jahre LfA - Wir fördern Bayern“

Seit 2. Mai 1951 finanziert die LfA Förderbank Bayern den Mittelstand. Aus Anlass ihres Jubiläums hat die LfA eine Broschüre herausgebracht, die Einblicke in 60 Jahre Wirtschaftsförderung gibt und ausgewähltes Datenmaterial bietet.

Historie

Kurz und prägnant wird beschrieben, wie die LfA von der Flüchtlingsbank zur modernen Förderbank wurde und dabei den Ausbau Bayerns vom Agrarland zum High-Tech-Standort unterstützt hat. Heute profitieren jährlich rund 6.000 Mittelstandsunternehmen von der LfA-Förderung.

Die Publikation ist abrufbar unter http://www.lfa.de/website/downloads/broschueren/b_60Jahre/60_Jahre_LfA.pdf □

COMMERZBANK 



Mittelstandsbank

Strategischer Partner des Öffentlichen Sektors

Unsere Spezialisten für den Öffentlichen Sektor sind an über 150 Standorten für Sie da. Mit dem Wissen um die besonderen kommunalen Anliegen entwickeln wir als beratungsstarke Gesprächspartner gemeinsam mit Ihnen individuelle Lösungen aus einer Hand. Dabei stehen für uns die Bedürfnisse des gesamten Konzerns Kommune mit seinen Eigengesellschaften im Mittelpunkt.

Wir sind ganz einfach näher dran und leistungsstärker – als strategischer Partner des Öffentlichen Sektors. www.oeffentlicher-sektor.commerzbank.de



Gemeinsam mehr erreichen

Finanzstaatssekretär Pschierer:

Steuervereinfachung als Zukunftsaufgabe!

„Steuervereinfachung bleibt eine Zukunftsaufgabe, der Prof. Kirchhof ein revolutionäres Gesicht gegeben hat! Die Marschroute wird dabei maßgeblich von unserem Gerechtigkeitsempfinden bestimmt. Darüber hinaus darf persönlicher, wirtschaftlicher und beruflicher Erfolg nicht bestraft werden. Daher trete ich für eine flachere Steuerprogression ein“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer in seinem Statement anlässlich einer Vortragsveranstaltung des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. und des Wirtschaftsbeirats der Union e.V. in München fest.

Pschierer plädiert nachträglich für das Steuervereinfachungsge-setz 2011, dem der Bundesrat be-dauerlicher Weise seine Zustimmung

verweigert habe. Er begründete daher die Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung, damit dieses Maßnahmenpaket doch noch Wirklichkeit werde. Es wäre nach den Worten von Pschierer ein verheerendes Signal, wenn der Startschuss für eine Vereinfachung des Steuerrechts als „Rohrkrepierer“ enden würde. Dies könne sich die Politik über die Parteigrenzen hinweg nicht leisten. Dabei sei das Maßnahmenpaket nur ein erster Schritt dem weitere folgen müssten. Bayern habe sich in der Länderkammer klar zu dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung bekannt, zumal es auf Grund der Kostenübernahme des Bundes zu keinen Haushaltsbelastungen für Länder und Gemeinden führen würde. □

GVB-Präsident Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl im GZ-Interview:

Der ländliche Raum hat Zukunft!

Der Genossenschaftsverband Bayern und der Bayerische Gemeindetag haben vor kurzem eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Über Ausgestaltung und Möglichkeiten dieses Übereinkommens sprach die GZ mit dem Präsidenten des Genossenschaftsverbands Bayern, Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl.

GZ: Wie sieht die Vereinbarung konkret aus?

Götzl: Dem Bayerischen Gemeindetag und uns war daran gelegen, von Anfang an klarzumachen, dass die Zusammenarbeit beider Verbände und ihrer Mitglieder auf Dauer angelegt ist. Geprägt wird sie vom gemeinsamen Einsatz für den Erhalt sowie den Ausbau der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der ländlichen Räume im Freistaat. Und genau das, sowie einige Verfahrensweisen der Zusammenarbeit, haben wir deshalb in einem Kooperationsvertrag festgehalten. Diesen haben Dr. Brandl und ich stellvertretend für beide Organisationen unterschrieben und unseren Gremien vorgelegt, die das Projekt vollumfänglich unterstützen.

GZ: Welche Ziele verbinden Sie damit?

Götzl: Die Kooperation folgt einem umfangreichen Zielkatalog, der die Interessen beider Kooperationspartner widerspiegelt. Dazu zählen Ausbau und Bewahrung von leistungsfähigen und zugleich nachhaltigen Strukturen für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Menschen vor Ort. Gemeinsam wird man sich dafür einsetzen, die Attraktivität der ländlichen Räume für alle Generationen zu sichern, um ein hohes Maß an Lebensqualität zu ermöglichen und Abwanderung zu verhindern. Wir wollen dazu beitragen, dass vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden und setzen uns deshalb für die Förderung von Ausbildung und Weiterbildung. Uns liegt daran, dass die Menschen auch künftig die Bedürfnisse des täglichen Lebens vor Ort decken können. Wir wissen, wie wichtig es ist, dass auch künftig ehrenamtliches Engagement im sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereich gefördert wird und treten deshalb für die Aktivierung von Eigeninitiative und Selbsthilfe ein.

GZ: In welcher Weise profitieren die Kommunen davon?

Götzl: Genossenschaften sind

die Unternehmen des ländlichen Raums. Dieser ist nicht zuletzt die Summe einer Vielzahl von kommunalen Einheiten. Aus Sicht des Genossenschaftsverbands Bayern macht es deshalb Sinn, im Interesse seiner Mitglieder intensiv mit dem Spitzenverband der kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte zusammenzuarbeiten. Denn sowohl die Mitglieder des GVB als auch jene des Bayerischen Gemeindetags tragen mit ihren Tätigkeiten dazu bei, dass Leistungen der örtlichen Infrastruktur geschaffen und aufrechterhalten werden. GVB und Bayerischer Gemeindetag sind die Anwälte des ländlichen Raums. Entgegen mancher Prognosen sind wir davon überzeugt, dass der ländliche Raum im Freistaat Zukunft hat.

GZ: Wie wird die Zusammenarbeit koordiniert?

Götzl: Koordiniert wird die Zusammenarbeit durch ein gemeinsames Gremium, den bayerischen kommunal-genossenschaftlichen Rat. Er wird in regelmäßigen Abständen zusammenkommen. Ihm gehören je bis zu zwölf Vertreter des Bayerischen Gemeindetags und des Genossenschaftsverbands Bayern an.

GZ: Bayerns Kommunen gründen zu verschiedenen Zwecken Genossenschaften. In jüngster Zeit geht es dabei häufig um Energiethemata. Um wie viele handelt es sich dabei?

Götzl: In der Tat stellen wir eine überdurchschnittliche Gründungsaktivität im Bereich Umwelt und Energie fest – und das nicht erst seit der Reaktor Katastrophe in Fukushima. In Bayern gibt es derzeit 100 Energiegenossenschaften, von denen 68 in den letzten fünf Jahren gegründet wurden. Allein im vergangenen Jahr wurden hier 30 Genossenschaften ins Leben gerufen. Und ja – häufig kommt der Impuls für dezentrale Energieprojekte aus den Gemeinden selbst: Immer mehr Kommunen und Bürger widmen sich der regenerativen Energieerzeugung und

der umweltfreundlichen sowie nachhaltigen lokalen Energieversorgung – und gründen dazu Genossenschaften. Das reicht von der Gewinnung von Biogas über den Betrieb von Photovoltaikanlagen bis zum Aufbau von Nahwärmeverorgungsanlagen. Von den bayerischen Energiegenossenschaften werden derzeit 12.900 Megawatt Strom regenerativ erzeugt. Mit steigender Tendenz.

GZ: Sind das alles Einzelprojekte? Oder gibt es inzwischen Pilotprojekte mit Vorbildfunktion?

Götzl: Es gibt mittlerweile eine ganze Bandbreite von Projekten und Kooperationen im Bereich Energie und Umwelt überall in Bayern. Viele Genossenschaftsgründungen haben dabei Vorbildcharakter für die jeweilige Region. Wobei Voraussetzungen, Beweggründe und Motivation für die Gründung ganz unterschiedlich sein können. Da ist es gut, dass die genossenschaftliche Unternehmensform in ihrer Ausgestaltung ebenso flexibel wie vielfältig im Geschäftszweck ist.

In die Gründungsberatung – von der ersten Anfrage über die Gründungsversammlung bis hin zum Eintrag der Genossenschaft ins Registergericht – fließt dabei selbstverständlich der Erfahrungsschatz der GVB-Experten aus früheren Projekten ein. Und das nutzt wiederum den Neugründern.

GZ: Wie groß ist die Nachfrage nach solchen Planungen?

Götzl: Wir spüren ganz deutlich, dass die eingetragene Genossenschaft Konjunktur hat, vor allem im Bereich Energie. Konjunktur deshalb, weil Genossenschaften Versorgungssicherheit bieten und unabhängiger von fossilen Brennstoffen machen. Sie stehen darüber hinaus für eine dezentral ausgerichtete Energieerzeugung. Durch eine genossenschaftliche Nutzung der regionalen Energiequellen ist sichergestellt, dass die Wertschöpfung in der Region und damit in der Heimat bleibt. Deshalb erwarten wir hier künftig viele weitere Neugründungen. Dieser Entwicklung trägt der GVB natürlich Rechnung und stellt sich noch breiter auf. Nicht zuletzt arbeiten wir eng mit Partnern aus



Die Schirmherrin der Aktion, Sozialministerin Christine Haderthauer (5. v. l.), Prof. Dr. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (3. v. l.) und Thomas Stegmann, Vorstandsvorsitzender des VR Gewinnssparvereins Bayern (2. v. l.) gemeinsam mit den Preisträgern.

Spendenaktion der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken:

100.000 Euro für die Preisträger von „Aller Ehren wert!“

Die zehn Preisträger der Spendenaktion „Aller Ehren wert!“ der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen fest. Bei der Abschlussveranstaltung überreichten Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer, die Schirmherrin der Aktion ist, gemeinsam mit Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, sowie Thomas Stegmann, Vorstandsvorsitzender des VR Gewinnssparvereins Bayern, die Schecks an die Gewinnersparvereine.

Ziel von „Aller Ehren wert!“ ist es, ehrenamtliches Engagement im Freistaat zu würdigen. Über jeweils 10.000 Euro dürfen sich freuen:

- Wallersdorfer Netzwerk e.V.,
- Selbsthilfegruppe Leukämie Landshut e.V.,
- Großeltern stiften Zukunft e.V., Nürnberg,
- Jugendrotkreuz im BRK-Kreisverband Bad Kissingen,
- Naturerlebnisbad Egling e.V.,
- Ärzte der Welt e.V., München,
- Kriseninterventionsdienst Oberallgäu, Sonthofen,
- Förderverein Schloss Burgstreswitz e.V., Moosbach,
- Heinershof e.V., Pommersfelden sowie
- Jugend- und Kulturtreff „Struwelpeter“, Kronach.

„Wir sind uns sicher, dass die Spende bei den Preisträgern in den besten Händen ist“, so GVB-Präsident Götzl. Durch ihren unermüdlichen Einsatz bewirkten sie Tag für Tag Großes. Das sei aller Ehren wert! Haderthauer lobte den Beitrag der Einrichtungen und Initiativen für ein funktionierendes Miteinander: „Was der Einzelne nicht oder nur schwer leisten kann, schaffen viele freiwillig Engagierte gemeinsam. Das bringt unsere Gesellschaft voran und schafft ein Umfeld, in dem wir uns Alle wohlfühlen.“

Sozialprojekte

Im Zuge der Spendenaktion „Aller Ehren wert!“ zeichneten

die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken Sozialprojekte aus, die vorwiegend von ehrenamtlichen Helfern getragen werden. Dazu konnten sich gesellschaftlich tätige Einrichtungen im Freistaat bewerben. Aus 1.180 Einsendungen wählte eine Jury neun der zehn Preisträger aus. Aufgrund des großen Zuspruchs des Facebook-Profiles von „Aller Ehren wert!“ wurde der zehnte Preisträger, der Jugend- und Kulturtreff „Struwelpeter“, über ein Online-Voting vom 10. bis 19. August auf www.facebook.com/allerehrenwert ermittelt.

Die Gesamtspendensumme in Höhe von 100.000 Euro stellt der VR Gewinnssparverein Bayern bereit. Der Verein organisiert seit 59 Jahren die Lotterie der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. 2010 konnten durch die damit verbundenen Zweckerträge nahezu 11 Millionen Euro an soziale Einrichtungen gespendet werden.

Politik und Gesellschaft zusammen – eben auch mit kommunalpolitischen Entscheidungsträgern wie dem Bayerischen Gemeindetag. Daneben unterhält der GVB gute Kontakte zu Spezialisten aus der Wirtschaft wie Renenco. Das Tochterunternehmen des Agrarkonzerns Baywa begleitet genos-

senschaftliche Gründungsprozesse im Bereich Umwelt und Energie im Hinblick auf technische Beratung sowie Projekt- und Standortentwicklung.

GZ: Es gibt kommunale Genossenschaften und es gibt in unterschiedlichster Weise eine Bürgerbeteiligung – gerade bei Energiegenossenschaften. Wo liegen die Vorteile?

Götzl: Insbesondere in der kommunalen Zusammenarbeit bietet die Organisationsform der Genossenschaft viele Vorteile: So ermöglicht sie einen gemeinsamen Betrieb der Netze von mehreren Kommunen, Bürgern und Firmen – im Bereich Umwelt, Energie oder Wasser. Sie schafft es dabei, durch Bürgerbeteiligung Kräfte zu bündeln, Identifikation zu schaffen und Hemmnisse abzubauen. Denn im Gegensatz zu anderen Rechtsformen steht bei der Genossenschaft der gemeinsame Geschäftsbetrieb und nicht die Gewinnmaximierung im Mittelpunkt. Sie orientiert sich an den Interessen ihrer Mitglieder und bietet dort Lösungen an, wo Menschen gemäß dem Genossenschaftsgedanken „Hilfe zur Selbsthilfe“ eigenverantwortlich wirtschaften wollen. Diese Faktoren spielen insbesondere bei der Umsetzung von größeren Projekten wie Windanlagen oder Windparks eine bedeutende Rolle, da hier die Bürgerakzeptanz entscheidend ist. Hier gilt: Wer viele Akteure ins Boot holt, sorgt in der Regel dafür, dass das Geschäftsmodell unso tragfähiger ist.

GZ: Wie sieht es mit Fördermöglichkeiten aus?

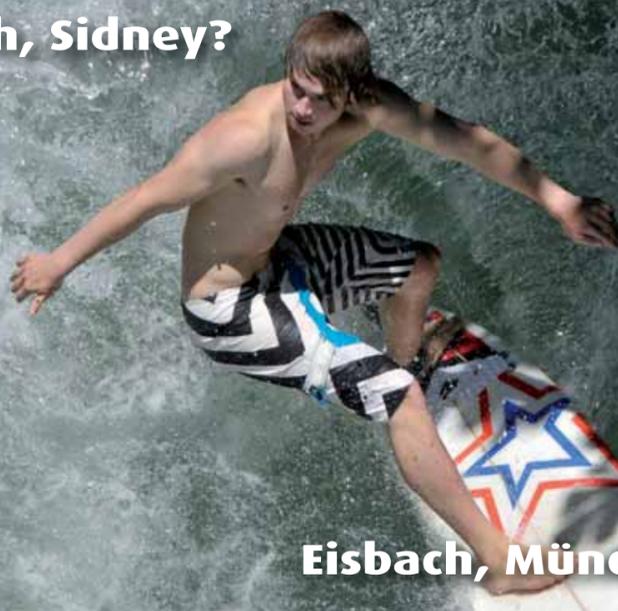
Götzl: Bei der Finanzierung von Energieprojekten können Genossenschaften neben Geschäfts-

guthaben der Mitglieder zahlreiche Fördermöglichkeiten nutzen. So fließt ein erheblicher Teil der Förderkredite der LfA Förderbank Bayern in erneuerbare Energieprojekte. Auch Programmkredite der staatlichen KfW können Genossenschaften im Rahmen ihrer Existenzgründung in Anspruch nehmen. Unabhängig von bereits bestehenden Angeboten führen wir derzeit intensive Gespräche mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium, um die Rahmenbedingungen für Fördermöglichkeiten im Energiebereich weiter zu verbessern.

GZ: Wie sieht es mit Partnerschaften mit anderen Finanzinstituten aus?

Götzl: Wie gesagt: Es gibt einige Fördermöglichkeiten, allen voran von der LfA und der KfW, die für Energiegenossenschaften infrage kommen. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken spielen dabei eine wichtige Vermittlerrolle. Sie sind Partner des Mittelstands in der Region und direkter Ansprechpartner bei Investitionsvorhaben. Sie spielen deshalb auch eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Förderkrediten bei erneuerbaren Energieprojekten. So wurden im Freistaat im Jahr 2010 rund ein Drittel der Programmkredite der staatlichen KfW über genossenschaftliche Institute vergeben – das entspricht fast 2,4 Milliarden Euro. Und bei der Vermittlung von Darlehen der LfA Förderbank Bayern ist der genossenschaftliche Sektor Spitzenreiter. Rund 42 Prozent des Fördervolumens, also gut 680 Millionen Euro, wurden 2010 über die genossenschaftliche Bankengruppe vermittelt.

Bondi Beach, Sidney?



Eisbach, München!

Foto: Dieter Vesel

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN
LIVE

Betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung

Für kommunale Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen interessant und unverzichtbar

Seit dem Jahr 2003 regelt der Tarifvertrag die betriebliche Altersversorgung (bAV) durch Entgeltumwandlung für die Arbeitnehmer im kommunalen öffentlichen Dienst. Die Versicherungskammer Bayern hat sich von Anfang an als verlässlicher und kompetenter Partner bei der praktischen Umsetzung gezeigt. Die Bayerische Gemeindezeitung sprach mit Barbara Schick, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, und Jens Ehlers, Geschäftsführer der VKB Pensions-Management GmbH sowie der VIA Vorsorge GmbH, über die wesentlichen Erfolgsfaktoren der bAV beim kommunalen Arbeitgeber.

GZ: Seit 2003 sind die kommunalen Arbeitgeber durch den Tarifvertrag verpflichtet, ein entsprechendes Betriebsrentenmodell zur Entgeltumwandlung einzurichten. Was muss hier nach Ihrer Erfahrung besonders beachtet werden?

BS: In persönlichen Beratungsgesprächen hat sich schnell herausgestellt, dass die Einrichtung und Durchführung des Betriebsrentenmodells flexibel, aber auch so einfach wie möglich sein muss. Aus diesem Grund bieten die Versicherungskammer Bayern und die kommunalen Spitzenverbände bereits seit Oktober 2003 ein Rahmenabkommen für den kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern an, mit dem die Entgeltumwandlung optimal umgesetzt werden kann.

GZ: Welche Vorteile ergeben sich daraus?

BS: Das Rahmenabkommen erfasst grundsätzlich alle Durchführungswege der bAV. Natürlich entscheidet im ersten Schritt der Arbeitgeber, welche Lösung für seine individuellen Gegebenheiten am besten geeignet ist. Danach erfolgt eine standardisierte und somit effektive Implementierung des gewünschten Betriebsrentenmodells. Das Rahmenabkommen ermöglicht jedem Arbeitgeber eine vereinfachte und kostengünstige Umsetzung zu Großkundenkonditionen. Ganz besonders hinweisen möchte ich auch darauf, dass durch die Realisierung des Anspruchs auf Entgeltumwandlung keine zusätzlichen Aufwendungen entstehen, da die „Gehaltsabrechnungssoftware“ dies bereits berücksichtigt.

GZ: Unabhängig von der tarifvertraglichen Verpflichtung – wie profitiert der kommunale Arbeitgeber von der Entgeltumwandlung seiner Arbeitnehmer?

JE: Erfreulicherweise automatisch. Denn auf die umgewandelten Gehaltsbestandteile fallen für den Arbeitgeber keine Sozialabgaben an. Das heißt: Entgeltumwandlung senkt Lohnnebenkosten. Bei einer monatlichen Entgeltumwandlung von 100 Euro je Arbeitnehmer spart der Arbeitgeber pro Mitarbeiter rund 236 Euro im Jahr, bei 50 Arbeitnehmern 11.838 Euro, über einen Zeitraum von 20 Jahren sind das 236.760 Euro. Zum anderen trägt die Entgeltumwandlung zur Mitarbeiterbindung und Motivation bei.

GZ: Entscheidend für den Erfolg der bAV ist aber doch letztlich die Bereitschaft des Arbeitnehmers, zusätzlich vorzusorgen. Wie profitiert er von der Entgeltumwandlung?

BS: Die gesetzliche Rente alleine reicht – auch unter Berücksichtigung der kommunalen Zusatzversorgung – im Alter nicht aus, den gewohnten Lebensstandard zu halten. Die Entgeltumwandlung ist ein effektiver Weg zum Aufbau einer zusätzlichen Versorgung. Nur sie ermöglicht das Sparen aus dem Bruttoverdienst mit der höchsten staatlichen Förderung. Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem Kind, der monatlich 2.500 Euro brutto verdient, wandelt daraus monatlich 100 Euro in eine betriebliche Altersversorgung um und spart dabei jährlich 588 Euro an Steuern und Sozialabgaben. Das zeigt: Sparen aus dem Bruttoeinkommen lohnt sich. Durch die im Rahmenabkommen verankerten Durchführungswege kann der Arbeitnehmer alle für die bAV vorgesehenen Förderpotentiale in voller Höhe ausschöpfen und von Sonderkonditionen profitieren.

GZ: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen der bAV einem stetigen Wandel unterliegen. Die kompetente Beratung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist also sehr wichtig. Was leistet die Versicherungskammer Bayern hier?

BS: In der Tat sind eine umfassende Beratung bei der Einrichtung der bAV und noch mehr die regelmäßige Betreuung enorm wichtig. Wir sind auf die-



Barbara Schick ist Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern.

sichtigung der kommunalen Zusatzversorgung – im Alter nicht aus, den gewohnten Lebensstandard zu halten. Die Entgeltumwandlung ist ein effektiver Weg zum Aufbau einer zusätzlichen Versorgung. Nur sie ermöglicht das Sparen aus dem Bruttoverdienst mit der höchsten staatlichen Förderung. Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem Kind, der monatlich 2.500 Euro brutto verdient, wandelt daraus monatlich 100 Euro in eine betriebliche Altersversorgung um und spart dabei jährlich 588 Euro an Steuern und Sozialabgaben. Das zeigt: Sparen aus dem Bruttoeinkommen lohnt sich. Durch die im Rahmenabkommen verankerten Durchführungswege kann der Arbeitnehmer alle für die bAV vorgesehenen Förderpotentiale in voller Höhe ausschöpfen und von Sonderkonditionen profitieren.

GZ: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen der bAV einem stetigen Wandel unterliegen. Die kompetente Beratung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist also sehr wichtig. Was leistet die Versicherungskammer Bayern hier?

BS: In der Tat sind eine umfassende Beratung bei der Einrichtung der bAV und noch mehr die regelmäßige Betreuung enorm wichtig. Wir sind auf die-

Ersparnis für den Arbeitgeber

Mitarbeiter	pro Jahr	über 20 Jahre
1	236,76	4.735,20
10	2.367,60	47.352,00
50	11.838,00	236.760,00

Ersparnis des Arbeitgebers, wenn seine Arbeitnehmer monatlich 100 Euro vom Bruttoeinkommen für die Entgeltumwandlung nutzen.

Berechnungsgrundlage: Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung: 19,725 %; Jahreseinkommen der Arbeitnehmer bis zur BBG in der GKV = 44.550 Euro; Rundung auf volle Euro. □

sem Gebiet hervorragend aufgestellt. Durch unsere Partner, die Sparkassen, Versicherungsagenturen und Genossenschaftsbanken können wir eine flächendeckende Betreuung vor Ort sicherstellen. Unterstützt werden diese von regional ansässigen

Stadtsparkasse München:

Modernes Online-Banking

chipTAN und smsTAN ersetzen Papierlisten

Die Stadtsparkasse München verbessert ihr Online-Banking weiter. Mit neuen Funktionen und einer optimierten Benutzereinführung können Kunden der Stadtsparkasse ihre Bankgeschäfte ab sofort noch schneller und einfacher erledigen als bisher.

„Mit dem neuen Online-Banking richten wir uns konsequent an modernen Nutzergewohnheiten aus“, erklärt Dr. Thomas Grützmacher, für IT verantwortliches Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse München. So gelangen Online-Banking-Kunden durch den Einsatz von Aufklappenmenüs nun mit einem Klick zu den wichtigsten Banking-Funktionen. „Das Navigieren ist damit schneller und intuitiver“, so Grützmacher. Auch Erscheinungsbild und Struktur hat die Stadtsparkasse weiter verbessert, sodass das Bedienen der Anwendung noch bequemer und übersichtlicher ist.

Gleichzeitig stärkt die Stadtsparkasse mit der neuen Version des Online-Bankings auch den Kontakt zwischen Kunde und Stadtsparkasse. „Das elektronische Postfach ist der Dreh- und Angelpunkt für die Kommunikation“, erläutert Grützmacher. Der Kunde kann auf diesem Weg seinen persönlichen Berater auch außerhalb der Öffnungszeiten rund um die Uhr kontaktieren. „Das Postfach ist permanent sichtbar, sodass unsere Kunden wichtige Nachrichten und Informationen sofort abrufen können.“

Neu ist die Möglichkeit, jedes Konto mit einer individuellen Kontobezeichnung zu versehen. Das ist für Kunden nützlich, die mehrere Konten online verwalten, zum Beispiel Privat-, Geschäfts- und Tagesgeldkonten.

Bereits vor einigen Wochen hat die Stadtsparkasse München damit begonnen, auch die Sicherheit im Online-Banking durch das Einführen neuer technischer Standards zu verbessern. Die neuen Verfahren chipTAN und smsTAN lösen die bisher üblichen Streichlisten auf Papier ab. chipTAN und smsTAN sind einfach zu handhaben und bieten ein deutlich höheres Sicherheitsniveau für Online-Bankgeschäfte. „Rund ein Drittel der Kunden haben sich schon für eines der neuen Verfahren entschieden“, so Grützmacher.

Das chipTAN-Verfahren ist das modernste und innovativste Verfahren im Online-Banking mit PIN und TAN. Anstatt eine vorgegebene Transaktionsnummer einzugeben, erzeugt der Nutzer seine TAN selbst – mit einem chipTAN-Leser und seiner Sparkassenkarte. Weil sich die TAN aus auftragsbezogenen Daten berechnet, ist sie nur für diesen Auftrag gültig. Eine alternative Möglichkeit, um Aufträge zu legitimieren, ist sms-TAN. Nach dem Eingeben des Auftrags, zum Beispiel einer Überweisung, erhalten Sparkassenkunden eine SMS mit einer individuell berechneten Transak-

Spitzenposition

Dass die Versicherungskammer Bayern im Bereich der bAV eine hohe Kompetenz vorweisen kann, wurde zuletzt durch das unabhängige Institut für Vorsorge und Finanzplanung (IVFP) bestätigt.

Im Rahmen der Untersuchung zur „bAV-Kompetenz“ erzielte sie mit der Gesamtnote „sehr gut“ ein hervorragendes Ergebnis. Im Teilbereich „Beratung“ nimmt sie sogar die Spitzenposition ein. □



Jens Ehlers ist Geschäftsführer der VKB Pensions-Management GmbH sowie der VIA Vorsorge GmbH. □

bAV-Spezialisten und der VIA Vorsorge GmbH, einem Tochterunternehmen der Versicherungskammer Bayern, das insbesondere auf die Implementierung

der Entgeltumwandlung im kommunalen Bereich spezialisiert ist.

GZ: Was ist für eine erfolgreiche Einrichtung der Entgeltumwandlung wichtig und wie kann man sich das praktisch beim kommunalen Arbeitgeber vorstellen?

JE: Für eine erfolgreiche Einrichtung sind neben einer klar strukturierten Vorgehensweise auch Kompetenz und Einfühlungsvermögen notwendig. Gern skizziere ich Ihnen einmal die idealtypische Umsetzung am Beispiel eines „mittelgroßen“ Arbeitgebers mit der VIA Vorsorge GmbH. In einem ersten Schritt wird der kommunale Arbeitgeber über die Möglichkeiten und Vorteile der Entgeltumwandlung informiert. Auf dieser Basis entscheidet er, welche Lösung für ihn am besten geeignet ist. Danach kann die eigentliche Implementierung starten. Die Arbeitnehmer werden zunächst in Workshops mit allen Rahmenbedingungen und Vorteilen der bAV vertraut gemacht. Anschließend erhalten sie ihre persönlichen Berechnungen. In individuellen Einzelberatungsterminen wird ihre spezielle Lebenssituation einbezogen und Vorschläge zur Verbesserung ihrer Alterseinkünfte erstellt. Eine verständliche und transparente Vermittlung des Themas steht

dabei immer im Vordergrund. Mit dieser Vorgehensweise erreichen wir in der Regel eine Durchdringungsquote von deutlich über 60 Prozent.

GZ: Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 15. Juli 2010 zur Ausschreibungspflicht für Rahmenverträge bei der Entgeltumwandlung im kommunalen öffentlichen Dienst hat bei den Städten und Gemeinden zur Verunsicherung geführt. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des Urteils?

BS: Wie auch vom Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern bestätigt, betrifft das Urteil ausschließlich Arbeitgeber ab einer bestimmten Größe. In der Praxis sind somit nur wenige von diesem Urteil betroffen; nach den uns vorliegenden Informationen sind es in Bayern lediglich 20. Die Mehrzahl der kommunalen Einrichtungen kann wie bisher die Entgeltumwandlung uneingeschränkt über das bestehende Rahmenabkommen abwickeln. □

Sparkassen-Finanzgruppe

Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Investitionen finanziert, von denen auch die Umwelt profitiert.

Sparkassen fördern nachhaltiges Wirtschaften. Mit gezielten Finanzierungsangeboten und fachlicher Beratung leisten Sparkassen einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Das ist gut für den Mittelstand und gut für die Umwelt. www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.

Stadtsparkasse München:

Freude über gutes Halbjahresergebnis

Einlagen von Privatkunden stabil
Kredite an Unternehmen und Privatkunden leicht im Plus

Die Stadtsparkasse München rechnet nach den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 mit einem zufriedenstellenden Ergebnis zum Jahresende. Die Einlagen von Privatkunden blieben trotz des härteren Wettbewerbs mit 10,2 Mrd. Euro stabil. Im vergangenen Jahr hatte die Stadtsparkasse erstmals die Marke von 10 Mrd. Euro bei den Kundeneinlagen überschritten. „Die Zinsen ziehen insgesamt etwas an. Damit wächst auch die Bereitschaft, das Geld wieder etwas länger anzulegen. Sichere Anlagen sind dabei weiterhin besonders gefragt“, so Harald Strötgen, der Vorstandsvorsitzende der Stadtsparkasse München.

Zuwächse verzeichnete das Kreditinstitut vor allem bei Spareinlagen und Sparkassenbriefen, die die Stadtsparkasse selbst herausgibt. Die Termingeldbestände mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr gingen gleichzeitig zurück.

Kreditgeschäft

Leichte Zuwächse verzeichnet die Stadtsparkasse im Kreditgeschäft. Die Ausleihungen an Kunden stiegen im ersten Halbjahr um rund 100 Mio. Euro auf 9,6 Mrd. Euro (+ 1,0 Prozent). Das Kreditvolumen der Privatkunden kletterte dabei um 1,7 Prozent auf 4,9 Mrd. Euro.

Die Bestände langfristig vereinbarter Baufinanzierungen erhöht sich weiter. Zum 30. Ju-

ni 2011 hatte die Stadtsparkasse rund 4,7 Mrd. Euro Immobiliendarlehen in ihren Büchern. Die Zahl der Neuzusagen erreichte dabei nicht mehr ganz die Rekordwerte der Vorjahre. Bei rund 3.000 neuen Krediten mit einem Volumen von 560 Mio. Euro liegt das Halbjahresergebnis knapp unter Vorjahresniveau.

Auf hohem Niveau

„Nach zwei Boomjahren stabilisiert sich die Nachfrage nach Immobilien, allerdings auf hohem Niveau“, kommentierte der Strötgen die Zahlen. „Das günstige Zinsniveau der vergangenen Jahre haben viele Münchnerinnen und Münchner genutzt, um sich eine eigene Immobilie anzuschaffen oder um

sich zu vergrößern. Dieser Effekt geht nun offenbar allmählich zurück. Hingegen bleibt das Interesse an Wohnungen zur Kapitalanlage unverändert hoch.“

Weiterhin attraktiv sind Bausparverträge als Baustein einer ausgewogenen Immobilienfinanzierung. Bereits in den ersten sechs Monaten hat die Stadtsparkasse mehr als 6.700 Bausparverträge mit einem Volumen von rund 300 Mio. Euro vermittelt und liegt damit deutlich über den Erwartungen. 2010 schlossen Münchner Sparkassenkunden insgesamt 10.900 Bausparverträge mit einer Bausparsumme von zusammengerechnet 432 Mio. Euro ab.

Immobilien

Zur guten Zwischenbilanz tragen auch die beiden Töchter der Stadtsparkasse, der S-Immobilien-Service und der S-Vericherungsservice, bei. Dem S-Immobilien-Service gelang es, die Zahl der vermittelten Immobilien gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um über 25 Prozent zu steigern. Insgesamt 83 Wohnungen, Häuser, Grundstücke und Gewerbeobjekte mit einem Marktwert von knapp 22 Mio. Euro wechselten in diesem Jahr bereits den Besitzer.

Bedingt durch den Zinsanstieg rechnet die Stadtsparkasse allerdings mit einem sinkenden Zinsüberschuss. „Das vergangene Jahr war bedingt durch zahlreiche Sondereffekte und die genutzten Möglichkeiten der Fristentransformation für viele Banken ein Ausnahmejahr“, resümierte Strötgen. „2011 wird so gesehen wieder ein ganz normales Jahr.“

Auch der Provisionsüberschuss dürfte leicht unter den Erwartungen liegen. Ein Grund

dafür sind unter anderem geringere Erträge aus Fremdfürsicherungen an den Geldautomaten der Stadtsparkasse München. Bayerns größte Sparkasse hatte die Gebühren für Barabhebungen von Kunden anderer Kreditinstitute zum Januar 2011 auf einheitlich 3,95 Euro gesenkt. Personal- und Sachkosten liegen zur Jahresmitte leicht über dem Plan.

Gleichzeitig rechnet die Stadtsparkasse mit einem günstigen Bewertungsergebnis, sowohl bei Wertpapieren im Eigenbestand als auch für Kredite. „Wir sorgen in üblichem Maße für mögliche Kreditausfälle vor“, so Strötgen. Anzeichen dafür, dass das Ergebnis durch außergewöhnliche Abschreibungen belastet wird, gebe es nicht.

Dass das Betriebsergebnis nach Bewertung ohne Veränderung der Vorsorgereserven an das Rekordjahr 2010 anknüpfen könnte, erwartet Strötgen nicht. „Die Rahmenbedingungen sind allgemein nicht so günstig. Es bleibt abzuwarten, wie das zweite Halbjahr verläuft.“

Neue Dienstleistung

Für das vierte Quartal 2011 kündigte Strötgen eine weitere neue Dienstleistung an: „Ziel der Stadtsparkasse ist es, ihren Kunden stets ein breites Produktportfolio zu bieten, das individuell auf die jeweiligen Anlageziele und Wünsche abgestimmt werden kann. Für das besonders anspruchsvolle Kundensegment des Bereichs Private Banking führt die Stadtsparkasse noch in diesem Jahr die Vermögensverwaltung ein.“

Bisher haben Private-Banking-Kunden ihre Anlageentscheidungen nach Rücksprache mit ihrem persönlichen Kundenberater letztlich selbst getroffen. Privatkunden und Stiftungen können ihr Vermögen oder Teile davon dann vollständig ihrer Hausbank anvertrauen und Rahmenwerte zur Risikoneigung vorgeben. Die Anlageentscheidung trifft dann der Vermögensverwalter. Dazu kooperiert die Stadtsparkasse mit der renommierten Berenberg Bank.



Bildung, Kultur und lokale Geschichte im Landkreis Starnberg profitieren von den Stiftungsgeldern. Von links: Andreas Fröhschütz, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse, Martin Glaab, Pressesprecher Kloster Andechs, Friedrike Hellerer, 2. Vorsitzende Verein für Archäologie und Geschichte Herrsching e.V., Martin Liebl, Direktor des Landschulheims Kempfenhausen, Johannes Eckert, Abt von St. Bonifaz in München und Andechs und Landrat Karl Roth.

Stiftung der Kreissparkasse Starnberg:

Völkerverständigung, Kultur und lokale Geschichte gefördert

Neue Eindrücke sammeln, eine fremde Sprache lernen: Der Schüleraustausch zwischen Gymnasiasten des Landschulheims Kempfenhausen und der San Min High School im taiwanesischen Taipei ist seit 15 Jahren fester Bestandteil des Schulkalenders. Mit einer Spende von 1.000 Euro unterstützt die Stiftung der Kreissparkasse Starnberg nun das Projekt sowie den Chinesischunterricht an der Schule. „Der Austausch ist immer wieder ein großes Erlebnis für die Schüler und eine wichtige Grundlage für die kulturelle Verständigung“, so der Direktor des Landschulheims Martin Liebl.

Insgesamt 7.000 Euro hat die Stiftung der Kreissparkasse im ersten Halbjahr 2011 ausgeschüttet. Der Stiftungsvorstand hat nun die drei Empfängerorganisationen zur symbolischen Übergabe der Spendenschecks eingeladen. So erhält das Kloster Andechs 5.000 Euro, um die Bühnentechnik im Florianstadl auszubauen. Eine neue Beleuchtungstechnik taucht dort künftig die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen in eine noch schönere Atmosphäre.

Verein für Archäologie und Geschichte in Herrsching

1.000 Euro aus der Stiftungskasse erhält auch der Verein für Archäologie und Geschichte Herrsching e.V. Mit der Spende soll die Ausstellung in der frühchristlichen Adelskirche umgestaltet werden. Die Ausstellung in der rekonstruierten Steinkirche aus dem 7. Jahrhundert gibt mittels Schautafeln Auskunft über die ehemalige Kirche und

den Separatfriedhof des Herrschinger Uradels. Höhepunkt sind die Nachbildungen der reichen Fundstücke aus den dortigen Gräbern.

Insgesamt rund 300.000 Euro an Spenden

„Mit der heutigen Ausschüttung hat die Stiftung seit ihrer Gründung rund 300.000 Euro an Institutionen und Vereine im Landkreis Starnberg gespendet“, erläuterte Landrat Karl Roth, Vorsitzender des Stiftungsvorstands. Die Stiftung wurde vor elf Jahren gegründet und stellt im Landkreis Starnberg Geldmittel für die Förderung von Kunst und Kultur, Bildung, Völkerverständigung, Heimatpflege sowie des öffentlichen Wohlfahrtswesens zur Verfügung. Im Zuge der Fusion zur Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg wurde das Grundstockvermögen über eine Zustiftung um 411.000 Euro auf nunmehr 1.485.000 Euro erhöht.

Jetzt auch online Versorgungslücken schließen

Exklusiv für alle kommunalen Mitarbeiter sind jetzt eigene Interneteiten für die Private ErgänzungsPolice (PEP) und die Pflegegeldversicherung eingerichtet. Sie können sich unter www.vkb.de/kommunen online informieren, Beiträge ausrechnen und auch gleich den Aufnahmeantrag stellen.

Gesetzliche

Krankenversicherung allein reicht nicht aus

Immer wieder werden die Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gekürzt. Egal ob im Krankenhaus, bei Brillen und Kontaktlinsen oder beim Zahnarzt - überall müssen Zuzahlungen geleistet werden. Wer dies vermeiden möchte, sollte die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf jeden Fall um eine private Vorsorge ergänzen. Die PEP-Tarife bieten die Möglichkeit den Versicherungsschutz der GKV individuell zu erhöhen. Von der Grundabsicherung bis zum „Rundum-Sorglos-Paket“ ist alles möglich.

Die sechs Irrtümer zum Pflegefall

Die Pflegebedürftigkeit ist eines der am meisten unterschätzten Risiken. Aufklärung tut hier Not, denn noch kursieren die sechs Irrtümer zum Pflegefall:

1. Ich werde kein Pflegefall!

Richtig ist, jeder kann davon betroffen sein. Von den über 75- bis 85-Jährigen sind rund 35 Prozent pflegebedürftig, von den über 85- bis 89-Jährigen sind es 38 Prozent und von den über 90-Jährigen sogar 61 Prozent.

2. Wenn ich ein Pflegefall werde, dann nur kurz!

Richtig ist: Die durchschnittliche Verweildauer in den Pflegeheimen beträgt 52,6 Monate, also mehr als vier Jahre. Und Frauen werden in der Regel länger gepflegt als Männer.

3. Ich werde von meiner Familie gepflegt!

Richtig ist, dass Eltern und ihre Kinder heute meist an verschiedenen Orten leben. Die Pflege innerhalb der eigenen Fa-

milie wird dadurch erheblich erschwert. Hinzu kommt, dass Frauen häufiger berufstätig sind und so schlichtweg keine Zeit haben ihre Eltern zu pflegen.

4. Die gesetzliche Pflegeversicherung ist sicher!

Richtig ist: Durch die demografische Entwicklung schrumpft einerseits die Anzahl der erwerbstätigen Beitragszahler, andererseits wächst die Zahl der Leistungsbezieher - mit weiterhin steigender Tendenz. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl der über 80-Jährigen in Deutschland verdreifachen und jeder Dritte über 80 Jahre ist ein Pflegefall. Die steigenden Ausgaben können die Pflegekassen mit ihrer Umlagefinanzierung auf Dauer nicht tragen.

5. Die gesetzliche Pflegeversicherung reicht aus!

Richtig ist: Ein Pflegeheim kostet für die Pflegestufe III durchschnittlich 3.200 Euro im Monat. Die gesetzliche Pflegeversicherung zahlt aber monatlich nur maximal 1.510 Euro. Die Versorgungslücke in Höhe von 1.690 Euro ist immens.

6. Pflegekosten kann ich aus meinem Einkommen und Vermögen bezahlen!

Richtig ist: 38 Prozent der vollstationären Pflegebedürftigen sind Sozialhilfeempfänger und können die Versorgungslücke nicht bezahlen. In bestimmten Fällen kann das Sozialamt sogar auf die engsten Angehörigen zurückgreifen.

Die sechs Irrtümer zeigen: Wer die hohen Kosten im Pflegefall sicher abdecken möchte, kommt an einer kapitalgedeckten Ergänzung nicht vorbei. Diese Ergänzung ist sowohl bei einer gesetzlichen Pflegeversicherung als auch bei einer privaten Pflegepflichtversicherung notwendig. □



Freuen sich über die gut besuchte Veranstaltung: Astrid Kosian, Vertriebsunterstützung Firmenkunden, Stefan Lange, Direktor Firmenkunden und Jutta Kramer, stellvertretende Leiterin Firmenkundencenter Starnberg.

Der Immobilien-TÜV:

Fahrplan durch komplexes Erbrecht

Infoveranstaltung der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg

Soll ich meine Immobilie zu Lebzeiten an Angehörige übertragen oder per Testament hinterlassen? Wer bekommt was? Und welchen Pflichtteil muss ich kalkulieren? - Fragen, die jeder Immobilienbesitzer einmal für sich beantworten sollte. Mit einer einfachen Antwort ist es angesichts des umfangreichen Erbrechts selten getan. Ansatzpunkte vermittelte eine In-

formationsveranstaltung der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg unter dem Titel „Der Immobilien TÜV - Testament, Übergabe, Vorsorge“.

Mit den Angehörigen sprechen

„Kaum ein Rechtsbereich ist so komplex wie das Erbrecht“, stellte die Rechtsanwältin und

Steuerberaterin Agnes Fischl im Tagungshotel La Villa in Niederpöcking zu Beginn klar. Ihr wichtigster Rat an die rund 40 Zuhörer: „Reden Sie mit Ihren Angehörigen. Holen Sie alle an einen Tisch und erklären Sie, wer was bekommen soll.“

Auch wenn die Beschäftigung mit dem eigenen Ableben für die Beteiligten selten leicht sei, könne mit einem offenen Gespräch und einer Bestandsaufnahme der Interessen, Werte und Ziele in der Familie Streit und Missverständnissen vorgebeugt werden. Denn in einer ohnehin schmerzvollen Situation böten versteckte Stolpersteine für die Erben nicht nur Streitpotential, sondern könnten sogar richtig kostspielig werden, so Fischl.

Steuerlast mindern

Mit zahlreichen Beispielen bereitete die erfahrene Erbrechtsanwältin das Thema anschaulich auf. Wer Streit vermeiden und die Steuerlast für die Hinterbliebenen mindern wolle, müsse systematisch vor-

gehen. Der erste Schritt sei eine umfassende Vermögensaufstellung einschließlich der Verkehrswerte der Immobilien. „Anhand dieser Aufstellung müssen dann die weiteren Entscheidungen getroffen werden“, so Fischl. Wie soll das Vermögen nach dem Tod verteilt werden? Wofür soll schon heute verfügt werden? Und wie stellt man nach einer Schenkung den eigenen Lebensunterhalt sicher? Können das Immobilienvermögen nur schwer aufgeteilt werden, sei eine Familiengesellschaft mitunter eine sinnvolle Lösung.

Licht ins Dunkel

Zudem gab die Rechtsexpertin Einblicke in Bereiche wie die gesetzlichen Erbfolge oder die neue Erbschaftsteuer. Dass sie mit ihrem Vortrag den Nerv der Anwesenden getroffen hatte, zeigten zahlreiche Fragen im Anschluss. Und so brachte die Informationsveranstaltung zumindest fürs Erste Licht ins Dunkel des komplexen Themas Erbrecht. □

Gessertshausen legt Grundstein für Bürgerstiftung

Kreissparkasse Augsburg überreicht Stiftungsurkunde

Gessertshausen/Augsburg – Mit einem Stiftungskapital von mehr als 42.000 Euro hat die Gemeinde Gessertshausen den Grundstein für eine Bürgerstiftung gelegt. Heute überreichte der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Augsburg, Richard Fank, die Stiftungsurkunde an die Erste Bürgermeisterin Claudia Schuster und an Altbürgermeister Anton Mayer.

Mit den Stiftungserträgen sollen künftig Projekte in Gessertshausen gefördert werden, die Familien, Kinder, Senioren und gesellschaftliche Vorhaben unterstützen, die im Interesse der Gemeinde und ihrer Bürger liegen. „Auf diese Weise wollen wir einen Beitrag zu einer dauerhaft lebenswerten Gemeinde leisten“, erklärte Altbürgermeister Anton Mayer, der die Bürgerstiftung geboren und auf den Weg gebracht hatte.

Der nächste Stein

Amtsnachfolgerin Claudia Schuster unterstützte seine Initiative und freute sich nun, die Stiftungsurkunde entgegenzunehmen zu können: „Der Grundstein ist gelegt, nun können sich alle mit Spenden und Zustiftungen daran beteiligen, den nächsten Stein für die Zukunft unserer Heimatgemeinde zu setzen.“

Sie betont: „Die Bürgerstiftung soll keine Aufgaben übernehmen, die zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde gehören.“ Über die Verwendung der Erträge aus dem Stiftungskapital entscheidet ein fünfköpfiger Stiftungsrat, der vom Gemeinderat für jeweils sechs Jahre berufen wird.

Stiftungsbeitrag

Neben Schuster und Mayer gehören ihm Anton Schmid (1. Vorstand des SSV Margertshausen), Kurt Starrach (Steuerberater; ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenbank Gessertshausen) und Josef Trometer (ehemaliger Feuerwehrkommandant und langjähriger Kirchenpfleger der Pfarrei Dietrich) an. Anträge und Vorschläge für zu unterstützende Projekte können von jedem Bürger eingebracht werden.

LBS-Immobilienpreisspiegel 2011:

Spitzenplätze für Bayerns Städte

Die gefragtsten Standorte in Deutschland: Freistaat dominiert

Bayerns Städte zählen zu den begehrtesten Immobilienstandorten in Deutschland. Von den 30 deutschen Städten mit den höchsten Preisen für neu gebaute Eigentumswohnungen und Reihenhäuser befinden sich 19 im Freistaat. Das geht aus dem aktuellen Immobilienpreisspiegel von LBS und Sparkassen für 660 Städte in der Bundesrepublik hervor, wie die LBS Bayern erklärt.

Demnach liegt derzeit der häufigste Wert für ein neues Reihenhäuser in München bei 660.000 Euro und damit höher als in jeder anderen deutschen Stadt. Auch die folgenden Plätze besetzen mit Unterhaching (625.000 Euro), Unterschleißheim (625.000 Euro), Dachau (525.000 Euro), Garmisch-Partenkirchen (500.000 Euro) und Starnberg (495.000 Euro) oberbayerische Städte.

Neue Eigentumswohnungen

Eine neue Eigentumswohnung kostet in München 4050 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche (häufigster Wert). Es folgen Garmisch-Partenkirchen (3900 Euro) und Starnberg (3600 Euro). Unter den 30 deutschen Städten mit den höchsten Preisen für neue Eigentumswohnungen befinden sich auch Lindau (3150 Euro), Regensburg (3100 Euro), Ingolstadt (2900 Euro), Rosenheim (2850 Euro) und Erlangen (2800 Euro).

Reihenhäuser aus dem Bestand

Ähnlich stellt sich die Situation im Markt für gebrauchte Wohnimmobilien dar. Bei Reihenhäusern aus dem Bestand wird die gesamte deutsche Top 10 von bayerischen Städten belegt. Spitzenreiter mit jeweils 550.000 Euro (häufigster Wert) sind aktuell Unterhaching und Unterschleißheim. Auf Platz drei rangiert München mit 510.000 Euro. Insgesamt befinden sich 18 der 30 deutschen Städte mit den höchsten Werten für gebrauchte Reihenhäuser in Bayern, darunter Erding (335.000 Euro), Lands-

berg am Lech (315.000 Euro) und Weilheim (315.000 Euro).

Gebrauchte Eigentumswohnungen

Gebrauchte Eigentumswohnungen kosten in München derzeit 3250 Euro pro Quadratmeter (häufigster Wert) und in den Vorstadtgemeinden Unterhaching und Unterschleißheim 3000 Euro. Derselbe Wert gilt für Starnberg. Damit sind gebrauchte Eigentumswohnungen dort teurer als in den Großstädten Hamburg (2840 Euro) und Frankfurt am Main (2500 Euro). Insgesamt befinden sich 14 bayerische Städte in der Liste der 30 höchstbewerteten Standorte für gebrauchte Eigentumswohnungen in Deutschland.

Begehrte Wohnimmobilien

„Die Preisentwicklung zeigt, wie begehrt Wohnimmobilien in Bayern bei Selbstnutzern und Kapitalanlegern sind. Eine gesunde Wirtschaft, ein starker Arbeitsmarkt und ein hoher Freizeitwert sorgen dafür, dass Menschen hier gerne leben. Dadurch haben viele bayerische Städte eine Anziehungskraft, die auch in den kommenden Jahren anhalten und für Nachfrage nach Wohnimmobilien sorgen wird“, erklärt Dr. Franz Wirmhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern. „Gleichzeitig erleben wir derzeit ein historisch günstiges Zinsniveau, das es mehr Menschen als in früheren Jahren erlaubt, den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen oder in eine Wohnimmobilie zu investieren.“

Stiftungskapital

Das Stiftungskapital zum Start beträgt insgesamt mehr als 42.000 Euro. 10.000 Euro davon stammen von der Gemeinde Gessertshausen, 30.000 Euro wurden von einem Bürger gestiftet.

Die Kreissparkasse legte für jeden der 4.261 Gemeindeglieder 50 Cent oben drauf: So kamen zu-

sätzlich 2.130,50 Euro zusammen.

Zustiftung

Die Kreissparkasse Augsburg hatte im vergangenen Jahr eine Initiative für bürgerschaftliches Engagement gestartet und fördert die Gründung kommunaler Bürgerstiftungen im Landkreis. Städte und Gemeinden, die unter dem Dach der Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg eine Bürgerstiftung ins Leben rufen, erhalten eine Zustiftung von 0,50 Euro pro Einwohner der jeweiligen Kommune. Nach Aystetten ist Gessertshausen die zweite Gemeinde im Landkreis Augsburg, die sich an dem Programm beteiligt. □

Sparkasse Miltenberg-Obernburg:

Gutes Jahresergebnis 2010

Mit Freude haben die Mitglieder des Kreistags mit Landrat Roland Schwing an der Spitze das gute Jahresergebnis 2010 der Kreissparkasse Miltenberg-Obernburg registriert. Vorstandsvorsitzender Thomas Feußner hatte dem Kreistag am Montag von einem „zufriedenstellenden Ergebnis“ mit einem Jahresgewinn von rund 2,5 Millionen Euro berichtet.

Belastend seien allerdings die Vorgänge rund um die Bayerische Landesbank (LB). Leider habe die Sparkasse schon im dritten Jahr in Folge aus ihrer vierprozentigen Beteiligung an der LB keine Erträge generieren

sowie 52 Prozent der Geschäftskunden die Sparkasse als Hausbank beziehungsweise wichtigste Bankverbindung angegeben hätten. „Wir sind die Hausbank des Mittelstands“, so Feußner, „wir können jeden vernünftigen Kredit erfüllen.“ Feußner zufolge hat das Kreditinstitut 400 Millionen Euro Spielraum für neue Kredite. Dank des guten Geschäftsmodells und der guten konjunkturellen Entwicklung sei die Risikoversorge im Jahr 2010 so niedrig wie nie zuvor ausgefallen, freute er sich.

Kreditgeschäft

Die Kreditnachfrage der Firmen sei allerdings nicht so stark, schränkte Feußner ein, denn viele Betriebe hätten ausreichende Kapazitäten, so dass keine Investitionen notwendig seien. Dennoch habe die Sparkasse im vergangenen Jahr 160 Millionen Euro an neuen Krediten ausgezahlt, auch wenn im Kreditgeschäft ein leichtes Minus von 1,7 Prozent zu verzeichnen sei.

„Wir wollen ein gesundes Wachstum, aber nicht um jeden Preis“, beschrieb Feußner die Firmenphilosophie. Erfreuliche Zahlen vermeldete er auch vom



Roland Schwing. □

können, bedauerte Feußner. Dadurch fehle ein „schöner Millionenbetrag“, sagte der Sparkassenchef.

Dennoch sei die Sparkasse sehr gut aufgestellt. Bestätigt werde dies durch eine repräsentative Marktuntersuchung, in der 49 Prozent der privaten Kunden



Anton Mayer und Claudia Schuster nehmen die Gründungsurkunde für die Bürgerstiftung Gessertshausen von Richard Fank (Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg) und Holger Carstens (Stiftungsexperte der Kreissparkasse Augsburg) entgegen. □

Wertpapiergeschäft, das um über 17 Prozent gestiegen sei. Auch in der Altersvorsorge verzeichnete die Sparkasse deutliche Zuwächse.

Geschäftsstellennetz modernisiert

Im vergangenen Jahr hat die Sparkasse zudem ihr Geschäftsstellennetz modernisiert und dafür 4,2 Millionen Euro investiert. Im laufenden Jahr würden nochmals 2,3 Millionen Euro hierfür aufgewendet, kündigte Feußner an. Die Neuausrichtung sei damit fast abgeschlossen, dennoch sei keine Zeit für Selbstzufriedenheit. „Wir haben ein funktionierendes Geschäftsmodell, aber dieses muss ständig auf den Prüfstand“, so Feußner. Die Zahl der Mitarbeiter im vergangenen Jahr bezifferte Feußner auf 547.

Am Erfolg teilhaben

Die Sparkasse lasse zudem die Region an ihrem Erfolg teilhaben, versicherte Feußner und verwies darauf, dass das Kreditinstitut im Jahr 2010 rund 350.000 Euro für die Förderung von Kunst, Kultur, Sport und soziale Zwecke bereit gestellt habe.

Insgesamt sei die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent auf 1,936 Milliarden Euro gestiegen, vermeldete der Vorstandsvorsitzende, der Bilanzgewinn sogar um 13,2 Prozent auf 2,537 Millionen Euro. Darüber hinaus habe man das Eigenkapital um 3,8 Prozent auf nun 107 Millionen Euro aufgestockt.

Auf Nachfrage aus dem Gremium erklärte Feußner, dass derzeit keine Gedanken an eine Fusion mit der Sparkasse aus dem Nachbarlandkreis Aschaffenburg verschwendet würden. Die Möglichkeit hierfür sei zwar ausführlich diskutiert worden, aber man sehe keine Notwendigkeit für eine Fusion. „Wir sind stark genug“, resümierte der Vorstandsvorsitzende.

Großes Lob

Sprecher aller Fraktionen sprachen dem gesamten Vorstand der Sparkasse sowie den Mitarbeitern großes Lob für ihre gute Arbeit aus. Landrat Roland Schwing, der auch dem Verwaltungsrat der Sparkasse vorsitzt, wies explizit auf die guten Ergebnisse der Kundenerhebung hin und freute sich besonders über die Stärkung des Eigenkapitals. □

Besuchen Sie uns in Nürnberg vom 19. – 20. Oktober am Stand 416.

Kommunale 2011

Mit unseren Zinsvorteilen zu einem guten Abschluss

Der Investkredit Kommunal Bayern

Manchmal entscheiden nur wenige Prozentpunkte über die Machbarkeit eines Vorhabens. Gerade das macht unsere Förderung mit dem Investkredit Kommunal Bayern so attraktiv. In enger Zusammenarbeit mit der KfW bieten wir Kommunen besonders günstige Konditionen an. So fördern wir eine Vielzahl kommunaler Projekte – von Investitionen in die soziale und kommunale Infrastruktur bis hin zu Maßnahmen im Bereich des präventiven Katastrophenschutzes. Sprechen Sie einfach mit uns über Ihre Vorhaben. Gemeinsam bringen wir sie zu einem guten Abschluss. Weitere Informationen sowie die aktuellen Zinssätze finden Sie unter www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

erdgas schwaben:

Neue Maßstäbe mit 100 Prozent Bio-Erdgas

GZ-Interview mit gibgas-Geschäftsführer Thomas Wöber

Bereits heute versorgt erdgas schwaben über 20.000 Haushalte mit umweltschonender Bio-Energie. Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 30 % des Erdgaseinsatzes in Schwaben durch Bio-Erdgas zu ersetzen. Thomas Wöber (für erdgas schwaben gmbh), Mitbegründer und Geschäftsführer der gibgas consulting+medien, sprach im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung über die nachhaltigen Effekte von Bio-Erdgas.

GZ: In Albstadt bei Schongau steht die erste Bio-Erdgasanlage in Deutschland, die Bio-Erdgas aus biogenen Reststoffen erzeugt. Wer ist der Betreiber und was ist das Besondere an dieser Einrichtung?

Wöber: erdgas schwaben übernimmt von der Firma Öko-Power das vor Ort hergestellte Roh-Biogas und reinigt es mit einem speziellen Wäscheverfahren auf ERDGAS-Qualität. Dieses erneuerbare Bio-Erdgas wird dann in das bestehende ERDGAS-Leitungsnetz eingespeist. In dieser Anlage werden ausschließlich biogene Reststoffe wie Speisereste, Kantinenabfälle oder abgelaufene Lebensmittel zu Energie verarbeitet.

GZ: Welche Vorteile hat der Einsatz von Bio-Erdgas?

Wöber: Bio-Erdgas aus biogenen Reststoffen ist einer der saubersten Kraftstoffe weltweit und kann bereits heute in Schwaben getankt werden. Mit 5 Gramm pro Kilometer CO₂-Ausstoß bei Serienfahrzeugen großer Marken ist Mann oder Frau mobiler Klimaschützer.

GZ: Welchen Nutzen zieht die Region daraus?

Wöber: Die Wertschöpfung von Bio-Erdgas beginnt und bleibt in der Region Schwaben. In Schwaben wird natürlich an allen erdgas schwaben-Tankstellen das Schongauer Bio-Erdgas an den ERDGAS-Tankstellen bilanziell abgegeben. Das Klima freut sich.

GZ: Erdgas und Bio-Erdgas (CNG) als Kraftstoffe bilden eine tragende Säule für nachhaltige Ökologie und Ökonomie im Bereich Mobilität. Was sind die Gründe?

Wöber: Die Herstellung ist nachhaltig und durch die Energiesteuerbefreiung bis 2015 sehr preisgünstig. Gegenüber

Benzin sind die Kraftstoffkosten über 50 % günstiger, gegenüber einem vergleichbaren Diesel rund ein Drittel mit CNG günstiger. Damit kann der Autofahrer ab sofort im Moment den günstigen auf den Markt kommen.

GZ: Welche Argumente sprechen für die Anschaffung eines Erdgasfahrzeugs?

Wöber: Ganz klar, die günstigen Kraftstoffe in Verbindung mit niedrigen Kfz-Steuern. Damit werden die ERDGAS-Fahrzeuge auch für jene Menschen interessant, die eher wenig Kilometer im Jahr fahren. Der VW Caddy rechnet sich bereits ab 7.000 Kilometer im Jahr, der FIAT Punto ab 9.000 km im Jahr und die Mercedes-Benz E-Klasse rechnet sich ab 12.000 km im Jahr.

GZ: Das Tankstellennetz in Bayern und bundesweit wird stetig erweitert. Wie gut kommt es im Urlaub im benachbarten Ausland weiter?

Wöber: In Deutschland können Sie an rund 900 ERDGAS-Tankstellen tanken. Viele davon befinden sich an Autohöfen, direkt an den Autobahnen. Die neueste Tankstelle ist in der Region Schwaben an der Kreuzung zwischen B2 und A8 in Gerstshofen. In Europa kann man besonders gut in Italien, Österreich, Schweden und in der

GZ: Viele Automobilhersteller bieten inzwischen Erdgasfahrzeuge an. Wie viele Modelle sind bereits in Serie verfügbar?

Wöber: Vom Kleinwagen über Familienfahrzeuge bis zum Schwerlast-LKW reicht mittlerweile die Modellpalette von ERDGAS-Serienfahrzeugen ab Werk.

GZ: Können Sie uns Beispiele nennen?

Wöber: Im Bereich kleinere Fahrzeuge der FIAT Panda und Punto, im Bereich Familienfahrzeuge der VW Touran, der OPEL Zafira oder auch der VW Caddy. Im Mittel- und Oberklassesegment der VW Passat oder auch der Mercedes E 200 NGT. Im leichten Nutzfahrzeug-Bereich der FIAT Ducato, Mercedes-Sprinter bis hoch zum Mercedes Econic. Und auch AUDI wird 2013 mit ERDGAS-Fahr-

zeugen auf den Markt kommen.

GZ: Welche Argumente sprechen für die Anschaffung eines Erdgasfahrzeugs?

Wöber: Ganz klar, die günstigen Kraftstoffe in Verbindung mit niedrigen Kfz-Steuern. Damit werden die ERDGAS-Fahrzeuge auch für jene Menschen interessant, die eher wenig Kilometer im Jahr fahren. Der VW Caddy rechnet sich bereits ab 7.000 Kilometer im Jahr, der FIAT Punto ab 9.000 km im Jahr und die Mercedes-Benz E-Klasse rechnet sich ab 12.000 km im Jahr.

GZ: Das Tankstellennetz in Bayern und bundesweit wird stetig erweitert. Wie gut kommt es im Urlaub im benachbarten Ausland weiter?

Wöber: In Deutschland können Sie an rund 900 ERDGAS-Tankstellen tanken. Viele davon befinden sich an Autohöfen, direkt an den Autobahnen. Die neueste Tankstelle ist in der Region Schwaben an der Kreuzung zwischen B2 und A8 in Gerstshofen. In Europa kann man besonders gut in Italien, Österreich, Schweden und in der

Georg Schmid für Pkw-Maut

„Unbestritten ist, dass wir in Deutschland in unsere Straßen und Schienen investieren müssen. Die bisherigen Mittel reichen dafür nicht aus.“ Mit diesen Worten äußerte sich Georg Schmid, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, zur aktuellen Pkw-Maut-Debatte.

Eine gute Infrastruktur sei gerade für ein Flächenland wie Bayern von herausragender Bedeutung. „Bayern ist ein wirtschaftlich prosperierendes Land, eine Top-Tourismus-Region und ein wichtiges europäisches Transitland, dies geht nicht ohne gute Verkehrsverbindungen“, so Schmid. Deshalb sei es für die Einwohner, die Touristen und für die Wirtschaft in Bayern nicht hinnehmbar, wenn in diesem Jahr mangels Geld keine einzige neue Baumaßnahme in Angriff genommen werden könne.

„Die Vignette ist eine gute Möglichkeit für mehr Gerechtigkeit im Straßenverkehr“, so der

Schweiz tanken. Alternativ gibt es immer die Möglichkeit, den Benzintank im ERDGAS-Auto zu nutzen. Aber das ist in den meisten Fällen unnötig.

GZ: Inwieweit trägt das Thema auch zur Imagebildung von Städten und Kommunen bei?

Wöber: Das ist eine sehr große Chance. Denn jede Kommune gewinnt, wenn in ihrem Zentrum die Luft gut ist und sie eine gute Erreichbarkeit mit dem Auto bieten kann. Luftkurorte setzen aus diesem Grund auf Erdgas im Nahverkehr. Die Möglichkeiten, die örtliche Mobilität durch eine regionale Kraftstoffversorgung CO₂-arm zu gestalten, werden gerade erst erkannt. Saubere und erneuerbare Mobilität aus der Region und für die Region mit Partnern aufzubauen, wird eine der Aufgaben der Energiewende in Bayern sein.

GZ: In welchen bayerischen Städten liegen Förderprogramme auf?

Wöber: Beispielsweise in Nürnberg oder Erding. Eine Liste von Förderprogrammen in Bayern gibt es im Internet unter www.gibgas.de.

GZ: Ihre abschließende Empfehlung?

Wöber: Ein ERDGAS-Auto umgehend kaufen und täglich praktischen Umweltschutz betreiben. Das klappt sofort, wenn auf den regelmäßigen Fahrten (Arbeit, Freizeit, Familie) des/r Autofahrers/in eine ERDGAS-Tankstelle erreichbar ist. DK



Auch auf der Baustelle des neuen Fendt Traktorenwerks wird natürlich mit den hauseigenen Traktoren gearbeitet. Das neue Werk in Marktoberdorf soll im September 2012 mit der Endmontage beginnen. Auf einem speziellen Weg entlang der Fertigungsstraße werden dann auch Besucher einen Einblick in die Produktion bekommen. □

Marktoberdorf:

Neues Traktorenwerk von Fendt

20.000 Traktoren Fertigungskapazität

Das bisher größte Einzelinvestitionsprojekt der Fendt Muttergesellschaft AGCO Corporation in Höhe von rund 172 Mio. Euro an den deutschen Fendt-Standorten Marktoberdorf und Asbach-Bäumenheim, verbunden mit einer Ausweitung der Produktionskapazität auf bis zu 20.000 Traktoren, läuft auf Hochtouren. Schon im September kommenden Jahres wird die neue Endmontage des hochmodernen Fendt-Traktorenwerkes in Betrieb genommen.

„Fendt-Traktoren stehen für höchste Qualität. Dementsprechend war die Zielsetzung bei den Planungen für unser neues Traktorenwerk sehr schnell definiert: Das Erreichen höchstmöglicher Effizienz und Flexibilität in den Abläufen, um so die anspruchsvollen und individuellen Wünsche unserer Kunden in Zukunft noch optimaler umsetzen zu können“, erklärte Peter-Josef Paffen, Sprecher der Fendt-Geschäftsführung.

Dementsprechend werden im neuen Fendt-Traktorenwerk modernste Produktions- und Logistikprozesse umgesetzt. In der neuen Endmontage kommen so anstelle von Plattenförderern fahrerlose Transportfahrzeuge zum Einsatz. „Der Fokus liegt dabei auf Qualität und Wertschöpfung in Verbindung mit den Prinzipien eines optimalen Materialflusses, Transparenz und Nachhaltigkeit.“

Intelligenter Mix

Eine Besonderheit des neuen Werkes wird eine hochmoderne Schlepperrumpflackierung sein, die sich durch einen intelligenten Mix aus High-Tech-Automation und gezielt qualitätssteigernder Handarbeit auszeichnet. Die spezielle Entlüftungstechnik, Wasserspalanlage und die modernen Filtersysteme werden einen doppelten Korrosionsschutz und gleichzeitig eine drastische Verringerung der Emissionen ermöglichen. „Verantwortung gegenüber der Umwelt. Dieses Bewusstsein ist für uns selbstverständlich, nicht nur wenn es um unsere Produkte geht“, machte Paffen deutlich.

Moderne Baustandards zur Ressourcenschonung

Neben der Reduzierung von Emissionen werden zudem alle Gebäude nach modernsten Baustandards isoliert und weitere Maßnahmen für eine ressourcenschonende Produktion installiert. Ein Beispiel für beste Kundenorientierung bei maximaler Qualität und Wertschöpfung wird die neue Rohfertigung sein. Nach den Prinzipien des Lean Managements werden dort sämtliche Rohrleitungen für die gesamte Installation am Traktor gefertigt. Für Transparenz steht vor allem das neue Besucherkonzept. „Auch in Zukunft werden wir unseren Kunden die Möglichkeit

bieten, das Fendt-Werk und die qualitätsorientierten Produktionsabläufe näher kennen zu lernen.“ Im neuen Werk werden die Besucher auf einem speziellen Weg entlang des Produktionsablaufes, in unmittelbarer Nähe der Fertigungs- und Montageprozesse geführt werden. Multimediale Technik mit Simulationen und Animationen wird zum besseren Verständnis der komplexen technischen Vorgänge beitragen.

Inbetriebnahme im September 2012 geplant

Die Bauarbeiten in Marktoberdorf laufen seit dem Frühling. Der Baugrund für die neuen Montagehallen, die Lackieranlage sowie den Fertigungsbereich, also die Endabnahme und den Versand sind bereits vorbereitet und die Fundamente für die neuen Gebäude gesetzt.

Schon Mitte Oktober soll der Fertigungsbereich und Ende November das neue Lackiergebäude errichtet sein. „Die größte Herausforderung dabei ist die Doppelbelastung: 15.000 Traktoren zu fertigen und parallel dazu ein neues Werk zu errichten und in den laufenden Betrieb zu integrieren.“

Fertigstellung im September 2012 geplant

Bisher laufen die Bauarbeiten nach Plan, und schon im September nächsten Jahres wird das neue Werk mit einer Produktionskapazität von 20.000 Traktoren und 28.000 Getrieben in Betrieb genommen. „Nach Abschluss der Investitionen werden wir an beiden Fendt-Standorten Marktoberdorf und Asbach-Bäumenheim das effizienteste Traktoren- und Kabinenwerk mit hochmodernen Abläufen haben, verbunden mit attraktiven Arbeitsplätzen für unsere Mitarbeiter“, fasste Paffen zusammen.

Generalunternehmer

Das Konsortium Schmid/Reisch ist als Generalunternehmer mit der Durchführung der gesamten Bauarbeiten beauftragt. Die zwei leistungsstarken mittelständischen Unternehmen aus dem süddeutschen Raum waren bereits mit dem Bau der neuen Fertigung in Marktoberdorf beauftragt und konnten dabei durch Zuverlässigkeit, Kostentransparenz sowie hohe Qualitätsstandards überzeugen. □

Der neue Fendt 700 Vario

Effizienz in Bestform



Der neue Fendt 700 Vario ist geradezu prädestiniert für den Bereich ISU (Industrie, Straße, Umwelt) im Leistungsbereich von 200 bis 240 PS.

Die neue VisioPlus Kabine bietet höchsten Komfort und eine nie dagewesene Sicht zu allen Seiten; z.B. sind Anbaugeräte an der rechten Seite durch den Wegfall der B-Säule jetzt uneingeschränkt einsehbar.

Erfahren Sie mehr über die ideale Bedienung, modernste SCR-Motorentechnologie und weitere technische Feinheiten des 700 Vario auf www.fendt.com/700 und bei Ihrem Vertriebspartner.

FENDT

AGCO GmbH - Fendt-Marketing - 87616 Marktoberdorf
Telefax 08342 / 77684 - www.fendt-isu.com

Mercedes-Benz Unimog U 400:

Mähen und Saugen gleichzeitig

Effektivitätssteigerung durch Ein-Mann-Bedienung
 Stuttgart/Schweinfurt – Der Mercedes-Benz Unimog („Universal-Motorgerät“) ist seit über 60 Jahren als Allrounder weltweit im Einsatz. Seine sprichwörtliche Vielseitigkeit und Robustheit für die verschiedensten Aufgaben haben ihn zum unverzichtbaren Bestandteil nahezu jeder kommunalen Tätigkeit werden lassen. Immer ausgefeiltere und ständig weiter entwickelte Anbaugeräte und Techniken verbessern dabei auch heute noch seine Effektivitäts- und Kosteneinsparungspotenziale.

So ist seit kurzem im Auftrag der Straßenmeisterei des Landkreises Schweinfurt ein Mercedes-Benz Unimog U 400 im Einsatz, der mit seinen Anbaugeräten die Fahrbahnrandstreifen im Ein-Mann-Betrieb mäht und das dabei anfallende Schnittgut in nur einem Arbeitsgang absaugt und auf den mitgeführten Anhänger bläst. Das wird möglich durch eine spezielle Gerätekombination, bestehend aus einem Leitpostenmäher (Frontausleger) und einem Randstreifenmäher (beide von der Fa. Mulag) sowie einer Absaug- und Blasvorrichtung, die das Schnittgut in einen Dreiseitenkipper-Anhänger (Müller-Mitteltal) mit Spezialaufbau (Fabrikat Geyer) befördert.

Modernste Technik

Das Besondere an dieser rationell und effektiv arbeitenden Kombination ist neben der Verwendung modernster Techniken und Geräte die Tatsache, dass zur Bedienung nur noch eine Person erforderlich ist. Diese steuert im Fahrzeug-Führerhaus sämtliche Arbeitsfunktionen per Multifunktionsbedientele („Joystick“). Zuvor waren hierfür zwei Mann Bedienpersonal erforderlich - der nun nicht mehr benötigte „zweite Mann“ kann jetzt für andere Tätigkeiten innerhalb der Aufgaben des Landkreises eingesetzt werden.

Deutliche Effektivitätssteigerung

Die hier erstmalig in der Praxis umgesetzte Neuerung bedeutet eine spürbare und deutliche Effektivitätssteigerung für das fast 300 Straßenkilometer umfassende Gebiet des unterfränkischen Landkreises, wie Norbert Müller, Leiter des Kreisbauhofes Schweinfurt, betont. Etwa 25 Kilometer Randstreifen werden je nach Gelände- und Witterungsbedingungen durch den neu angeschafften 175 kW (238 PS) starken Mercedes Benz Unimog

U 400, der zur Stabilisierung über eine hydraulische Radabstützung verfügt, pro Arbeitsschicht gemäht. In dieser Zeit wird - je nach Menge des anfallenden Schnittgutes - der Inhalt des speziellen Anhänger-Aufbaus per hydraulischer Heckklappenöffnung zwei- bis dreimal in Zwischendepots entleert. Das so zwischengelagerte Schnittgut wird anschließend gesammelt, kompostiert und später als Gründüngung weiterverwendet.

Multifunktionalität

Der Schnittgutsammelaufbau, der auf nahezu allen handelsüblichen Anhängern realisiert werden kann, ist reversibel und wird, wenn er nicht benötigt wird (z.B. im Winter), auf dem Bauhof bis zur nächsten Saison gelagert.

Das schon traditionell multifunktional einsetzbare Nutzfahr-



Vereint auf dem Bauhof Haßberge (v. l.): Bauhofmitarbeiter Ralf Holzheimer, Norbert Müller, Alfons Schanz sowie Erhard Laubender.

zeug Mercedes-Benz Unimog wird durch die hier verwendeten Anbaugeräte und -kombinationen in der Praxis noch vielseitiger und trägt durch die Einsparung von Bedienpersonal wesentlich zur Kostenreduzierung bei. Ein Faktor, der gerade bei den aktuellen Sparzwängen der öffentlichen Kassen nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Großes Interesse bei Kommunen und Bauhöfen

Die Kombination aus Mercedes-Benz Unimog U 400 und den hier verwendeten Mulag-Anbaugeräten samt Grasschnitt-Hänger stößt natürlich bei den Verantwortlichen von Kommunen, Bauhöfen sowie Straßen-

oder Autobahnmeistereien auf großes Interesse. So war es für den Leiter der Tiefbauverwaltung des Landratsamts Haßberge, Alfons Schanz, selbstverständlich, sich von der Praxistauglichkeit und vor allem der Effektivität der innovativen Kombination, die neuerdings im benachbarten Landkreis Dienst tut, persönlich zu überzeugen. Auf diese Weise kam es „vor Ort“ zu einem freundschaftlichen Zusammentreffen der beiden Bauhof-Verantwortlichen an der Grenze beider Landkreise.

Übrigens werden auch im Landkreis Haßberge die Straßen und Wegeflächen mit Hilfe eines neuen Mercedes-Benz Unimog U 400 gepflegt und unterhalten – Qualität kennt eben keine Grenzen.

Spitzentreffen zum Thema bayerische Feuerwehrsulen

Die Personal- und Ausbildungssituation an den bayerischen Feuerwehrsulen in Geretsried, Regensburg und Würzburg war Hauptthema eines von der CSU-Landtagsfraktion initiierten Spitzengesprächs zwischen Innenminister Joachim Herrmann, Finanzminister Georg Fahrenschnon, dem Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Georg Schmid, dem innenpolitischen Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Christian Meißner, sowie dem Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, Alfons Weinzierl.

„Wir verzeichnen nach wie vor eine starke Nachfrage nach Lehrgangspätzen. Daher brauchen unsere Feuerwehrsulen mehr Personal. Im laufenden Doppelhaushalt 2011/2012 haben wir unsere Feuerwehrsulen um 15 neue Stellen auf dann insgesamt 148 Stellen aufgestockt“, so der Innenminister. Herrmann und Weinzierl stimmten überein, dass darüber hinaus eine weitere Aufstockung des Lehrpersonals an den Feuerwehrsulen notwendig sei.

Herrmann will daher in den Beratungen zur Aufstellung des

Nachtragshaushalts 2012 weitere Stellen für die Feuerwehrsulen fordern. Diese Forderung werde Gegenstand der Haushaltsverhandlungen sein. Der Innenminister sagte Weinzierl des Weiteren zu, für Stellen, die durch Altersteilzeit blockiert sind, Ersatzstellen zu schaffen. So wurde auch bereits beim Leiter der Staatlichen Feuerwehrsule Würzburg verfahren, der seit 1. Juni im Vorruhestand ist. Was Wiederbesetzungssperren angeht, wird das Innenministerium die Möglichkeit von Ausnahmen unter der Beteiligung des Staatsministeriums der

Finanzen im Einzelfall wohlwollend prüfen. Bei der Einkommenssituation der an den Feuerwehrsulen bereits tätigen Lehrkräfte wurde schon eine Verbesserung erzielt. Herrmann weiter: „Hochmotivierte und kompetente Lehrkräfte bekommen wir nicht zum Nulltarif. Wir müssen im Kampf um die besten Köpfe mit den Berufs- oder Werksfeuerwehren konkurrieren. Daher brauchen wir attraktive Verdienst- und Karriereoptionen.“

Zulage für Lehrkräfte

Ziel sei es daher, die Eingruppierungsrichtlinien für das Lehrpersonal an den staatlichen Feuerwehrsulen ab 2012 zu ändern. Bereits jetzt hat Finanzminister Fahrenschnon einem Vorschlag des Innenministeriums zugestimmt, als Sofortmaßnahme rückwirkend ab dem 1. Juli

Mit Sicherheit ein Unimog

Der Unimog U 400 hat anspruchsvolle ADAC-Tests in puncto Sicherheit mit Bravour bestanden

Seit über 60 Jahren setzt der Unimog mit Leistung, Wirtschaftlichkeit und einzigartigem Fahrzeugkonzept Maßstäbe. Gerade im kommunalen Einsatz demonstriert der Geräteträger von Mercedes-Benz durch sein Sicherheitskonzept, wie man Unfälle vermeidet und mögliche Unfallfolgen im Vorfeld minimiert.

Der Unimog der Baureihe U300/ U400/ U500 punktet sowohl im harten Alltag als auch bei anspruchsvollen Testreihen mit zahlreichen Produkteigenschaften in puncto Sicherheit: optimale Sicht, spurtreues Fahr- und kontrolliertes Bremsverhalten bei Straßen mit ungleichmäßigen Fahrbahnverhältnissen, hoher Auffrallschutz sowie guter Ergonomie durch eine Vielzahl von Eigenschaften wie zum Beispiel dem Vibrationsschutz für den Fahrer.

ADAC-Experten haben den Unimog U 400 mit Schneepflug und Streuautomat bzw. mit Mähergerät stellvertretend für den kommunalen Ganzjahreseinsatz unter die Lupe genommen. Im Ergebnis wurde der hohe Sicherheitsstandard des Geräteträgers bestätigt.

Dank eines kurzen Vorbaumaßes von nur 3,10 Metern mit montiertem Gmeiner-Schneepflug (GLS 270) liegt der Unimog ganze 0,4 Meter unter den gesetzlichen Vorgaben und er-

möglicht somit ein optimales Sichtfeld, das für noch mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgt. Die vorteilhafte Sitzposition des Fahrers wie auch die großen Panoramascheiben des Freisicht-Fahrerhauses gewährleisten beste Sicht auf die Arbeitsbereiche sowie auf den Verkehr und lassen somit potenzielle Gefahren früh erkennen. Mit montiertem Schneepflug ergibt sich bereits ab zehn Metern vor dem Fahrer ein uneingeschränktes Sichtfeld. Das gibt Sicherheit für den Fahrer und für alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Kontrolliertes Handling

Insgesamt fünf Spiegel an Fahrer- und Beifahrerseite sichern die Sicht nach hinten ab, begonnen beim beheizten und elektrisch verstellbaren Großflächen-Rückspiegel. Tote Winkel und Gefahrensituationen, etwa am Zebrastrifen, werden so erheblich verringert und entschärft. Die hintere Beleuchtung macht den Unimog für den nachfolgenden Verkehr deutlich sichtbar.

Wichtig in Extremsituationen: immer die Kontrolle über das Fahrzeug zu behalten. Das serienmäßige 4-Kanal-ABS des Unimog verhindert ein Blockieren der Räder und hält den Unimog selbst bei einer Vollbremsung lenkfähig. Die serienmäßige Sicherheitseinrichtung – zu der eine Automatische Lastabhängige Bremse (ALB), ein pneumatisches Zweikreis-Bremsensystem und die zweistufige Motorbremse gehören – sorgt auch bei unterschiedlich griffiger Fahrbahnoberfläche, wechselnden Beladezuständen oder Gefällstrecken für kontrolliertes Bremsverhalten und bringt den Unimog zielgenau zum Stehen.

Falls es bei einem Arbeitseinsatz im fließenden Verkehr einmal zu einem Heckaufprall kommen sollte, bewirken die stabile Rahmenkonstruktion des Unimog, das optimal positionierte Ballastgewicht sowie die 2,40 Meter lange Pritsche eine höchstmögliche Verankerung der Aufprallenergie bis zum Fahrersitz. Mit Dreipunktgurt und integrierter Kopfstütze gemäß Lkw-Standard ist der Unimog-Fahrer bestens geschützt.

dieses Jahres den meisten Lehrkräften eine Zulage zu zahlen.

Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, Alfons Weinzierl, hat vorgeschlagen, bestehende Personalengpässe an den Feuerwehrsulen kurzfristig durch externe Lehrkräfte zum Beispiel aus der Privatwirtschaft auszugleichen. Das gelte insbesondere für die in den nächsten Jahren anstehende Ausbildung im Digitalfunk. Innenminister Herrmann sagte zu, diesen Vorschlag aufzugreifen. Weinzierl überreichte Herrmann auch einen Maßnahmenkatalog des Landesfeuerwehrverbandes zu weiteren Verbesserungsmöglichkeiten an den Staatlichen Feuerwehrsulen, die das Innenministerium zum Teil bereits aufgegriffen hatte und weiter bearbeiten wird.

Fraktionsvorsitzender Georg Schmid begrüßte, dass die Reisekostenerstattung für Feuerwehrführungs-kräfte zum 1. August erhöht werde: „Der Einsatz ehrenamtlicher Feuerwehrführungs-kräfte für die Bevölkerung darf nicht zu finanziellen Nachteilen führen.“

Eine Marke der Daimler AG



Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauräumen und Schnellwechselsystem

sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

Erleben Sie den Unimog in Aktion!

Besuchen Sie den Kommunalen Praxistag von Henne-Unimog am 06. Oktober 2011 in der Jura-Halle, Neumarkt i. d. OPf.



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

UNITRAC.
Mehr als ein Transporter.

**5000 KG
NUTZLAST**

SALZEN

VERLADEN

KIPPEN

KEHREN

STREUEN

MÄHEN

HEBEN

SAMMELN

STAPELN

RÜCKEN

SCHNEE-

RÄUMEN

TRANSPORTIEREN

ZIEHEN
WASCHEN
AUFSAUGEN



Lindner
www.lindner-traktoren.at



Lindner-Kommunaltag:

Ganz im Zeichen des Winterdienstes

Kommunaltag und Fuhrparksymposium im Rahmen der Herbst-Werksausstellung
Vielfältige Einsatzgebiete von Unitrac und Geotrac im kommunalen Winterdienst

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner lädt von 21. bis 26. Oktober 2011 zur Werksausstellung nach Kundl. Der 25. Oktober ist dabei für die Gemeinden reserviert: Im Rahmen des Kommunaltages präsentiert Lindner Bürgermeistern und Fuhrparkleitern die kommunalen Einsatzgebiete der Unitrac-Transporter und der Geotrac-Reihe „Der Fokus ist dabei vor allem auf den kommenden Winterdienst gerichtet“, erklärt Geschäftsführer Hermann Lindner, „das Spektrum der Anbaugeräte reicht von der Kehrmaschine über die Schneefräse bis zum Pflug.“

Aktuell stehen mehr als 2.400 Unitracs bei Gemeinden, Profilandwirten, Liftgesellschaften sowie Bau- und Transportunternehmen im Einsatz. Lindner: „Erst kürzlich wurde ein neuer Unitrac 82S an die Stadt Graz ausgeliefert.“

Lindner
Fuhrparksymposium

Am Vormittag des 25. Oktober findet das 2. Lindner Fuhrparksymposium statt. Stefan Lindner wird dabei über neue Vorschrif-

ten im Winterdienst referieren, Hannes Reiter von der Springer Kommunaltechnik bringt dem kommunalen Fachpublikum das Thema Streugutausbringung näher.

Werksausstellung
mit Pro-Modellen

Im Mittelpunkt der Werksausstellung stehen die neuen Geotrac-Pro-Modelle. „Die Profimodelle Geotrac 84, 94, 104 und 124 wurden für den Grünland-

einrichtung sowie für den Winterdienst entwickelt. Ihre Stärken spielen die Traktoren unter anderem bei landwirtschaftlichen Mischbetrieben und den Gemeinden aus“, sagt Lindner weiter. Stärkstes Pro-Modell ist der



Ein Lindner Unitrac beim Winterdienst.

Hybridtechnik im Nahverkehr:

Brennstoffzellen auf Linie

Vier Citaro FuelCELL-Hybrid
für Hamburger Hochbahn

Stuttgart/Hamburg – Flüsterleise und ohne Schadstoffe kommt der Bus der Zukunft in Hamburg an. Die Hamburger Hochbahn AG hat im Rahmen des deutschen Förderprojekts „NaBuZ demo“ (Nachhaltiges Bussystem der Zukunft - Demonstration) vier Mercedes-Benz Citaro FuelCELL-Hybrid angeschafft. Weitere drei sollen im nächsten Jahr folgen.

Im Beisein von Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des Staatssekretärs im Verkehrsministerium, Rainer Bomba, hat Hartmut Schick, Leiter Daimler Buses, die ersten beiden Omnibusse dieser neuen Generation an Günter Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG, übergeben. „Mit den neuen FuelCELL-Hybrid-Fahrzeugen übernimmt Hamburg wieder die Vorreiterrolle auf diesem Gebiet. Der Verkehrsbetrieb hat sich bereits mit der Erprobung von Brennstoffzellenbussen aus der Vorgängergeneration in Europa einen Namen gemacht und gute Erfahrungen gesammelt. Auch Fahrgäste und Fahrer waren begeistert“, so Hartmut Schick bei der Übergabe.

Citaro FuelCELL-Hybrid

Gegenüber den Brennstoffzellen-Omnibussen, die ab dem Jahr 2003 in Hamburg in der Erprobung waren, hat der neue Citaro FuelCELL-Hybrid wesentliche Neuerungen aufzubieten: Hybridisierung mit Energierückgewinnung und Speicherung in Lithium-Ionen-Batterien, leistungsstarke Elektromotoren mit 120 kW Dauerleistung in den Radnaben, elektrifizierte Nebaggregate und weiterentwickelte Brennstoffzellen. Diese sollen eine auf mindestens sechs Jahre oder 12.000 Betriebsstunden vergrößerte Dauerhaltbarkeit erreichen. Die Brennstoffzellenstacks des neuen Citaro FuelCELL-Hybrid sind identisch mit denen der Mercedes-Benz B-Klasse FCELL mit Brennstoffzellenantrieb, die in Hamburg ebenfalls schon bei Kunden unterwegs ist. Die beiden Stacks sind wie bei den früheren Brennstoffzellenbussen schon auf dem Fahrzeugdach angeordnet. Neu hinzugekommen sind dort die

Lithium-Ionen-Batterien, die z.B. beim Bremsen zurückgewonnene Energie speichern. Mit dem Strom dieser Energiespeicher kann der neue Citaro FuelCELL-Hybrid mehrere Kilometer allein batteriebetrieben fahren. Grundsätzlich betrachtet entspricht das Konzept des neuen FuelCELL-Busses weitgehend den Mercedes-Benz BlueTec Hybrid-Bussen, die in Hamburg auf Linie sind. Diesen liefert noch ein Dieselgenerator die elektrische Energie. Bei den neuen FuelCELL-Bussen erzeugen dagegen schon völlig emissionsfrei die Brennstoffzellen den Strom für die Antriebsmotoren.

Fast 50% Ersparnis

Dank der verbesserten Brennstoffzellenkomponenten und der Hybridisierung mit Lithium-Ionen-Batterien spart der neue Citaro FuelCELL-Hybrid im Ver-

gleich zur Vorgängergeneration fast 50 Prozent Wasserstoff. Deshalb konnte die Anzahl der Tanks gegenüber den in Hamburg früher erprobten Brennstoffzellenbussen von neun auf sieben Behälter mit zusammen 35 kg Wasserstoff reduziert werden. Die Reichweite des Brennstoffzellenbusses beträgt rund 250 Kilometer. Zudem ist das Antriebssystem mit den Brennstoffzellen nahezu wartungsfrei und sehr langlebig. Mit diesen vielfältigen technischen Fortschritten kommen rein elektrische Omnibusse mit Brennstoffzellen als Energieerzeuger der Serienreife einen deutlichen Schritt näher.

Emissionsfreiheit

Dazu Günter Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG: „In 20 bis 25 Jahren wird nach allen Prognosen Mineralöl und damit Diesel zu knapp und zu teuer sein, um damit Busse anzutreiben. Deshalb ist es das Ziel der HOCHBAHN, ab dem kommenden Jahrzehnt nur noch emissionsfreie Busse mit elektrischem Antrieb anzuschaffen. Die Inbetriebnahme dieser neuen Busgeneration ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Elektromobilität.“

Hartmut Schick, Leiter Daimler Buses sagte: „Die Hamburger Hochbahn AG ist in allen Facetten ein sehr nachhaltiges Unternehmen, konsequent von der Energieerzeugung bis zur nachhaltigen Nutzung für die Menschen.

Geotrac 124 Pro in der 50km/h-Ausführung, der 126 PS bei 550 Nm Drehmoment auf das Gelände bringt. Im Rahmen der laufenden Herbstaktion gewährt Innovationsführer Lindner auf alle Pro-Modelle zwei Jahre Garantie.

Umfassendes
Gebrauchangebot

Ein weiterer Anziehungspunkt für die Besucher aus Österreich und den Nachbarregionen ist die Ausstellung von Vorführgeräten und generalüberholten Gebrauchsmaschinen.

Weitere Infos im Internet unter:
www.lindner-traktoren.at

Auch wir bei Daimler Buses haben Nachhaltigkeit als Unternehmensziel fest verankert.“

Die Demonstration der Citaro FuelCELL-Hybridbusse im Rahmen des „NaBuZ demo“-Projekts wird im regulären Liniendienst der Hochbahn stattfinden. Das Projekt ist in den Rahmen der CEP (Clean Energy Partnership) eingebunden.

Viele Betriebsstunden

Das NaBuZ-Projekt ist über das Nationale Innovationsprogramm (NIP) des Bundesverkehrsministeriums gefördert. Das NIP wird über die NOW GmbH koordiniert. Weiterhin wird es eine enge Zusammenarbeit mit dem europäischen CHIC-Projekt geben, in dem 26 Brennstoffzellenbusse in fünf Europäischen Städten betrieben werden.

Mit dem Engagement im NaBuZ demo-Projekt und im CHIC-Projekt knüpft Daimler Buses an die erfolgreichen CUTE- und HyFLEET:CUTE-Projekte der Europäischen Union an, die von 2003 bis 2009 durchgeführt wurden. Insgesamt haben sich dabei 36 Mercedes-Benz Citaro mit Brennstoffzellenantrieb der zweiten Generation in zwölf Verkehrsbetrieben auf drei Kontinenten bestens bewährt. Mit mehr als 140 000 Betriebsstunden und über 2,2 Millionen Kilometern Laufleistung haben Mercedes-Benz Busse die Praxistauglichkeit des umweltverträglichen Brennstoffzellenantriebs nachgewiesen.

Feuerwehrführerschein auf den Weg gebracht

Was vor Jahren nur die Wenigsten für möglich hielten – der Landesfeuerwehrverband Bayern konnte es für die Feuerwehren erreichen. Mit der Verkündung der Verordnung zum sog. Feuerwehrführerschein bis 7,5 t wurde der Weg für den großen Feuerwehrführerschein dank der Unterstützung des Bayerischen Innenministers Joachim Herrmann, des Deutschen Feuerwehrverbands und der Kommunalen Spitzenverbände nunmehr frei.

Die Verordnung trat Anfang September in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt ist daher die organisationsinterne Ausbildung und Prüfung für diese Sonderfahrberechtigung möglich.

Vorsitzender Alfons Weinzierl begrüßt ausdrücklich die neue Regelung: „Der Feuerwehrführerschein für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen und Fahrzeuge mit An-

hängern war dem Landesfeuerwehrverband Bayern ein Anliegen, das über Jahre konsequent verfolgt wurde. Mit der Fahrerlaubnis bis 7,5 t kann die Einsatz- und Leistungsfähigkeit in den bayerischen Feuerwehren dauerhaft gesichert.“

Seit 1999 gilt aufgrund EU-Rechts der PKW-Führerschein Klasse B nur noch für Fahrzeuge

bis maximal 3,5 Tonnen zulässiger Gesamtmasse. Eine Vielzahl von Einsatzfahrzeugen konnte seitdem nicht mehr mit dem PKW-Führerschein gefahren werden. Vorsitzender Weinzierl hob hervor, dass mit der neuen Regelung die Lücke zwischen 4,75 und 7,5 Tonnen geschlossen wurde. So werde sichergestellt, dass auch in ausreichendem Maße Fahrerinnen und Fahrer in den Feuerwehren zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Angesichts dieses Ergebnisses habe sich der fast fünfjährige beharrliche Kampf um den Feuerwehrführerschein gelohnt“, so Weinzierl.

Kompost, Gas und Biomasse

Kompostwerk Würzburg plant Kapazitätsausweitung auf 80.000 Tonnen

Düngen hilft, wenn die Blühfreude im Garten nachlässt. Gedüngt wird am besten mit Kompost - zum Beispiel aus dem Würzburger Kompostwerk. Seit rund 15 Jahren wird in dieser Anlage Bioabfall verarbeitet. Rund 45.000 Tonnen sind es derzeit im Jahr. Wobei aus dem Müll der Braunen Tonne längst nicht mehr nur Kompost produziert wird. „Seit zwei Jahren bereiten wir auch Biomassebrennstoff auf“, so Geschäftsführer Egon Kitz. In Zukunft soll außerdem Biomüll vergärt und somit Ökogas erzeugt werden.

20 Menschen sind in Unterfrankens größtem Kompostwerk damit beschäftigt, organischen Müll anzunehmen, ihn von Plastikabfall, Kronkorken, Kartoffelschälmessern und anderen Störstoffen zu befreien und zu Qualitätskompost aufzubereiten. Verarbeitet wird „Brauner Tonnen-Müll“ aus Stadt und Kreis Würzburg sowie aus dem Landkreis Main-Tauber. Grüngut wird von den Bürgern aus dem Raum Würzburg selbst angeliefert. Der von störenden Zusätzen gereinigte Bioabfall verrottet in zehn Kompostiertunnels. Die dabei entstehende Wärme wird dafür genutzt, holzige Anteile des biologischen Abfalls zu trocknen, um daraus Biomassebrennstoff zu gewinnen.

Lange Reise des Abfalls

Bevor der biologische Abfall aus der heimischen Küche aufbereitet wieder im Garten landet, hat er eine lange Reise zurückgelegt. Allein das Trocknen im Rottetunnel, das Sieben des Biomülls und die weitere Trocknung auf der Nachrotfläche dauert, je nach Endprodukt, viele Wochen. Laut Betriebsleiter Karl Dormann gibt es verschiedene Arten von Kompost. Den direkt aus Bioabfall hergestellten Kompost setzen Landwirte als Dünger ein. Garten- und Landschaftsbauer sowie Privatleuten bietet das Würzburger Werk Erde für die Neuanlage von Gärten und Blumenrabatten an. Diese wird unter anderem im Humuswerk in Wernfeld (Main-Spessart) mit Würzburger Kompost angereichert.

Biogasproduktion

Die Entscheidung, künftig auch Biogas zu produzieren, stellt einen wichtigen Schritt hin zu einem noch effizienteren Umgang mit den Ressourcen Bioabfall, Baum- und Strauchschnitt dar. Bis die Idee realisiert wird, kann jedoch noch dauern. Kitz: „Wir wissen im Moment nur, mit welcher Technik und wo wir vergären wollen.“ Geplant sei die Vergärungsanlage in direkter Nachbarschaft zum Kompostwerk im Gewerbegebiet Würzburg-Ost. Demnächst soll das abfallrechtliche Genehmigungsverfahren eingeleitet werden. Frühestens ab 2013 rechnet Kitz damit, Bioabfall vergären, als Ökogas in das Würzburger Netz einspeisen und auf diese Weise annähernd CO₂-neutral Energie erzeugen zu können.

Die seit zwei Jahren in der Anlage der Würzburger Kompostierungs-GmbH produzierte Biomasse, ein natürlicher Speicher von Sonnenenergie, wird in der gesamten Region verkauft. In

den kommenden zwei Jahren sollen weitere regionale Lieferanten von Biomüll für die Produktion des hochwertigen Energieträgers Biogas gefunden werden. „Wir wollen unsere Kapazitäten auf insgesamt 80.000 Tonnen ausdehnen“, sagt Kitz. Als Lieferanten für das Kompost- und Biomassewerk kämen Würzburgs Nachbarlandkreise Kitzingen und Main-Spessart, aber auch weiter entfernte Gebietskörperschaften in Frage.

Akzeptanzprobleme durch Geruchsproblematik

Kompostwerke stoßen aufgrund des von ihnen ausgehenden Geruchs oft nicht auf Sympathie. Um Konflikte zu vermeiden, wurde die 350 Meter von der Wohnbebauung errichtete Würzburger Anlage komplett eingehaust. Nur die Anlieferung und Zerkleinerung des Bioabfalls findet im Freien statt. Vor allem wegen der Marke „Unterfränkische Erden“ wird das Würzburger Kompostwerk weitgehend akzeptiert. Der Erdenverkauf ist gut, entspricht er doch der Devise „Aus der Region, für die Region“. Dass durch bald auch klimaschonend erzeugtes Gas ins Netz eingespeist und dadurch die Energie- und CO₂-Bilanz des Werks weiter verbessert wird,



Ein Radlader transportiert Bioabfall zu einem von zehn Kompostiertunnels im Würzburger Kompost- und Biomassewerk. Foto: Pat Christ

wird Kitz zufolge weitere Sympathiepunkte einbringen.

Noch bis Ende Oktober werden an jedem Werktag zwischen 8 und 17 Uhr (Freitag bis 18 Uhr) sowie samstags von 8 bis 14 Uhr Kompostprodukte im „Erdenmarkt“ des Würzburger Kompostwerks verkauft. Hobby-

gärtner erhalten hier „Würzburger Kompost“ oder „Franken Kompost“ zur Düngung sowie Rindenmulch zur Abdeckung des Bodens. Zur Produktpalette gehören weiter Blumen-, Garten- und Graberde auf Kompostbasis sowie, seit April, torffreie Bio-Erde. Pat Christ

Flächenmanagement-Newsletter des LfU

Den neuen Flächenmanagement-Newsletter seines Hauses stellte der Leiter des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU), Claus Kumutat jüngst vor. Diese Veröffentlichung soll künftig schnell über Aktuelles, Termine und Neuerscheinungen zu Flächenmanagementthemen informieren.

Das erste Mal ging es um interkommunales und kommunales Flächenmanagement, die Gebäude- und Grundstücksbörse wurde vorgestellt und das Update der Flächenmanagementdatenbank erläutert. Es enthält folgende Neuerungen: Zusammenführen von mehreren Datenbanken in einer Gesamtdatenbank (z.B. zur Gesamtauswertung der Daten, wenn mehrere Kommunen zusammen das Flächenmanagement betreiben), Flächen, die in städtebaulichen Sanierungs- oder Dorfer-

neuerungsgebieten liegen, können markiert und ausgewertet werden, Berücksichtigung der neuen Bevölkerungsprognosedaten für Kommunen über 5.000 Einwohner bei der Wohnbaulandbedarfsberechnung, Neue automatische Auswertung von Mehrfacheigentümern bei Baulücken und Leerständen. Die Version 2.0 kann als Vollversion oder als Update im Internet unter www.lfu.bayern.de herunter geladen werden. □

Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung:

Streit um gewerbliche Sammlung

BVG bestätigt zum dritten Mal

Europarechtskonformität kommunaler Überlassungspflichten

Die derzeit geltenden Regelungen im Abfallrecht zu Überlassungspflichten und zu gewerblicher Sammlung sind europarechtskonform. Das hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) jüngst entschieden und damit sein Urteil aus 2009 bestätigt. Das oberste deutsche Verwaltungsgericht entkräftete so das Argument der Bundesregierung, im Zuge der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zwingen europarechtliche Vorgaben zu einer Änderung bei den kommunalen Überlassungspflichten.

„Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung behauptet, das Europarecht erfordere eine Liberalisierung der Abfallwirtschaft. Tatsächlich ist die Frage keine rechtliche, sondern eine politische, sie lautet: Wie viel Liberalisierung wollen wir? Die Regierung sollte dies auch so vertreten und die Abgeordneten des Bundestags, die über den Gesetzentwurf abstimmen werden, nicht weiter irritieren“, so Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen VKU zum Urteil.

Bezugnahme auf Altpapierurteil

Im so genannten Altpapierurteil hatte das BVerwG 2009 entschieden, dass private Abfallbesitzer gewerbliche Entsorger nicht mit der Verwertung ihrer Abfälle beauftragen dürfen, sondern ihre Abfälle der Kommune überlassen müssen. Begründet hatte das Gericht dies unter anderem damit, dass dem überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen und die Planungssicherheit öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger beeinträchtigt werde.

Das BVerwG hatte damit ei-

nen Jahre dauernden Streit beendet und Rechts- und Planungssicherheit geschaffen. Der jüngste Beschluss betrifft dasselbe Gerichtsverfahren.

EU-Kommission sieht keinen Handlungsbedarf

„Die private Entsorgungswirtschaft ist Sturm gegen dieses Urteil gelaufen und hat Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht“, so Reck weiter. „Die hat aber keinen Grund gesehen, tätig zu werden. Sonst hätte sie längst ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.“

Keine Liberalisierung erforderlich

Ebenso wenig gibt es eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, die eine Liberalisierung erfordern würde. Auch ein Blick nach Österreich entkräftet das Argument der Bundesregierung. Dort ist die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie fristgerecht abgeschlossen worden – ohne vergleichbare Regelungen wie die der gewerblichen Sammlung. Die EU-Kommission hatte bis jetzt keine Einwände gegen das Gesetz. □

Strom aus Biomasse

Nicht zuletzt durch Bioenergie soll der steigende Energiebedarf in Deutschland - unter Vermeidung einer weiteren Zunahme von Treibhausgasen - nachhaltig gedeckt werden. 2010 wurden in Deutschland mehr als 25 Terrawattstunden (TWh) Strom in rund 7.550 Bioenergieanlagen erzeugt. Mehr als ein Drittel des aus regenerativer Energie erzeugten Stroms stammt derzeit aus Biomasse. Der Einsatz von Biomasse trägt zu acht Prozent am gesamten Endenergieverbrauch teil. Die Bioenergie spielt eine wichtige Rolle für das Ziel, bis 2020 das Energiesystem so umzubauen, dass 18 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs mit erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. pat

Herkunft garantiert:

Fertighallen aus Holz und Beton

Aus einer Hand, garantiert selbst gefertigt und montiert, sind die Fertighallen und -Ställe der Laumer Bautechnik GmbH.

Die vor allem im Gewerbe- und landwirtschaftlichen Bauen tätige mittelständische Firma ist gleichzeitig Betonfertigteilwerk und Holzbaubetrieb und damit in der Lage, die Gebäude mit dem für das jeweilige Projekt bzw. Bauteil geeignetsten Material zu erstellen. Angefangen vom Köcherfundament, über die Frostschürzen, Stützen und Wandplatten aus Holz oder Beton bis hin zu den Dachriegeln

und der gesamten Dachkonstruktion, z.B. aus Nagelplattenbindern, stammt alles aus einer Hand.

Hohe Qualität

Gefertigt wird ausschließlich im eigenen, modernst ausgestatteten Werk im niederbayerischen Massing, montiert wird von den eigenen Montagetrupps. Das hauseigene Ingenieurbüro liefert nicht nur die Statik, sondern klügelt bereits in der Planungsphase die für den Bauherrn jeweils günstigste Ausführungsvariante aus. Damit hat Laumer sämtliche Faktoren für das Gelingen eines Bauvorhabens selbst in der Hand und bürgt für ein hohes Qualitätsniveau, Festpreise und Termintreue.

Weitere Informationen unter: www.laumer.de □

LEW

Lechwerke



REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

„Die Lechwerke fördern durch ihr Engagement den Nachwuchs und die Vielseitigkeit der regionalen Kultur. Das bekomme ich immer wieder bestätigt, wenn ich Veranstaltungen, wie hier den Schwäbischen Kunstsommer im Kloster Irsee, besuche.“

Gertrud Abt, Koordinatorin für Sponsoring und Spenden bei LEW

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Ihr Partner für Kommunale Bauten

Systemhallen für Wertstoffhöfe etc.

- Konstruktion aus Beton und Holz
- Fertigung im eigenen Werk
- Komplettangebot mit Festpreis

Bahnhofstraße 8 · Tel. 08724 / 88-0 · www.Laumer.de

1. Bayerischer Rohstoffgipfel in München:

Für sichere und nachhaltige Versorgung

Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten auf dem 1. Bayerischen Rohstoffgipfel in München darüber, welche Handlungsoptionen in Bayern bestehen, um die Rohstoffversorgung der Wirtschaft und damit den Wohlstand nachhaltig zu sichern. Der Bayerische Rohstoffgipfel ist eine gemeinsame Veranstaltung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit, der vbw und des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages e. V.

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil, wies darauf hin, dass der Zugang zu Rohstoffen eine entscheidende Frage für die bayerische Wirtschaft sei. Die Seltenen Erden bezeichnete er als „Treibstoff unserer Zukunft“. Zeil wies darauf hin, dass die Bayerische Staatsregierung vor einem Jahr die Arbeitsgruppe ‚Rohstoffstrategie‘ ins Leben gerufen habe. Gemeinsam mit Vertretern des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums, der Wirtschaftsverbände und Kammern sowie der Hochschulen und Forschungsinstitute würden Ansätze entwickelt, wie dem Rohstoffproblem begegnet werden kann. Des Weiteren sei die heimische Rohstofferkundung verstärkt worden. „Unsere Bergleute und Geologen sind zuversichtlich, dass die seltenen Metalle auch in Bayern vorhanden sind“, betonte Zeil. Vor wenigen Tagen erst seien im Landkreis Tirschenreuth 95 Mio. Tonnen Kaolin entdeckt worden. Das ‚weiße Gold‘ stelle die Versorgung für die heimische Porzellanindustrie für Jahrzehnte sicher.

Zielkonflikte lösen

„Auch müssen wir die nachhaltige Rohstoffsicherung in Bayern verbessern“, hob der Minister hervor. Zielkonflikte zum Beispiel zwischen Naturschutz und Rohstoffsicherung oder zwischen Gebieten für erneuerbare Energien und Rohstofflagerstätten müssten gelöst werden, denn: „Wir müssen die Bodenschätze, die wir für unsere Volkswirtschaft brauchen, auch abbauen können.“ Darüber hinaus setze die Staatsregierung neue Schwerpunkte in der Außenwirtschaft: Geplant ist, für die bayerische Wirtschaft ein eigenes Rohstoffnetzwerk im Ausland aufzubauen. Als erste Maßnahme sei hierzu eine Kasachstangruppe gegründet worden, die mit Vertretern der bayerischen Rohstoffwirtschaft, dem Konsulat und der Industrie die entsprechenden Kontakte ausbauen wird.

Wie Zeil zudem ausführte,

werde mit dem Fraunhofer-Zentrum für Wertstoff-Kreisläufe und Werkstoff-Substitution in Alzenau eine Forschungseinrichtung im Bereich Recycling und Entwicklung von Ersatzwerkstoffen gegründet. Im Rahmen von „Aufbruch Bayern“ würden dafür fünf Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Wettbewerbsfähigkeit

Der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, erklärte, die strategische Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stehe beim Thema Rohstoffsicherung ein Stück weit mit auf dem Spiel. Er stellte fest, dass man sich diesem Thema stärker als bisher widmen müsse.

vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt meinte, es sei für den Standort Bayern existenziell, dass die für die Herstellungsprozesse benötigten Metalle und Mineralien ausreichend und zu guten Konditionen verfügbar sind. Das neue Rohstoffgutachten der vbw zeige, dass sich die Versorgungssituation für das verarbeitende Gewerbe in den letzten Monaten weiter verschärft hat. Brossardt forderte, trotz einer erhöhten Sensibilität für das Thema auf Seiten der Landes-, Bundes- und Europapolitik die Bemühungen um die Rohstoffsicherheit dringend weiter zu intensivieren. „Wir erwarten beispielsweise, dass Länderpartnerschaften offensiver angegangen werden und die Rohstoffversorgung bei der Ausweisung von Nutzungsflächen in Bayern stärker berücksichtigt wird.“

Der Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages e. V., Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erich Greipl, machte deutlich, der Durst nach Rohstoffen sei quasi unlösbar. Er machte auf die vielfältigen Handelsbeschränkungen im internationalen Bereich aufmerksam.

Kreislaufwirtschaft

Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich, Leiter des Lehrstuhls für

Rohstoff- und Energietechnologie und Geschäftsführender Direktor des Wissenschaftszentrums Straubing, verdeutlichte in seinem Vortrag den Beitrag, den eine funktionierende Kreislaufwirtschaft zu einer nachhaltigen Industriegesellschaft leisten kann und präziserte dies anhand einer Studie des ATZ Entwicklungszentrums zur bayerischen Ressourcenstrategie.

Wiederverwertung

VBS-Präsident Otto Heinz trat für einen weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft ein, in der möglichst alle Rohstoffe einer Wiederverwertung zugeführt werden. Die Politik sei gefordert, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die vor kurzem vom Rat für nachhaltige Entwicklung proklamierte Vision einer 100-prozentigen Kreislaufführung von Rohstoffen ist für Heinz die richtige Antwort auf drohende Versorgungsengpässe und steigende Preise auf den Rohstoffmärkten. Die Politik sei daher gefordert, das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz so zu gestalten, dass die Rohstoffausbeute aus dem Abfall signifikant erhöht wird. Otto Heinz: „Wir müssen das Recycling maximieren und die Verbrennung von Abfällen reduzieren.“

Vorreiterrolle

Die generelle Vorreiterrolle Deutschlands in vielen Bereichen der Umwelttechnologien beruhe auch darauf, dass der Gesetzgeber der einheimischen Wirtschaft stets anspruchsvolle Zielvorgaben mache. Auch im Bereich Recycling und Kreislaufwirtschaft sei Deutschland Spitzenreiter in Europa und der Welt. Heinz: „Wir sollten diesen Spitzenplatz nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, indem wir unsere Standards selber in Frage stellen. So ist es nicht wirklich anspruchsvoll, wenn im Entwurf für das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz für das Jahr 2020 eine Recyclingquote bei Siedlungsabfällen von 65 % angestrebt wird, wo diese doch heute schon in Deutschland bei 63 % und in Bayern bereits darüber liegt.“

Weitere Schritte auf dem Weg zur angestrebten „Recycling-Gesellschaft“ sollten aus Sicht des VBS die grundsätzliche Zulässigkeit gewerblicher Sammlungen und die Einführung einer Wertstofftonne sein. Die bisheri-

gen Pilotprojekte und mehrere aktuelle Studien gehen davon aus, dass mit der Einführung einer Wertstofftonne zusätzlich rund 7 Kilogramm Wertstoffe pro Einwohner und Jahr erfasst und dem Materialkreislauf wieder zugeführt werden. Für den VBS ist es dabei von entscheidender Bedeutung, dass die Vergabe der Aufträge für Sammlung und Sortierung der Wertstofftonne in einem fairen und neutralen Wettbewerbsverfahren erfolgt.

Zum Abschluss des Gipfels fand eine Podiumsdiskussion statt, in der die politischen Ziele der bayerischen Rohstoffstrate-

gie resümiert und die Bedeutung von Sekundärrohstoffpotenzialen und einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft betont wurden.

Lebensqualität

Fazit: Die sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft und damit für Wohlstand und Lebensqualität in Bayern. Um diese sicherzustellen, sind im Kontext der bisherigen europäischen und bundesdeutschen

Rohstoffinitiativen auch auf bayerischer Ebene ganzheitliche Lösungsansätze im Sinne einer nachhaltigen Rohstoffsicherung notwendig. Herausgefordert sind die Wirtschaft und ihre Unternehmen selbst, die Politik, insbesondere die Wirtschafts- und Umweltpolitik sowie die Wissenschaft und Forschung. Es geht darum, den Zugang zu Primärrohstoffen weiterhin sicherzustellen, mit knappen Rohstoffen so effizient wie möglich umzugehen sowie die Sekundärrohstoffwirtschaft - also den Einsatz von Recyclingrohstoffen - weiterzuentwickeln. **DK**

Bericht des Bundeskartellamts:

Wirtschaftliches Engagement der öffentlichen Hand muss hinterfragt werden

Rekommunalisierung nicht immer positiv

Das Bundeskartellamt steht Tendenzen zur Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge kritisch gegenüber. Wie es in dem von der Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegten Tätigkeitsbericht des Amtes für die Jahre 2009 und 2010 heißt, müsse ein zunehmendes wirtschaftliches Engagement der öffentlichen Hand hinterfragt werden.

„Sofern einzelne Leistungen grundsätzlich auch von privaten Anbietern erbracht werden können oder bereits durchgeführt werden, müssen die Rahmenbedingungen für alle Marktteilnehmer einheitlich sein und auch die Kommunen müssen sich im Wettbewerb mit der privaten Konkurrenz behaupten. Nur unter diesen Voraussetzungen können durch eine stärkere kommunale Betätigung weitere Effizienzen, Kosteneinsparungen und Qualitätsverbesserungen erzielt werden“, heißt es in dem Bericht.

Wettbewerb

Die Auswirkungen einer Rekommunalisierung werden je nach Wirtschaftsbereich unterschiedlich bewertet. So könne kommunales Engagement im Bereich der Energieerzeugung wettbewerbsbelebend wirken, schreibt das Kartellamt. Dagegen sei eine Rekommunalisierung der Energienetze wettbewerbslich nicht unproblematisch. Es drohe die Gefahr einer Zersplitterung, die sich nachteilig für neue Stromanbieter und die Verbraucher auswirken könne. Bei einer Rekommunalisierung der Wasserversorgung sieht das Kartellamt in vielen Fällen „Fluchtgedanken“, um einer kartellrechtlichen Überprüfung der Wasserpreise durch einen Wechsel in das Gebührenrecht zu entgehen. Im Bereich der Personbeförderung könnten Teilprivatisierungen rückgängig gemacht werden, um die europarechtlich eröffneten Direktvergabemöglichkeiten zu nutzen. Dies könne zu einer Marktverschließung

führen. Auch im Bereich der Entsorgungswirtschaft sieht das Bundeskartellamt angesichts der gesetzlichen Ausgestaltung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts die „Gefahr einer wettbewerbslich problematischen Privilegierung der Kommunen“.

Fusionskontrolle

Zur Fusionskontrolle schreibt das Bundeskartellamt, dass im Zeitraum 2009/2010 insgesamt

1.985 Zusammenschlüsse von Unternehmen angemeldet worden seien. Damit seien die Anmeldezahlen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent gesunken und dann 2010 auf diesem Niveau konstant geblieben. In den beiden Jahren 2009 und 2010 erließ das Bundeskartellamt 31 förmliche Verfügungen im Hauptprüfverfahren. Davon seien 19 durch eine Freigabe, acht durch eine Freigabe mit Nebenbestimmungen und vier durch eine Untersagung abgeschlossen worden. In neun Fällen habe sich die Prüfung des Zusammenschlussvorhabens durch Zurücknahme des Antrags erledigt. **□**

Neue Chance für Flächen mit Altlasten

Zwischenbilanz nach 25 Jahren Altlastensanierung in Bayern: Mehr als 1.600 Flächen sind saniert und stehen für Nachnutzung zur Verfügung.

Die Erkundung und Sanierung von Altlasten kommt gut voran: Bei 7.500 der im Altlastenkataster erfassten Grundstücke wurde der Altlastverdacht geklärt. Davon wurden über 1.600 bereits saniert. Bei fast 2.400 Flächen wurde der anfängliche Verdacht ausgeräumt. Diese Zwischenbilanz zog Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) jüngst in Augsburg bei der Vorstellung der neuen LfU-Broschüre „Alte Lasten – Neue Chancen. Rückblick, Einblick und Ausblick“.

Kumutat hat dabei über 25 Jahren Altlastenbearbeitung in Bayern im Blick – für ihn aber auch eine Zukunftsaufgabe: „Saubere Böden und reines Grundwasser sind unsere Lebensgrundlage.“

Die sanierten Flächen sind fit

für die Zukunft: Siedelt sich zum Beispiel wieder ein Unternehmen an, reduziert das die Versiegelung neuer Flächen, stärkt die Wirtschaft vor Ort und erhält oft auch den Ortskern lebendig. Ein Dienstleistungspark auf einem alten Spinnereigelände in Bayreuth ist ein gelungenes Beispiel dafür. Bisher hat der Freistaat über 150 Millionen Euro in die Erkundung und Sanierung der Altlasten investiert.

Die Sanierung von Altlasten umfasst aber nicht nur klassischen Bodenaushub oder Abpumpen und Reinigen von Grundwasser. Als führender Technologiestandort setzt Bayern auch auf innovative Sanierungsmaßnahmen: Wenn die Bedingungen vor Ort es zulassen, werden Schadstoffe an Ort und Stelle beseitigt. **□**

So besonders wie du. Mein BASE.

BASE

www.base.de

Unterfränkisches Integrationsforum in Würzburg:

Kulturelle Vielfalt als Chance

Integration findet vor Ort statt und ist in den Kommunen bedeutend für den sozialen Zusammenhalt. Gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit und zugleich eine Zukunftsaufgabe der Kommunen. Aus diesem Grunde lud Unterfrankenss Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer Oberbürgermeister, Bürgermeister sowie Landräte im Rahmen des Unterfränkischen Integrationsforums zu einer Fachtagung nach Würzburg unter dem Motto: „Integration in den Kommunen“ ein.

In Unterfranken leben derzeit über 74.000 Ausländerinnen und Ausländer. Das ist ein Anteil von etwa 5,5 % an der unterfränkischen Bevölkerung. Zu dieser schon beachtlichen Zahl kommt noch eine große Zahl von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Von 1,3 Millionen Einwohnern haben in Unterfranken ca. 210.000 einen Migrationshintergrund. „Diese Zahlen untermauern deutlich, dass die Frage der Integration unserer Zuwanderinnen und Zuwanderer kein gesellschaftspolitisches Randproblem ist, sondern letztendlich über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, der Städte, Gemeinden und Landkreise mitentscheidet“, stellte Beinhofer fest.

Wichtige Teilhabe

Neben Arbeit und Bildung sei die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Verbänden, Vereinen und Organisationen notwendig und wichtig. Sich gemeinsam in Sportvereinen, Feuerwehren und Nachbarschaftsgruppen zu betätigen, schaffe Zusammenhalt, Anerkennung und begründe Freundschaften über Nationalitäten hinweg. Integrations- und Stadtentwicklungspolitik wirkten bei der „Integration vor Ort“ heute übergreifend zusammen.

Türöffner

Sprache, Bildung und Beruf seien die wichtigsten Türöffner für gelingende Integration. Sie stärkten Migranten auf ihrem Weg zu einem selbst bestimmten und anerkannten Leben in der Gesellschaft. Gerade für die in Unterfranken lebenden Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund komme der Beherrschung der deutschen Sprache die entscheidende Rolle zu, erklärte der Regierungspräsident. Die Kenntnis der deutschen Sprache sei die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsabschluss. Daher sei auch die sprachliche Bildung ein ganz wesentlicher Aspekt des Bildungsauftrages und der Integrationsleistung von Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Bereits 2008/2009 wurden die Vorkursstunden im Kindergarten von 160 auf 240 erhöht. In Unterfranken finden im Schuljahr 2010/2011 insgesamt 184 Vorkurse mit 1417 Teilnehmern statt. Damit soll erreicht werden, dass möglichst kein Kind mehr ohne ausreichende

Deutschkenntnisse eingeschult wird. Es gilt das Prinzip „Deutsch vor Einschulung“.

Schlüsselrolle

Migrantinnen, insbesondere die Mütter von Ausländerkindern, haben eine Schlüsselrolle bei der Integration von Familien und Kindern. Beinhofer zufolge müssen daher Integrationshemmnisse gezielt bei Frauen in den Blick genommen werden, mit dem Ziel, Ansätze zu entwickeln, wie solche spezifischen Hemmnisse beseitigt und die Integrations- und Teilhabechancen von Migrantinnen gestärkt werden können - sei es bei der frühkindlichen und schulischen Förderung, der Integration in den Arbeitsmarkt, den Angeboten der Eltern- und Familienbildung oder dem Abbau von inner- oder außerfamiliärer Benachteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund.

Frauen und Arbeitsmarkt

„Aufgrund des demographischen Wandels können wir dem drohenden Fachkräftemangel nur begegnen, wenn verstärkt auch Frauen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Hier gilt es vorrangig, die besonderen Kompetenzen von Migrantinnen wie Mehrsprachigkeit oder Sensibilität für den Umgang mit unterschiedlichen Kulturen stärker zu nutzen“, forderte der Regierungspräsident.

Zahlreiche Aktivitäten

Gerade auch muslimische Frauen aus einer Isolation herauszuführen und mit in den gesellschaftlichen Mittelpunkt zu rücken, sei eine entscheidende Zukunftsaufgabe der Integrationsarbeit. Hier könne man gerade in Unterfranken erste wichtige Aktivitäten vorweisen. Beispielhaft erinnerte Beinhofer an die in Bayern einmalige, vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen geförderte und von der Regierung von Unterfranken initiierte Kontakt- und Informationszentrale für muslimische Frauen in Würzburg, an die hervorragende Arbeit des interkulturellen Begegnungszentrums für Frauen in Schweinfurt, an die Begegnungsstätte für Frauen mit Migrationshintergrund „Lebensmittelpunkt“ der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Miltenberg

in Erlenbach am Main sowie an die vielen Projekte, die sich jährlich um die Verleihung des unterfränkischen Integrationspreises bewerben.

Auf einem guten Weg

„In Unterfranken sind wir bei der Integration unserer ausländischen Zuwanderinnen und Zuwanderer, sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler auf einem guten Weg“, so Beinhofer. Er erwähnte an dieser Stelle den Unterfränkischen Integrationspreis, bei dem besonders herausragende Beispiele örtlicher Integrationsarbeit von einer Jury unter meinem Vorsitz ausgewählt und prämiert werden. Das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro wurde den Regierungen vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zur Verfügung gestellt. Auf die diesjährige Auslobung des

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Trauer um Landrat Franz Xaver Uhl

Trauer und Bestürzung im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen: Landrat Franz Xaver Uhl ist im Alter von 56 Jahren gestorben. Uhl war Geschäftsführer des Gebietsausschusses Naturpark Altmühltal, ab 1994 war er Bürgermeister von Beilngries. Von 1996 bis 2008 fungierte Uhl als Kreisrat des oberbayerischen Landkreises Eichstätt, wo er ab 2002 auch Fraktionsvorsitzender der örtlichen CSU war. Seit den Kommunalwahlen in Bayern 2008 war er Landrat des mittelfränkischen Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen tätig.

Uhl begann seine Amtszeit mit großen Hoffnungen der Bevölkerung. Bald setzte er ein Regionalmanagement in Akti-



Franz Xaver Uhl †.

on, das schon in Kürze positive Akzente setzte. Er ging seine Arbeit mit großem Elan an, versuchte an mehreren Stellen zugleich, von ihm erkannte Rückstände aufzuholen. Der CSU-Politiker konnte bald alle Fraktionen des Kreistags für sich und seine neuen Ansätze in der Kreispolitik gewinnen und war schon nach wenigen Monaten

Integrationspreises seien 23 Bewerbungen bei der Regierung von Unterfranken eingegangen. Die Preisverleihung erfolgt Ende September/Anfang Oktober 2011.

Über 200 Projekte

Die über 200 Integrationsprojekte, die zurzeit auf der Infobörse des Internetauftritts der Regierung veröffentlicht sind, zeigten, dass in den Kommunen bereits eine Vielzahl höchst unterschiedlicher, sehr erfolgreicher Projekte und Maßnahmen vorhanden ist. Laut Beinhofer reicht das Spektrum von der Jugendarbeit über Sprachkurse, schul- und arbeitsweltbegleitende Angebote bis hin zu interkulturellen Treffs, sportlichen Aktivitäten, Veranstaltungen und Festen.

Mit vereinten Kräften aus Verwaltungen, Vereinen und Verbänden, Kindergärten und Schulen, Migrantenorganisationen und Einzelpersonen würden anerkennenswerte Leistungen erbracht, die auch in anderen Kommunen umgesetzt werden könnten. DK

In memoriam Heinz Wölfl

Regener Landrat stirbt bei Autounfall

Eine Region in Bestürzung und großer Trauer: Heinz Wölfl, 17 Jahre lang Landrat im Landkreis Regen, davor elf Jahre Bürgermeister der Stadt Regen, hat sich am 16. August das Leben genommen. Nach seinem selbst verschuldeten Autounfall hat die Deggendorfer Staatsanwaltschaft Vorermittlungen aufgenommen, die im Zusammenhang mit hohen Verbindlichkeiten des 58-Jährigen stehen. Wölfl hinterlässt eine Frau und drei erwachsene Kinder.

Bis 1983 arbeitete der Jurist als Regierungsrat am Landratsamt Regen. Im selben Jahr wurde er zum ersten Bürgermeister der Stadt Regen gewählt. Von 1984 bis 1994 war Wölfl zudem Mitglied des Kreistages. In seiner elfjährigen



Heinz Wölfl †.

Amtszeit als Bürgermeister veränderte sich das Stadtbild gravierend. Die Aufwertung der Stadt Regen gelang ihm mit der Umgestaltung einer Industriebrache zum Kurpark. Zudem förderte Wölfl nachhaltig die Kultur. So wurde im Jahr 1991 beispielsweise das Niederbayerische Landwirtschaftsmuseum eingerichtet.

1994 wählten die Bürger Heinz Wölfl zum Landrat des Landkreises Regen. Damals stimmten 55,6 Prozent der Bürger für ihn. Bei seiner Wiederwahl im Jahr 2000 kam er auf 72,6 Prozent, 2002, als die Landratswahl wieder mit den Bürgermeisterwahlen zusammengelegt wurde, erreichte Wölfl ohne Gegenkandidat 94,2 Prozent der Stimmen. 2008 schließlich erzielte der Verstorbene - ebenfalls ohne Gegenkandidat - bei seiner vierten Wahl zum Landrat 85 Prozent der Stimmen.

Den Landkreis geprägt

Als Landkreischef setzte Heinz Wölfl die Schwerpunkte besonders in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft und Glasherstellung. Er prägte das Gesicht des Landkreises mit zahllosen Initiativen, sei es die Überführung der beiden Kreis-Krankenhäuser in ein Kommunalunternehmen, die Gründung der Unternehmer-Netzwerke für Holz und Glas, des Touristischen Service-Centers Arberland und des Ski-Landesleistungszentrums oder die Einrichtung des Regionalmanagements. In jüngster Zeit stand das Thema Demographie ganz oben auf der Tagesordnung.

Heinz Wölfl, der u. a. Präsident des Bayerischen Wald-Vereins war, wurde aufgrund seiner zahlreichen Verdienste mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Ministerpräsident Horst Seehofer reagierte erschüttert auf den plötzlichen Tod Wölfls: „Er hat mit großem Einsatz und eindrucksvollem Engagement für die Belange seiner niederbayerischen Heimat gekämpft“, so der Parteichef. Für die Staatsregierung sei stets ein wichtiger Gesprächspartner gewesen. Sein Name werde auf immer mit der Stadt und dem Landkreis Regen verbunden bleiben.

Auch der Bayerische Landkreistag zeigte sich tief bestürzt über den Tod des langjährigen Regener Landrats: „Wir verlieren einen hoch geschätzten Kollegen, der mit großem Einsatz nicht nur für die Belange seines Landkreises, sondern für die kommunale Selbstverwaltung in ganz Bayern gekämpft hat. In dieser schweren Stunde der Trauer gilt mein tiefes Mitgefühl den Hinterbliebenen“, erklärte Verbandspräsident Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach.

Führungspersönlichkeit

Wie Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, ausführte, verlieren die bayerischen Sparkassen mit Heinz Wölfl nicht nur einen herausragenden Vertreter der Regionen, sondern auch eine Führungspersönlichkeit, die maßgeblich am Erfolg der bayerischen Sparkassen mitgewirkt hat. Heinz Wölfl war langjähriger Verwaltungsratsvorsitzender der ertragsstarken Sparkasse Regen-Viechtach und seit zehn Jahren Mitglied im Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbandes Bayern. Außerdem führte er als Vorsitzender den Sparkassenbezirksverband Niederbayern. Zellner wörtlich: „Wir sind Heinz Wölfl zu großem Dank verpflichtet und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Als langjähriger Nachbarlandrat habe ich einen Wegbegleiter verloren, der für den bayerischen Wald unendlich viel geleistet hat.“

Nach Wölfls Tod muss innerhalb von drei Monaten ein neuer Landrat gewählt werden. Die Vertreter der Fraktionen im Kreistag und die Landkreisverwaltung haben sich mittlerweile auf den 13. November geeinigt. DK

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

//REGENERATIV
//MODERN
//DYNAMISCH

RMD
www.rmd.de Rhein-Main-Donau AG



Herzlich gefeiert wurde die Bezirksvorsitzende des Bayerischen Gemeindetages in Schwaben, die Höchststädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner (im Bild rechts): Stadtrat Matthias Letzing, Ortsbäuerin Anett Jung (Sonderheim), Landratsstellvertreter Günter Ballis, Josef Burkhard, Bürgermeister Werner Birkle, Buxheim (stellvertretender Bezirksvorsitzender des Gemeindetages in Schwaben) Kreszenz Burkhard, Landtagsabgeordneter Georg Winter, Hildegard Wanner, Bürgermeister Erhard Friegel, Holzheim, Bürgermeister Reinhold Schilling, Schwenningen, Dr. Jürgen Busse (Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Gemeindetages), Bürgermeister Franz Oppel, Kaisheim, und 2. Bürgermeister Wolfgang Kohout. Bild: -jdt-

Energiespeicher Riedl:

Bohrprogramm läuft bis Ende des Jahres 2011

Ökologische Planungsoptimierung erfordert neue Untersuchungsbohrungen

Die positive Landesplanerische Beurteilung Anfang August durch die Regierung von Niederbayern war unter anderem mit der Maßgabe verbunden, die Wasserentnahme und -rückgabe flußaufwärts, oberhalb des Kraftwerk Jochenstein zu verlegen. Ingenieure und Techniker der Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJ) beschäftigen sich daher mit Hochdruck an der detaillierten Ausarbeitung zur Verlegung des Ein- und Auslaufbauwerks in das Oberwasser beim Turbineneinlauf des Kraftwerks Jochenstein. Zur Erstellung detaillierter Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren sind auch weitere Untersuchungsbohrungen im Projektgebiet notwendig. Entsprechende vorbereitende Arbeiten zur Einrichtung der Bohrstellen haben nach Erteilung der Genehmigung durch das Landratsamt Passau diese Woche begonnen. Die Bohrungen selbst begannen am 22. August 2011 und dauern voraussichtlich bis Ende des Jahres.

Das Bohrprogramm der Projektträgergesellschaft Donaukraftwerk Jochenstein soll belastbare Rückschlüsse auf die Beschaffenheit des Bodens erlauben, durch den die unterirdischen Triebwasserstollen für das Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl zwischen Oberbecken und Donau in der angedachten optimierten Variante verlaufen sollen. Insgesamt sind in den kommenden Monaten sieben Schräg- bzw. Horizontalbohrungen und 16 Vertikalbohrungen im Bereich des geplanten Oberbeckens sowie der Straßenkehre der PA 51 („Dolomitenstraße“) und am Donautalboden auf Höhe des Trenndammes des Kraftwerks Jochenstein zwischen Turbineneinlauf und Wasserschiffahrtsstraße geplant.

Keine Schädigung von Flora und Fauna

Die Bohrungen nahe der Straßenkehre der PA 51 können zu zeitweiligen Behinderungen des Straßenverkehrs führen. Die Baustelle wird deshalb mit entsprechenden Hinweistafeln und einer Geschwindigkeitsbegrenzung abgesichert. Alle Bohrungen sind mit den zuständigen Genehmigungsbehörden (Landratsamt Passau, Bergbauamt Süd) abgestimmt und werden so ausgeführt, dass es zu keiner Schädigung von Flora und Fauna kommt.

Hintergrund für die jetzt beginnenden zusätzlichen Untersuchungsbohrungen sind Vorgaben aus der positiven Landesplanerischen Beurteilung, die im Wesentlichen eine optimierte Planungsvariante für das Ein- und Auslaufbauwerk an der Donau erfordern und eine Verlegung des Einstiegs in die Fischwanderhilfe im Stauraum Aschach auf österreichisches Staatsgebiet. Damit können Einschränkungen der sensiblen Fischökologie unterhalb des Kraftwerks Jochenstein so gut wie ausgeschlossen werden.

Daher untersucht die DKJ, ob

die durch Pumpspeicherkraftwerke wie den Energiespeicher Riedl, wird vom Staat in keiner Weise subventioniert“, betont Strobel.

Wichtiger Schritt im Sinne der angestrebten Energiewende

„Mit der positiven Landesplanerischen Beurteilung für Riedl ist ein wichtiger Schritt im Sinne der angestrebten Energiewende in Deutschland getan“, stellt Strobel fest. „Es wird deutlich, welcher wichtigen Beitrag der Energiespeicher Riedl leisten wird, um die dringend erforderlichen Speicherkapazitäten für Wind- und Sonnenstrom zur Verfügung zu stellen und die Stabilität unserer Netze zu unterstützen.“

Strobel ergänzt, dass im Sinne der angestrebten Energiewende keine Speichertechnik gegen die andere ausgespielt werden dürfe, vielmehr es Ziel sein muss, angesichts des großen Bedarfs an Stromspeichern jede Speicherform dort zu nutzen, wo sie sinnvoll eingesetzt werden kann. Zudem sollten weitere Speichertechnologien, wie zum Beispiel die sogenannte Methanisierung oder die Druckluftspeichertechnik bis zur Marktreife und mit deutlich verbesserten Wirkungsgraden weiterentwickelt und großtechnisch erprobt werden.

Angesichts der Herausforderungen der Energiewende darf es beim Aufbau von Stromspeicherkapazitäten kein „Entweder-Oder“ sondern nur ein „Sowohl-als-auch“ geben.“

Neuer Landrat in Lichtenfels

Der CSU-Landtagsabgeordnete und Innenexperte Christian Meißner ist zum neuen Landkreischef in Lichtenfels gewählt worden. Der 41-Jährige setzte sich bei der Wahl in dem oberfränkischen Landkreis mit 59,3 Prozent der Stimmen durch. Auf seinen Kontrahenten, den SPD-Kreistagsvorsitzenden Hans Peter Marx, entfielen 40,7 Prozent. Meißner wird damit Nachfolger des aus Altersgründen nicht mehr kandidierenden langjährigen Landrats Reinhard Leutner. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,1 Prozent. **DK**

Immer hellwach im Einsatz für die Heimat

Bürgermeisterin Hildegard Wanner zum 60. Geburtstag groß gefeiert
Höchstädt und Bayerischer Gemeindetag dankten

Höchstädt (jdt). Für das ganze Leben stärke gute bäuerliche Wurzeln hat die Höchststädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner in der Tapfheimer Bergmühle mitbekommen. Als die in sehr vielseitige Verantwortung berufene Kommunalpolitikerin ihren 60. Geburtstag feierte, waren die Eltern, der Müllermeister und Landwirt Josef Burkhard und seine Frau Kreszenz mit berechtigtem Stolz auf ihre Tochter dabei. Und die Freude über den schönen Festtag für Hildegard Wanner war auch dem Ehemann Michael Wanner, der Tochter Carolin und der Enkelin Claire anzumerken.

Beim großen Geburtstagsempfang konnte 2. Bürgermeister Wolfgang Kohout zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Kirche, Wirtschaft und Vereinsabteilungen begrüßen, voran den Landtagsabgeordneten Georg Winter und führende Repräsentanten des Bayerischen Gemeindetages. Die Glückwünsche des Stadtrates übermittelnd, würdigte Kohout den von großer Heimatliebe, hohem Verantwortungsfühl und auch speziellem Augenmaß geprägten Einsatz Wanners für die Heimatstadt und das Allgemeinwohl.

Schneid: „Paradebeispiel“

Stellvertretender Landrat Alfred Schneid übermittelte mit herzlichen Worten die Glückwünsche des Kreistages und von Landrat Leo Schnell, der aus dem Urlaub mit einem Strauß Rosen und schriftlicher Gratula-

tion grüßte. Schneid lobte die gute Zusammenarbeit, auch im Namen der CSU-Kreistagsfraktion. Hildegard Wanner sei immer hellwach, biete ein Paradebeispiel beim Engagement in vorderster Linie und meistere unerschrocken alle Herausforderungen. Ein besonderes Kompliment machte Alfred Schneid Bürgermeisterin Wanner und dem Höchststädter Stadtrat für die erfolgreichen Leistungen für Höchstädt. Respektabel sei es auch, wie der Ehemann Michael Wanner seiner vielfältig engagierten Frau „den Rücken freihält“.

Einzige Bezirksvorsitzende

Höchste Anerkennung zollte Dr. Jürgen Busse als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages Hildegard Wanner. Sie genieße besonderen Respekt als eine Vorzeigefrau Schwabens und Bayerns unter den weiblichen Bürgermeistern. Herausragend sei ihre Stellung als einzige Frau unter den sieben Bezirksvorsitzenden im Freistaat sowie als Präsidialmitglied und Landratschätzmeisterin („Wir hoffen, dass Du noch lange weiter zur Verfügung stehst“).

Der stellvertretende schwäbische Bezirksvorsitzende Bürgermeister Werner Birkle (Buxheim) betonte, dass Hildegard Wanner von ihren 348 schwäbischen Kollegen einstimmig zur Bezirksvorsitzenden gewählt wurde. Sie zeichne sich aus u. a. durch Tüchtigkeit, Charme, Fleiß, Diskussi-

onsfreude und Einfühlsamkeit.

Zukunft gestalten

„Weiter zusammenhalten und Zukunft gestalten!“ Mit diesem Glückwunsch im Namen von Landrat Stefan Rößle und des Landkreises Donau-Ries erfreute Bürgermeister und stellvertretender Landrat Franz Oppel aus Kaisheim. Er sprach auch als Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages der Hildegard Wanner, die im Kreis Dillingen das gleiche Ehrenamt ausübt, das Lob aus „Du hast viel bewegt!“

Die nächsten Gratulanten waren 3. Bürgermeister Hans Mesch und die Fraktionsvorsitzenden und für den Personalrat Karlheinz Albrecht und Stefan Reichardt. In ihrem Dankeswort bekannte Hildegard Wanner, sie sei „überwältigt von der Fülle so vieler guter Wünsche“ und werde sich weiter mit Begeisterung für die Heimat einsetzen. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

E.ON Bayern unterstützt Schulweghelfer mit Sicherheitskleidung

In Bayern sorgen rund 31.000 ehrenamtliche Schülerlotsen, Schulweghelfer, Schulbusbegleiter und Schulbuslotsen für die Sicherheit der Schulkinder, die sich in wenigen Tagen wieder im Straßenverkehr bewegen werden. Die bayerischen Schulwegdienste werden neben den jeweils zuständigen Kommunen auch von der Landesverkehrswacht Bayern und dem Energieunternehmen E.ON Bayern mit moderner, leuchtend gelber Bekleidung ausgestattet. Zusammen mit Gerhard Eck, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, und Horst Schneider, Präsident der Landesverkehrswacht Bayern, präsentierte Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender von E.ON Bayern, zum Schuljahresauftakt die Sicherheitskleidung.

Seit 2004 ist E.ON Bayern Partner der Landesverkehrswacht Bayern und unterstützt viele Kommunen bei der Ausrüstung der Schulweghelfer. Daher erhalten viele Schulen und Gemeinden auch im kommenden Schuljahr 2011/12 durch das Energieunternehmen insgesamt 100 Pakete mit Sicherheitskleidung. Ein Sicherheitspaket besteht aus jeweils zwei wetterfesten Sicherheitsjacken, fünf Überwürfen und fünf reflektierenden Sicherheitskellen.

Innenstaatssekretär Eck: „Die ehrenamtlichen Schulweghelfer sorgen zusammen mit der Landesverkehrswacht, der Polizei und den Schulen für die Sicherheit unserer Schulkinder im Straßenverkehr. Seit mehr als 30 Jahren gab es keinen tödlichen Schulwegunfall auf den mit Schulweghelfern gesicherten Schulwegen. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten und Förderern herzlich bedanken. Gleichzeitig wird durch eine hochwertige Schutzkleidung auch die Sicherheit der Schulwegdienste im Straßenraum durch eine bessere Sichtbarkeit wesentlich erhöht.“

Die 140 bayerischen Verkehrs-

wachten engagieren sich stark für Schulweghelfer und Schülerlotsen, denn besonders sicher seien Schulwege dort, wo Schulwegdienste im Einsatz sind, unterstrich Horst Schneider. Es sei besonders erfreulich, dass seit acht Jahren E.ON Bayern die Landesverkehrswacht Bayern bei der Förderung der Schulwegdienste kräftig unterstützt. „Unser gemeinsamer Einsatz ist wichtig und sinnvoll, trägt er doch mit dazu bei, dass die Kinder sicher zur Schule und sicher nach Hause kommen.“

Zeichen setzen

Thomas Barth betonte, dass E.ON Bayern mit diesem Engagement auch ein Zeichen für die Verkehrswacht und die freiwilligen Helfer vor Ort setzen wolle. „Die vielen ehrenamtlichen Helfer leisten einen entscheidenden Beitrag für die Sicherheit unserer Kinder im Straßenverkehr. Ihr vorbildlicher täglicher Einsatz – auch bei Wind und Wetter – verdient unseren größten Respekt.“ Zudem unterstütze E.ON Bayern damit seit 2004 viele Kommunen in deren Funktion als Schulträger. □

Sechs Jahre Europäische Metropolregion Nürnberg:

Gemeinschaft statt Kirchturmpolitik

Gemeinsam mit seinen Stellvertretern Landrat Dr. Günter Denzler (Bamberg) und Bürgermeister Gerd Geismann (Sulzbach-Rosenberg) hat der Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, nach sechs Jahren eine positive Bilanz der gemeinsamen Arbeit gezogen. „Wir sind gewissermaßen anarchisch strukturiert. Als die Metropolregion Nürnberg vor sechs Jahren gegründet wurde, war es ein großes Abenteuer. Dieses Abenteuer hat viele Energien und viele gute Geister in unserer Region geweckt und so stark motiviert, dass sie sich mit ihren Kompetenzen und Kontakten eingebracht haben und bis heute einbringen.“

Das kompromisslose Setzen auf die regionalen Eigenkräfte und die dezentrale Steuerung werden als die wesentlichen Erfolgsfaktoren betrachtet. Bundes- und europaweit gelten die Organisationsstruktur und die Arbeitsweise der Metropolregion Nürnberg als beispielhaftes Modell für eine erfolgreiche Stadt-Land-Partnerschaft.

Markenname

Dass die Metropolregion als Markenname Wirkung zeigt, dafür gibt es laut Maly klare Anzeichen. So werbe Adidas bei seinen internationalen Stellenanzeigen für hochqualifizierte Mitarbeiter mit dem Satz: „Ihr Arbeitsplatz liegt in der Europäischen Metropolregion Nürnberg.“ Harald Leupold, fachlicher Sprecher des Forums Verkehr und Planung und Geschäftsführer der Hafen Nürnberg-Roth GmbH bestätigte die Einschätzung, dass die Metropolregion Nürnberg an Attraktivität gewonnen hat - auch für Investoren, die weit entfernt ihre Zentren haben. Er wies auf die laufenden millionenschweren Großinvestitionen im Hafen hin, die aus Paris und Holland kommen und deren Wertschöpfung der Region zugute kommt.

„In den vergangenen sechs Jahren hat sich gezeigt: Besonders wichtig für den Erfolg der Metropolregion Nürnberg ist das allgemein gut ausgeprägte Kooperationsniveau auf unterschiedlichen regionalen Ebenen. Diese Bereitschaft von Stadt und Land, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten, ist darauf zurückzuführen, dass alle Beteiligten einen konkreten eigenen Nutzen durch gemeinsame Projekte erkennen. Nur wer sich einbringt, profitiert von den Netzwerken und internationalen Verflechtungen der Metropolregion.“

Neue Küche für Montessori Kinderhaus Meitingen

Im Meitinger Schloss wird umgebaut. Dort entsteht im 3. Stock eine neue Montessori Kinderhaus-Gruppe. Für die Küche spendet erdgasschwaben 5.000 Euro. Das Montessori Kinderhaus Meitingen besteht seit 20 Jahren.

„Die Erweiterung des Kinderhauses für eine weitere Gruppe ist nur durch den unermüdeten Einsatz der Eltern möglich, die in vielen hundert Stunden in Eigenleistung notwendige Arbeiten erledigen“, so Birgit Bühring, Vorstand des Montessori Fördervereins Meitingen. „Die Finanzierung einer dringend benötigten Küchenzeile für die Kinder allerdings wäre ohne die großzügige Spende von erdgasschwaben nicht machbar gewesen. Wir danken erdgasschwaben sehr für ihr Engagement hier in Meitingen!“

Großzügige Spende

Martin Weiß, Vertriebsleiter Nord erdgasschwaben und Uwe Sommer, Leiter Kommunalkundenmanagement schwaben, hatten bei ihrem Besuch einen Scheck in Höhe von 5.000 Euro dabei. Große Freude, sowohl bei den Mitarbeitern

on“, zeigte sich der Bamberger Landrat Dr. Günter Denzler, 1. stellvertretender Ratsvorsitzender der Metropolregion, überzeugt.

Begeistert war auch Gerd Geismann, 2. stellvertretender Rats-



Dr. Ulrich Maly.

vorsitzender der Metropolregion und Bürgermeister der Stadt Sulzbach-Rosenberg, vom gemeinsamen Miteinander, das in der Metropolregion gepflegt wird und den Zusammenhalt des nordbayerischen Raumes deutlich gestärkt hat: „Seit Jahrhunderten ist Nordbayern wirtschaftlich, kulturell und landsmannschaftlich eng verbunden. Von Beginn an haben die Kommunen der Oberpfalz von der ‚Kooperation auf gleicher Augenhöhe‘ in der Metropolregion profitiert. Die Metropolregion Nürnberg ist eine bayerische Erfolgsgeschichte.“

Die Möglichkeit auch für kleinere Kommunen, sich bei Auftritten wie der Expo Real in München unter dem Dach der Metropolregion zu präsentieren, sei von unschätzbarem Wert. Gleiches gelte für die Teilnahme an MORO-Projekten oder EU-Projekten.

als auch bei den Kindern. „Bis zu 20 Kinder können in der neuen Gruppe aufgenommen werden“, freut sich Susanne Sirsch, Erzieherin, über die großzügige Spende. Die Umbauarbeiten gehen voran und seit September steht auch die neue Einbauküche. Mit fast allen Kindern wird dort jeden Mittwoch zusammen gekocht und gegessen. Hierzu gehört selbstverständlich auch, danach wieder aufzuräumen und zu putzen. Den Kindern soll damit die Konsequenz ihres Handelns verdeutlicht werden. „Nur wenn jemand vorbereitet und kocht, kann auch gegessen werden.“

Die Kinder freuten sich besonders über die erdgasschwaben Maskottchen erni, effi und eisi, die Martin Weiß und Uwe Sommer beim Fototermin verteilten. Die drei Maskottchen zeigen, wie der bewusste Umgang mit Energie kinderleicht gelingt. □

Zentrale Plattform

Rund 60 Projekte sind in den vergangenen sechs Jahren entwickelt und umgesetzt worden. Daran beteiligt sind viele Akteure aus der ganzen Metropolregion. Etwa 600 Personen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur engagieren sich nebenamtlich und freiwillig in den Netzwerken und Gremien der Metropolregion. Darunter sind Projekte wie die Ausweitung des VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg) und das Leitbild WaBe (nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung), das wirtschaftlich-technologische Kompetenzfelder ausweist. Dazu zählt zum Beispiel der Wissenschaftstag, der seit 2007 jährlich wechselnd an einer anderen Hochschule in der Metropolregion stattfindet.

Gastgeber der zentralen Präsentationsplattform der Metropolregion waren in diesem Jahr die drei westmittelfränkischen Hochschulen - die Hochschule Ansbach, die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und die Augustana Hochschule - zusammen mit der Stadt sowie dem Landkreis Ansbach und dem Bezirk Mittelfranken. Einen der Höhepunkte des 5. Wissenschaftstags der Europäischen Metropolregion Nürnberg in Ansbach stellte das sowohl faktenreiche wie launige Plädoyer des Astrophysikers Harald Lesch für die Energiewende dar.

Wissenschaftstag

Der aus dem ZDF-Wissenschaftsmagazin „Abenteuer Forschung“ bekannte Referent kritisierte die Unbeweglichkeit der großen Energiekonzerne, die es in den vergangenen zehn Jahren versäumt hätten, sich intensiver für die Erforschung erneuerbarer Energien einzusetzen. Genau hier sieht Lesch aber auch die Chance für kommunale Betriebe und Mittelstandsunternehmen, denn es sei wichtig, die Energie-Wertschöpfung auch lokal zu vollziehen. Die bevorstehende Energiewende betrachtet er als eine Art Revolution, die das ganze Land völlig verändern würde.

Eine hochkarätige Referentenmischung aus Wissenschaft und Wirtschaft beleuchtete unter dem Titel „Mensch - Natur - Technik: Für unsere Welt von morgen“ in vier parallel laufenden Fachpanels brisante und wichtige Themen der Zukunft. Das größte Interesse beim Publikum weckte dabei das Panel Energie und Umwelt. Knapp 350 Teilnehmer erfuhren unter der Moderation von Professor Dr. Andreas Rataka, Hochschule Ansbach, in vier Kurzreferaten Wissenswertes über erneuerbare Energien und intelligente Stromnetze.

Thema Internet

Staatsminister Dr. Marcel Huber wirkte als „Medienminister“ im Panel Medienwelten 2020 als Referent mit. Er nahm sich dem Thema Internet an, das er sowohl aus medienpolitischer wie auch aus medienpädagogischer Sicht erläuterte. Dabei beleuchtete er die politischen Anstrengungen in Bezug auf den flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum, damit die positiven Aspekte der modernen Medienwelt künftig überall in Bayern möglich sind. Weitere Panels beschäftigten sich mit den Themen Gesundheit - Technik - Ethik sowie Neue Materialien: Kunststoffe. **DK**



Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Sagen Sie mal, Sabrina, geht Ihnen die dauernde Duzei im Büro nicht auch auf die Nerven?“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich im Urlaub wohl mit dem Thema Büroetikette befasst.

Tatsächlich ist die Lage in deutschen Büros sehr unübersichtlich. Da gibt es die Firmen, die sich jung und dynamisch geben wollen und bei denen Duzen und beim Vorhaben nennen vom Chef bis zur Reinigungskraft Pflicht ist. Andere geben sich angelsächsisch-lässig und kombinieren den Vornamen mit der Anrede ‚Sie‘, einige wenige, auf strikte Seriosität bedachte Dienstleister, bestehen auf ‚Sie‘ und dem Titel zum Nachnamen, bei wieder anderen, wie in den meisten Verwaltungen, die keine festen Vorgaben machen, geht es kreuz und quer durcheinander mit Sie, Du, Vorname, Nachname.



kann man ja keine Tasse Kaffee trinken, ohne dass sich die Kellnerin mit Vornamen vorstellt. Im Hotel ist man ebenso Sabrina wie in Geschäften oder auf Behördengängen. Aber das reicht als Erklärung sicher nicht hin, denn in unseren deutschsprachigen Nachbarländern Österreich und der Schweiz ist das alltägliche Duzen noch erheblich weiter verbreitet als bei uns, und die sind sicher der amerikanischen Lebensart nicht näher als wir.

Ich denke eher, die Menschen wollen mit dem ‚Du‘ Brücken bauen, um die sich immer mehr vergrößende Distanz zu den Mitmenschen nicht so deutlich werden zu lassen. Wir sind doch tatsächlich von unseren Mitmenschen, unseren Nachbarn und Kollegen, heute eigentlich emotional weiter weg als noch die Generation der Eltern, in der sich gute Bekannte lange gesiezt haben, bis man durch den Übergang zum ‚Du‘ auch eine neue Qualität der Beziehung hin zur Freundschaft markierte.

Je mehr wir uns in uns selbst zurück ziehen, für uns selbst vor dem Computer oder dem Smartphone leben und arbeiten, wollen wir uns einbilden, eigentlich mit allen in unserer Umgebung - Kollegen, Nachbarn und zufälligen Begegnungen auf dem Rastplatz oder im Freibad - gut auszukommen und menschlich verbunden zu sein.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist kein Freund vom überreichen Duzen, vor allem nicht, wenn sich Leute vor aller Augen und Ohren leutselig geben und dabei schon die nächste Blutgrätsche gegen den anderen planen. Er hasst es auch, wenn Leuten gegen ihren Willen das ‚Du‘ aufgedrängt wird - vor allem von Vorgesetzten gegenüber Untergebenen, die das ‚Angebot‘ kaum zurückweisen können. Zwischen ihm und mir geht es allerdings halb traditionell, halb leger zu: Ich sieze ihn und sage ‚Herr Bürgermeister‘ oder ‚Chef‘, er siezt mich und nennt mich beim Vornamen. Ob sich das ‚Du‘ auch in unserem Büro mal durchsetzt? Frank Sinatra wusste jedenfalls auf dem heutigen Kalenderblatt: „Wenn sich ein Laster genügend verbreitet hat, wird eine Tugend daraus.“

Mit dem ‚Du‘ Brücken bauen

Jedenfalls ist die Anrede ‚Du‘ und Vorname kein Zeichen von besonderer herzlicher oder gar freundschaftlicher Verbundenheit mehr. Mein Vater hat früher beschwipste Zeitgenossen auf dem Volksfest, die ihn mit ‚Du‘ angeredet hatten, noch mit dem Satz abgekanzelt: ‚Wir haben noch keine Schweine zusammen gehütet.‘ Heute kann man sich weder auf Festen, noch in den Bergen oder am See vor den hartnäckigen Duzern retten, die eine gewisse Art von Kameradschaft aus der Begegnung bei der Freizeitgestaltung ableiten. Nachbarn duzen sich wie die Eltern der Kinder eines Kindergartens oder einer Schulklasse; in Parteien und Vereinen ist das ‚Sie‘ vom Aussterben bedroht. Und dann das Phänomen der ‚Gleichaltrigen‘: Jeder, der ungefähr mein Alter hat oder glaubt es zu haben, quatscht mich ohne Hemmungen mit Du an, dass es nur so eine Freude ist. Eine Unsitte, die längst auch die Alt-68er erreicht hat (wenn sie nicht sogar von ihnen ausging).

Woher kommt dieser intensive Wunsch, wildfremde Leute so anzuquatschen, als würde man sie schon ewig kennen? Eine Erklärung ist sicherlich der intensive Nachahmungstrieb, der uns alles, was jenseits des großen Teiches üblich ist, als Benchmark erscheinen lässt. In den USA

the Sabrina

40 Jahre Kreismusikschule Erding:

Musik schafft Gemeinschaft

Festakt mit Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber

Mit einem Festakt hat die Kreismusikschule Erding ihr 40-jähriges Jubiläum begangen. 1971 startete sie mit 150 Schülern und vier Musiklehrern. „Heute ist die Kreismusikschule Erding nicht nur eine der ältesten, sondern mit über 2.600 Schülern eine der größten und modernsten in Bayern“, hob der Leiter der Staatskanzlei Dr. Marcel Huber in seiner Festansprache hervor.

Huber gratulierte im Namen der Staatsregierung zu den auf vielfältige Weise erzielten regionalen und überregionalen Erfolgen. Seit 1987 würden regelmäßige musikalische Begegnungen mit der Stadt Bastia auf Korsika gepflegt. Auf zahlreichen Auslandsreisen zu internationalen Musikfestivals hätten die Schülerinnen und Schüler bayerische Klänge in alle Welt getragen. Nicht umsonst werde die Musik die „gemeinsame Sprache der Menschheit“ genannt. „Musik verbindet, Musik baut Brücken - über alle Länder- und Sprachgrenzen hinweg. Musik schafft Gemeinschaft“, so der Staatskanzleichef. Ob man Musik nur höre oder ob man - noch besser selber musiziert: „Musik weckt in jedem einzelnen von uns Fantasie, Kreativität und Freude.“

Huber zitierte den Philosophen Friedrich Nietzsche mit den Worten: „Ohne Musik wäre das Leben ein Irrtum.“ Ein Instrument zu spielen, täglich zu üben, trainiere die Konzentrationsfähigkeit und Präzision, das Durchhaltevermögen und die Selbstdisziplin. Das schaffe Selbstbewusstsein und verleihe Mut auch auf anderen Gebieten. An die Schüler gerichtet meinte der Minister: „Eure Freude am Musizieren macht die

heutige Veranstaltung erst zum richtigen Fest.“

Der frühere bayerische Kultusminister und Erdinger Landrat Hans Zehetmair erinnerte an die Anfänge der Musikschule: „Es war nicht einfach. Viele Hindernisse mussten überwunden werden, sogar innerhalb der CSU gab es Widerstände.“ Gründungsleiter der Kreismusikschule, die 1971 mit vier Lehrern und 159 Schülern startete, ist Reinhard Loechle. „Wir können stolz auf eine der besten Musikschulen in Bayern sein“, erklärte Zehetmair, der als Staatsminister 17 Jahre lang für Musikschulen in Bayern verantwortlich war und viele Jahre als Vorsitzender der Kreismusikschule fungierte. Über eine Sonderfinanzierung wurde Anfang der 90er Jahre der Neubau des Musikschulgebäudes in der Stadt Erding möglich. Der erste Spatenstich erfolgte 1993, der Umzug 1995.

Damit die Seele nicht verkümmert

Die Musikschule bilde „den Menschen in seiner Ganzheit“. Sie leiste einen entscheidenden Beitrag, „die Seele nicht verkümmern zu lassen“ und Sorge für ein herausragendes Gemeinschaftser-

lebnis. „Das alles wird hier wunderbar angeboten“, lobte Zehetmair. Altlandrat Xaver Bauer habe mit dem Neubau in den 1990er Jahren entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt.

Schon Platon habe gesagt, dass die Erziehung zur Musik von höchster Wichtigkeit sei, bemerkte der Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen, Landrat Martin Bayerstorfer. „40 Jahre Kreismusikschule ist ein Jubiläum, auf das wir stolz sein können. Hier wird vorbildliche musikpädagogische Arbeit geleistet. Längst ist erwiesen, wie sehr aktives Singen und Musizieren unsere Kinder und Jugendlichen fördert.“

Bayerstorfer, heute Vorsitzender der Kreismusikschule, erinnerte ebenso wie Zehetmair daran, dass die Anfangsjahre nicht einfach gewesen seien. 1972 erhielt die in Geldnot geratene Musikschule finanzielle Hilfe durch den Landkreis, da einige Gemeinden die Zuschussanträge ablehnten. 1994 fand die Gründungsversammlung des Vereins Kreismusikschule Erding statt, die Finanzierung wurde neu organisiert, zwei Drittel der Kosten übernimmt seitdem der Landkreis, ein Drittel zahlen die Gemeinden. Seit 1995 ist die Kreismusikschule in der Trägerschaft eines eigenständigen gemeinnützigen Vereins.

Um wohnortnahen Unterricht zu bieten, ist die Musikschule inzwischen in allen 26 Landkreisgemeinden präsent. **DK**



V. l.: Clemens Weilmayer (58), Obermeitingen, Landkreis Landsberg a. Lech, sein Nachbarkollege Georg Klaußner (62) aus Untermeitingen sowie Franz Xaver Meitingner (67) aus Mittelneufnach (beide Landkreis Augsburg).

100 Jahre Bürgermeister

Es kommt wohl nicht allzu oft vor, dass drei Bürgermeister, noch dazu von fast benachbarten Gemeinden, zusammen ihr 100-jähriges Amtsjubiläum feiern können. Am 1. Mai 1978 traten sie ihren Dienst als 1. Bürgermeister an, am 1. September haben sie jeweils 33 Jahre und 4 Monate, somit gemeinsam 100 Jahre „auf dem Buckel“.

Alle drei waren seinerzeit noch recht jung, als ihnen die Wählerinnen und Wähler am 5. März 1978 erstmals das Vertrauen aussprachen. Dass sie dann bei den fünf darauf folgenden Wahlen immer wieder in ihrem Amt bestätigt wurden, spricht wohl für sich.

Stolzer Rückblick

Alle drei haben die Entwicklung ihrer Gemeinden deutlich

vorangetrieben und die notwendigen öffentlichen bzw. privaten Infrastruktureinrichtungen geschaffen. Deshalb können sie mit ein wenig berechtigtem Stolz auf ihre fast dreieinhalb Jahrzehnte als Bürgermeister zurückblicken.

Übereinstimmend meinten sie, „auch wenn die Zeiten nicht immer ganz leicht waren, haben wir unseren Schritt nicht bereut und sind auch heute noch gerne Bürgermeister!“

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 29. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

Ein seltenes Jubiläum für OB Dieter Thalhammer:

50 Jahre im öffentlichen Dienst

Wenn Dieter Thalhammer zum 1. Mai 2012 aus seinem Amt als Oberbürgermeister ausscheidet, gehen damit 18 Jahre an der politischen Spitze der Stadt Freising zu Ende. Diese 18 Jahre setzen den Schlusspunkt hinter einen langen Berufsweg, der von einem sehr seltenen Jubiläum begleitet wird: Thalhammer war am 16. August 2011 seit 50 Jahren im öffentlichen Dienst. Das Dienstjubiläum wird in der nächsten Stadtratssitzung am 21. September 2011 gewürdigt.

Thalhammer ist am 16. August 1961 als Angestellter bei der Bayerischen Versicherungskammer ins Berufsleben eingetreten. Anschließend war er für die Verwaltungsstelle in Weihenstephan tätig und für das Rechnungswesen auf dem TU-Versuchsgut Grünswaige verantwortlich. Zum 16. April 1969 wechselte er als Leitender Angestellter zur Gemeinde Eching. In Eching war er bis zu seiner erstmaligen Wahl zum Freisinger Oberbürgermeister im Jahr 1994 Leiter der Abteilung für Allgemeine Planung, Verkehrs- und Umweltfragen, dem schließlich noch Bauverwaltung, technisches Bauamt und Amt für Liegenschaften eingegliedert wurden.

OB Thalhammer ist seit 1976 Mitglied des Freisinger Kreistages und war von 1978 bis zu seinem Amtsantritt als Oberbürgermeister Stadtrat, dabei zehn Jahre lang Referent für Wirtschaft und Finanzen und SPD-Fraktionsvorsitzender.

Zahlreiche Würdigungen

Thalhammer – Ehrensenator der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (2009) – ist u. a. Träger der Max-Schönleutner-Medaille der Fakultät für Landwirtschaft und Gartenbau der TU München (1997), der Korbiniansplakette in Würdigung der Verdienste um das kirchliche Leben in der Erzdiözese München und Freising (1999), des Bundesverdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (2003) und der Bayerischen Sparkassenmedaille in Gold (2005).

Neben seiner 50-jährigen Berufstätigkeit engagiert sich Dieter

Großes Engagement

Neben seiner 50-jährigen Berufstätigkeit engagiert sich Dieter



Dieter Thalhammer.

Thalhammer als gebürtiger Freisinger aus Überzeugung in zahlreichen Vereinen und Organisationen. Er ist unter anderem Gründungsmitglied und Vorsitzender des „Vereins der Freunde und Förderer des Diözesanmuseums“, des „Förderkreises Kardinal-Döpfner-Haus“ und des „Freundeskreises Weihenstephaner Gärten“ sowie amtierender Präsident des Lions-Club Freising.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern sowie eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Sparkassentag 2011 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

KPV der CSU im Nürnberger Land:

Cornelia Trinkl bleibt Kreisvorsitzende

Bei der turnusgemäßen Jahreshauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Feucht ist die Röthenbacher Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl einstimmig in ihrem Amt als Kreisvorsitzende bestätigt worden. Zu ihren Stellvertretern wurden der Simmelsdorfer Gemeinderat Roman Felber und der Herbrucker Stadtrat Peter Uschalt gewählt.

Die Kommunalpolitische Vereinigung ist das Netzwerk der CSU für alle Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte sowie Bürgermeister im Landkreis. Kurz vor der politischen „Sommerpause“ fand die turnusgemäße Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen in diesem Jahr im südlichsten Teil des Landkreises in Feucht statt. Der Erste Bürgermeister des Marktes Feucht sowie Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Konrad Rupprecht, freute sich über den Besuch der KPV in seiner Marktgemeinde und stellte diese in seinem Grußwort vor.

Jahresbericht

Anschließend trug KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl ihren Jahresbericht vor. Es fanden nicht nur zahlreiche Vorstandssitzungen statt, sondern auch viele andere Veranstaltungen, wie zwei Seminare, die in Verbindung mit der Hanns-Seidel-Stiftung organisiert wurden: „Familie hat Vorfahrt“ – Hintergrundinformationen über kommunale Familienpolitik – und „Herausforderungen für die Kommunen“, ein Seminar, bei dem es um die zukünftige Ausrichtung von Verwaltung und Kommunalpolitik ging. Über aktuelle politische Entwicklungen auf Bundesebene hatte die KPV eine Veranstaltung mit der heimischen Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler durchgeführt und MdL Kurt Eckstein ging in einer gut besuchten Veranstaltung auf die kommunale Sicht auf den bayerischen Doppelhaushalt ein.

Zu einer Diskussion mit sozialen Einrichtungen und den Wohlfahrtsverbänden konnte die KPV den Staatssekretär im Bayerischen Sozialministerium Markus Sackmann gewinnen, der sich für die Anliegen der Beteiligten und Einrichtungsbesichtigungen viel Zeit nahm. Zum Schluss ihres Berichtes bedankte sich Cornelia Trinkl bei der Kreisvorstandschaft, KPV-Ehrenkreuzmitglied Werner Kundörfer, den Mandatsträgern und den Mitarbeitern der CSU-Kreisgeschäftsstelle für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Zudem skizzierte die Kreisvorsitzende kurz die Planungen für das kommende Jahr, das wieder sehr arbeitsintensiv sein wird.

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE

Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Light & Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Bayerischer Sparkassentag 2011 in Landshut:

Nachhaltig erfolgreich. Sparkassen. Gut für Bayern.

Eindringlich hat der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner, davor gewarnt, das bewährte System von Sparkassen in kommunaler Trägerschaft zu gefährden. Zellner zufolge „würde dies diejenigen treffen, die in den schlechten Zeiten den Karren aus dem Dreck gezogen haben“. Sparkassen, so Zellner vor rund 500 Delegierten in der Sparkassenakademie Bayern, hätten in der Finanzkrise stabilisierend gewirkt und eine Kreditklemme verhindert.

Nun komme es darauf an, „den größten Finanzdienstleister in Bayern und Vertrauensgeber für Private, Handwerk und Mittelstand handlungsfähig zu erhalten und durch diese nationalen und internationalen Finanzmarktregulierungen zu bringen, ohne dass damit Angebotseinschränkungen für die Realwirtschaft verbunden sind“, forderte der Sparkassenchef.

Regeln müssen für alle gelten

Manchmal habe er den Eindruck, so Zellner, die Sparkassen müssten besonders viele Lasten tragen. Es beginne damit, dass sich zwar die Finanzwelt in Euro-

pa auf die neuen Regeln vorbereite, sich aber gleichzeitig andere diesen Regeln entzögen. Sollen wirksame Lehren aus der Finanzmarktkrise gezogen werden, so müssten sich alle gleichermaßen an das Basel III-Regelwerk halten: „Es darf nicht sein, dass sich wieder einige ausklinken, während sich die anderen durch die Regeln binden.“

Pauschalierungen vermeiden

Der Präsident erwartet von der Politik, dass man bei der Bankenregulierung weniger pauschal vorgeht und sich stattdessen mehr an der Risiko-Ausrichtung der einzelnen Kreditinstitute orien-

tiert: „Es muss stärker unterschieden werden zwischen stabilen Banken und solchen, die durch Größe und spekulatives Geschäftsgebaren ein Stabilitätsrisiko werden können.“

Der Mittelstand darf nicht die Zeche zahlen

Sparkassen müssten anpassen, dass am Ende nicht der Mittelstand die Zeche zahlt. Denn Zellner zufolge „...führen die neuen Richt-

linien der Bankenaufsicht dazu, dass künftig einlagenstarke Kreditinstitute daran gehindert werden, in gleicher Weise wie früher langfristige Kredite zu vergeben. Davon wären Sparkassen mit ihren hohen Anteilen langfristiger Kredite an gewerbliche Kunden, das Handwerk und Häuslebauer betroffen.“

Verbraucherschutz

Ein weiteres Thema des Sparkassentages in Lands-



Bürgermeister Josef Pellkofer, Stellvertretender Verbandspräsident, Finanzminister Georg Fahrenschon, Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Verbandspräsident und Sparkassenpräsident Theo Zellner (v. l.). □



Weit mehr als 500 Teilnehmer kamen zum diesjährigen Bayerischen Sparkassentag in die Sparkassenakademie nach Landshut. Es wurde festgelegt, dass man mit der wichtigsten Veranstaltung der S-Finanzgruppe zum jährlichen Turnus zurückkehrt. □



Fast 50 junge Mitarbeiter, die eine sparkasseninterne Aus- und Weiterbildung erfolgreich absolviert hatten, wurden anlässlich des Bayerischen Sparkassentags in Landshut von Präsident Theo Zellner (l.), Finanzminister Georg Fahrenschon (Mitte) und dem Vizepräsidenten des Sparkassenverbands Prof. Rudolf Faltermeier (r.) ausgezeichnet. □

hut befasste sich mit dem neu geregelten Verbraucherschutz. Mit den neuen Regeln muss nach Zellners Auffassung sichergestellt sein, dass mehr Schutz nicht durch eine erstickende Bürokratie

zufolge die EU-Kommission angeblich eine vertikale Fusion von BayernLB und den bayerischen Sparkassen vorgeschlagen habe. Dies sei niemals ein Thema gewesen. Unabhängig davon könne

desbankensektors liege in der Verkleinerung des Geschäftsvolumens verbunden mit einer Konzentration auf tragfähige Geschäftsfelder.

Fahrenschon warnt vor Überregulierung

Ebenso wie Theo Zellner warnte Finanzminister Georg Fahrenschon in seiner Festansprache vor einer unnötigen Überregulierung. Er erteilte den Versuchen, „unter dem Deckmantel des Wettbewerbs die Axt an das deutsche dreigliedrige System aus öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privaten Banken zu legen“, eine klare Absage: „Der ungebührlichen Dreischeinheiligkeit aus EU-Kommission, großen Privatbanken und einzelnen Wirtschaftsliberalen werden wir in die Suppe spucken und kräftig gegensteuern.“ Die Sparkassen seien in der Krise ein verlässlicher Partner für den Mittelstand und „Fels in der Brandung“ gewesen: „Sie haben wesentlichen Anteil daran, dass sich die Befürchtungen einer Kreditklemme nicht bewahrheitet haben.“

„Finger weg“ lautete Fahrenschons Antwort auf die Überlegungen des Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet, ein Europäisches Finanzministerium quasi als „bad bank“ einzurichten. Dieser Vorschlag sei vom Ansatz her schon problematisch, nehme er doch den

Druck von der Selbstverantwortung für eigene Schulden. Ein derartiges europäisches Finanzministerium wäre auch nicht der „erlösende Staatskommissar“, der Sünder wieder auf den rechten Weg bringe, vielmehr würden die Schulden vergemeinschaftet und „die Sünder sündigen befreit munter fort“, meinte der Minister.

Mut und Zivilcourage

„Mehr Mut und Zivilcourage in allen Bereichen unseres Lebens“, dafür machte sich der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Prof. Sigmund Gottlieb, in seinem Grundsatzreferat stark.

Seine Forderung: „Deutschland braucht eine neue Mutdiskussion. Mut und Zivilcourage müssen zur Handlungsmaxime von uns allen werden. Wir müssen diesen Mut wieder neu entdecken, weil die Wohlstandsgesellschaft der vergangenen Jahrzehnte wenigstens viele von uns zur Passivität erzogen und kaum mehr existenzielle Mutproben abverlangt hat.“

Große Beachtung fand die im Rahmen eines öffentlichen Sparkassentages erstmals vorgenommene zentrale Würdigung erfolgreicher Absolventen des Ausbildungszweiges sowie der sparkasseninternen Fort- und Weiterbildung. Fast 50 junge Leute aus allen Gebieten Bayerns wurden auf die Bühne gebeten und erhielten Anerkennungspräsentate. □

Ivo Holzinger neuer Präsident der Verbandsversammlung

Während der Verbandsversammlung des bayerischen Sparkassenverbandes in Landshut wurde turnusgemäß das Präsidium neu gewählt. Neuer Verbandspräsident wurde Dr. Ivo Holzinger, Oberbürgermeister der Stadt Memmingen.



Holzinger löst damit Landrat Hansjörg Christmann aus Dachau ab, der 16 Jahre als Verbandspräsident gewirkt und nun nicht mehr kandidiert hatte. Der Verbandspräsident leitet die Verbandsversammlung, die Zusammenkunft aller Träger und aller Vorstände der 72 bayerischen Sparkassen.

Neuer Stellvertreter des Verbandspräsidenten wurde Josef Pellkofer, Erster Bürgermeister der Stadt Dingolfing. □

erkauft wird. Es dürfe nicht sein, dass beratende Institute wie die Sparkassen mit neuen Regulierungen überzogen werden, während gleichzeitig diejenigen ungeschoren bleiben, die sich jeder geregelten Beratungspflicht entziehen.

Von vertikaler Fusion keine Rede

Mit Unverständnis nahm der Verbandschef Medienberichte zur Kenntnis, denen

eine Vertikalisierung von Landesbanken und Sparkassen schon deshalb kein geeigneter Weg sein, weil dadurch ein gesunder Teil des Bankensystems ohne Not aufgegeben werde. Die Vorteile der dezentral selbständigen Sparkasseneinheiten gingen verloren zu Lasten zentraler Entscheidungsstrukturen mit allen Nachteilen für die Region und die Unternehmen vor Ort. Die einzig sinnvolle Lösung zur Neugestaltung des deutschen Lan-

Theo Zellner:

Bewährtes Geschäftsmodell

„Die 72 bayerischen Sparkassen stehen gut da. Sie haben solide und stabile Ergebnisse für das vergangene Geschäftsjahr 2010 vorgelegt“, berichtete der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern Theo Zellner. Die Sparkassen im Freistaat hätten nicht nur wesentlich geholfen, die Finanzkrise zu überwinden, sondern begleitet jetzt den „XXL-Aufschwung“ der Wirtschaft.

„Wir erleben eine Konstellation, die es uns erlaubt, die Zukunft mit Mut, Selbstvertrauen und Tatkraft anzugehen. Die bayerischen Sparkassen unterstützen deshalb die gute Wirtschaftsentwicklung in der Region mit Vollkraft, bieten die ganze Palette an Finanzdienstleistungen für ihre Kunden und lassen die Gesellschaft kontinuierlich an ihren Erfolgen teilhaben“, so Zellner. In der Krise hätten sie ihr gesellschaftliches Engagement sogar noch weiter erhöht. So haben im Jahr 2010 die 103 Stiftungen der 72 bayerischen Sparkassen, der Sparkassenverband Bayern und die Bayerische Sparkassenstiftung insgesamt 74,3 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt.

Größtes Risiko: Staatsschuldenkrise

Als größtes Risiko für den deutschen Aufschwung bezeichnete Zellner die europäische Staatsschuldenkrise. Diese habe Einfluss auf die Zinspolitik der EZB und betreffe damit die Refinanzierung der Sparkassen. „Allerdings rechnen wir zunächst nicht damit, dass die Leitzinsentwicklung nach der kürzlichen Anhebung in der kommenden Zeit die Bedingungen für die Sparkassen besonders erschweren wird“, meinte der Präsident.

Neben den internationalen Finanzmarktregulierungen stehen für die bayerischen Sparkassen das Ergebnis des laufenden EU-Beihilfeverfahrens und die damit verbundene Restrukturierung

der BayernLB im Fokus. Zellner: „Dies wird sicher auch Auswirkungen auf die Sparkassen als Anteilseigner haben. Wir erwarten vom Staat ein Gesamtpaket - wenn man so will ein Bayernpaket.“

Sparkassen - Garant für Wirtschaftsaufschwung und Arbeitsplatzertahl

Der Freistaat habe in schwieriger Zeit durch sein Engagement die Sparkassen liquide gehalten. Diese hätten umgekehrt in den zurückliegenden zwei Jahren wie kein anderes Finanzinstitut den Wirtschaftsaufschwung, den Arbeitsplatzertahl und die Neugründung von Betrieben gewährleistet. „Wir begrüßen dabei, dass die Bank nach schwieriger Zeit operationell im Kerngeschäft gut unterwegs ist. Wir wollen auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit!“, meinte der Verbandschef.

Schutz für die Kunden

Alle Bemühungen um neue Finanzmarktregeln dienen Zellner zufolge nicht nur dem Finanzmarkt und der Volkswirtschaft, sie schützen letztlich die Bank- und Sparkassenkunden, „weshalb auch uns an ihrer konsequenten Umsetzung liegt“. Dass in Deutschland zusätzliche Regelungen zum Verbraucherschutz in der Anlageberatung verabschiedet werden, trage nun dem Bedürfnis nach mehr Transparenz und Qualität gerade in der individuellen Beratung Rechnung. „Dies ist richtig und wichtig“, unterstrich Zellner, der

chervertrauen in den Finanzsektor nachhaltig zu festigen. Nach Zellners Dafürhalten sollte das ganze Verfahren noch einmal auf den Prüfstand des Gesetzgebers.

Verbesserte Ertragslage

Vor dem Hintergrund der stabileren Konjunktur hat sich im vergangenen Jahr die Ertragslage der Sparkassen verbessert. Mit einem gesteigerten Betriebsergebnis und einem in der Folge verbesserten Jahresüberschuss stärken sie sich als eigenkapital-

allerdings darauf hinwies, „dass mit neuen Regeln auch sichergestellt sein muss, dass ein besserer Anlegerschutz nicht durch eine erstickende Bürokratie erkauft wird“.

Beratende Institute wie die



Sparkassenpräsident Theo Zellner. □

Sparkassen dürften nicht mit weiteren, strengen Regulierungen überzogen werden, während gleichzeitig diejenigen ungeschoren blieben, die sich bisher der Aufsicht der BaFin und den für Kreditinstitute geltenden Vorgaben entziehen. Konkret sprach der Präsident den grauen Kapitalmarkt an, insbesondere den Vertrieb durch freie Vermittler. Freie Finanzvermittler müssten ebenso wie Banken und Sparkassen unter die Aufsicht der BaFin gestellt werden – nicht nur, um gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen, sondern auch, um das Verbrau-

starke regional verankerte Kreditinstitute. Mit diesem Ergebnis sind die bayerischen Institute auch im bundesweiten Vergleich gut platziert. Unter den 40 besten deutschen Sparkassen finden sich viele bayerische Häuser.

Ansprechpartner vor Ort

„Darauf können wir stolz sein, denn es zeigt, dass die Sparkassen in Bayern ihr Geschäft im Griff haben“, bemerkte der Verbandschef und fuhr fort: „Die Sparkasse bleibt direkter Ansprechpartner vor Ort. Deshalb bleibt auch die Geschäftsstelle vor

Ort zukünftig der zentrale Bestandteil des Geschäftsmodells der Sparkassen. Die Berater bleiben in der Nähe der Kunden. Wir sind die Lebenslageberater auf allen Gebieten der finanziellen Daseinsfürsorge.“

Veränderte Bedürfnisse

Dabei werde das Finanzinstitut auch den veränderten Bedürfnissen einer Gesellschaft und Kundschaft gerecht, die physische Produkte genauso wie Dienstleistungen oft nicht mehr in realen Geschäften einkauft, sondern in viel stärkerem Maße in der virtuellen Welt des Internets zu Hause ist. Auch hier böten die Sparkassen moderne Vertriebswege an, Online und Mobile-Banking rundeten das dezentrale Geschäftsmodell der Sparkassen perfekt ab.

Fremdwort Kreditklemme

„Dieses Angebot kommt an“, stellte Zellner fest: So seien im erfolgreichen Jahr 2010 die Einlagen der Kunden bei den bayerischen Sparkassen erneut um 2,3 % gestiegen. Auch wurde im Vergleich zum Vorjahr das gesamte Kreditvolumen noch einmal um 4,3 % auf nun

über 102 Mrd. Euro gesteigert. „Eine Kreditklemme ist damit ein Fremdwort für Sparkassen.“

Bank des Mittelstands

Ihre Geschäftspolitik stoße auf breite Zustimmung, wie im vergangenen Jahr eine Befragung des Mittelstandes nach seinen Bankbeziehungen durch die Zeitschrift „impulse“ ergeben habe. Keine andere Institutsgruppe ist laut Zellner im deutschen Mittelstand so präsent wie die der Sparkassen. Die Entwicklung beim Neukredit für Unternehmen und Selbstständige setze sich auch in diesem Jahr fort. So hätten die bayerischen Sparkassen allein in den ersten drei Monaten 2011 die kurz-, mittel- und langfristigen Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige wieder um 2,1% erhöht.

Partner für Existenzgründer und Handwerker

„Vor allem bei Existenzgründungskrediten spielt die regionale und persönliche Nähe der Ansprechpartner in der Sparkasse eine große Rolle, weil hier der künftige Unternehmenserfolg am

schwierigsten einzuschätzen ist“, erklärte der Präsident. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 160 Mio. Euro Kredite an Existenzgründer ausgereicht. Mit ca. 1.500 abgeschlossenen Finanzierungen für neue Unternehmen haben die bayerischen Sparkassen damit wieder rund jede zweite Existenzgründung begleitet und sich so an der Schaffung bzw. Erhaltung von 4.500 Arbeitsplätzen beteiligt. Absoluter Marktführer sind die bayerischen Sparkassen auch im Bereich der Handwerkskredite. Rund zwei Drittel der Kredite in diesem Marktsegment kommen von Sparkassen.

S-Privatkredit

Dass für die bayerischen Sparkassen auch das Konsumentenkreditgeschäft ein strategisch zentrales Angebot für die Menschen in den Regionen bleibt, ist laut Zellner selbstverständlich. „Als neuen Baustein dieser Strategie sehen wir die gemeinsam mit der Deutschen Leasing entwickelte Plattform zur Auto- und Konsumentenfinanzierung.“ Seit dem 1. Juni 2011 sei nunmehr ein neuer Verbundpartner der Sparkassen mit dem Namen „S-Kreditpartner GmbH“ mit dem sog.

S-Privatkredit im Rennen. Mit diesem Angebot verbesserten die Sparkassen die Konsumentenfinanzierung fühlbar und könnten ein breiteres Klientel von kurz entschlossenen Kreditnehmern ansprechen und zufrieden stellen. „Hier haben wir eine echte Neuerung, die den Kunden am Point-of-Sale im Einzelhandel in seiner Kaufentscheidung unterstützt“, so der Sparkassenchef.

Nachhaltige Entwicklung der regionalen Wirtschaftsräume

„Weil die Sparkassen nicht kurzfristige Profitmaximierung auf internationalen Finanzmärkten, sondern die nachhaltige Entwicklung ihrer regionalen Wirtschaftsräume betreiben, schneiden sie auch beim Thema Vertrauen in Umfragen gut ab“, hob Zellner hervor und ergänzte: „Bei uns werden Entscheidungen vor Ort getroffen und nicht in der Anonymität weit entfernter Zentren, das heißt wir wissen, wem das Geld gehört, mit dem wir arbeiten und werden uns hüten, damit Geschäfte zu machen, die wir nicht überblicken.“

Sparkassen finanzieren erneuerbare Energien

Da der Trend zum Einsparen von Energiekosten auch weiterhin anhalten wird, ist es nach Zellners Einschätzung besonders erfreulich, dass die bayerischen Sparkassen absolut führend sind in der Finanzierung von erneuerbaren Energien wie Photovoltaik, Biogasanlagen und energetischen Haussanierungen. „Die Sparkassen sind also bei der Energiewende unmittelbar dabei.“

„All die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen sprechen eine klare Sprache“, bilanzierte der Sparkassenpräsident: „Unser Geschäftsmodell hat sich erneut bewährt. Wir wollen diese Verlässlichkeit in jeder Hinsicht erhalten.“ Das sei es, was hinter dem Motto des diesjährigen Sparkassentages stecke: „Nachhaltig erfolgreich. Sparkassen. Gut für Bayern.“



Ein Tagungsort mit allem Komfort: Die Niederbayern-Metropole Landshut. □

Georg Fahrenschoon:

Sparkassen sind Fels in der Brandung

„Ihnen ist in den letzten zwölf Monaten ein guter Neustart gelungen. Sie sind ein kompetenter, hochgeschätzter und verlässlicher Partner“, attestierte Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschoon dem bayerischen Sparkassenverband. Dieser sei ein kluger und überzeugender Sachwalter der Anliegen und Interessen der bayerischen Sparkassen. „Das ist nicht zuletzt auch das Verdienst Ihres neuen Präsidenten Theo Zellner. Ihm ist es gelungen, den Verband in ruhiges Fahrwasser zu lenken.“

Gerade in den vergangenen beiden Jahren haben sich laut Fahrenschoon die bayerischen Sparkassen als Fels in der Brandung bewährt. In schwierigen Zeiten hätten sie die Kreditlinien nicht herun-

wortlich, „dass Bayern besser und schneller, vor allem aber gestärkt aus der Krise gekommen ist“, konstatierte der Minister und verdeutlichte: „Wir haben bundesweit die niedrigste Arbeitslosen-



Finanzminister Georg Fahrenschoon. □

tergefahren: „Die bayerischen Sparkassen haben antizyklisch ihr Engagement ausgeweitet. Sie waren da, wo andere, wie Niederlassungen von Auslandsbanken, sich zurückzogen.“ Damit hätten die bayerischen Sparkassen durch die Stärkung des bayerischen Mittelstandes ihren ganz spezifischen Beitrag zum breiten und flächendeckenden Aufschwung im Freistaat geleistet.

Gestärkt aus der Krise

Die bayerischen Sparkassen seien deshalb mit verant-

zahl. Vor allem ist die Jugendarbeitslosigkeit niedrig. Unser Aufschwung hat insgesamt an Breite gewonnen und steht jetzt auf zwei Beinen: Export und Binnenkonjunktur.“

Kräftiger Aufschwung

Der kräftige Aufschwung in Deutschland und Bayern sei freilich kein Selbstläufer, „sondern eine echte Gemeinschaftsleistung von Wirtschaft, regionalen Kreditinstituten und Politik“, fuhr Fahrenschoon fort: „Maßnahmen wie zum Beispiel vorge-

zogene Investitionen, Kurzarbeit sowie die Senkung von Steuern und Abgaben halfen die Krise ohne große Schäden zu überstehen. Viele Betriebe konnten das Wertvollste, ihre Mitarbeiter und deren Know-how, halten und nach der Krise durchstarten.“

Warnung vor Domino-Effekten

Der Minister machte auch deutlich, dass die Wiedereinführung der Drachme kein Instrument ist, um die bestehenden Finanzprobleme Griechenlands zu lösen. Griechenland wieder eine nationale Währung zu geben, würde zur völligen Kapitalflucht und dem Zusammenbruch des Bankensystems führen. Was dabei entstehende Dominoeffekte in der globalen Finanzwelt anrichten können, wisse man seit der Lehman-Pleite.

Geldwertstabilität

Zur Frage der Geldwertstabilität und möglicher Inflationsgefahren meinte Fahrenschoon: „Ein Großteil des aktuellen Inflationsanstiegs ist nach Auffassung von Experten auf die Teuerung bei Rohstoffen zurückzuführen. Es kommt nun entscheidend darauf an, dass der Preisauftrieb bei Rohstoffpreisen nicht zu Zweitrundeeffekten führt und somit auf mittlere Sicht keinen breit angelegten nachhaltigen Inflationsdruck zur Folge hat.“ Sein Eindruck sei, dass EZB und Bundesbank die Gefahren klar und fest im Blick hätten. In der Vergangenheit habe erstere stets rechtzeitig auf derartige inflationäre Tendenzen reagiert. Mit ihrer ersten Leitzinserhöhung seit 2008 habe die EZB im April den Märkten und der Politik gezeigt, dass sie dies auch weiterhin tun wird.

Einlagensicherung auf gutem Weg

„Bei der Einlagensicherung hatte die EU-Kommission zu Anfang gefährliche Vorstellungen – Stichwort Höchstbeträge und Zerschlagung der bewährten Institutsicherung“, so Fahrenschoon. „Es las sich wie ein Feldzug gegen die Sparkassen in Deutschland.“ Nachdem er mehrfach auch persönlich mit Bundesfinanzminister Schäuble und den Abgeordneten im Europaparlament gesprochen habe, sei man nun auf einem guten Weg: „Bemessung sollen nur noch die ‚gesicherten Einlagen‘ sein und nicht das gesamte Geschäftsvolumen. Die Zielgröße ist dabei nicht mehr 1,5 %, sondern nur noch 1 %. Unsere Europaparlamentarier kämpfen zudem für 0,5 %. Das alles käme den Sparkassen sehr zugute.“

Basel II und III auch in den USA

Mit Blick auf Basel III stellte Fahrenschoon klar: „Wir müssen sämtliche Regulierungsvorhaben mit den Auswirkungen auf die Banken im Gesamtzusammenhang sehen. Wir dürfen uns nicht mit einem Blick auf das jeweilige Einzelvorhaben begnügen. Das gilt für Basel III genauso wie für die Einlagensicherung, Finanztransaktionssteuer oder Bankenabgabe.“

„Wir wollen den Erfolg von Basel III“, meinte der Minister, „doch müssen die USA erkennen, ohne gleichzeitiges Inkrafttreten von Basel II und III in den USA wird das nicht gehen. Ich will keine Wettbewerbsverzerrung zu unseren Lasten!“

Spielräume lassen

In Europa sei die EU-Kommission nun auf die Idee gekommen, zur Umsetzung eine unmittelbar geltende Verordnung vorzuschlagen. Fahrenschoon würde wie bisher eine Richtlinie bevorzugen, die Spielräume lässt. Entscheidend sei, Gestaltungsräume für die nationale Umsetzung zu schaffen. Solche Bandbreiten könne man



Großes Medieninteresse bei der Ankunft von Finanzminister Georg Fahrenschohn. □

auch in einer Verordnung eröffnen. „Daher sollten wir diese Spielräume abwarten. Für die Bandbreiten müssen wir jetzt gemeinsam kämpfen.“

BaFin-Aufsicht auch für den grauen Kapitalmarkt

Stichwort grauer Kapitalmarkt: Ob ein Verkauf in der Bank oder über der Straße bei einem anderen Vermittler stattfindet, dürfe regulatorisch keinen Unterschied machen, hob Fahrenschohn hervor. Auf das Geschäft und das Risiko für den Kunden müsse es ankommen. „Ich habe mich deshalb klar dafür eingesetzt, beides der BaFin-Aufsicht zu unterstellen. Die Finanzminister der Länder waren meiner Meinung. Zu meiner großen Überraschung hat der bayerische Wirtschaftsminister hier eine andere Auffassung vertreten. Er will das Gesetz soweit nicht ändern. Er hat sogar die Koalitionskarte gezogen. Bayern musste sich im Plenum des Bundesrates enthalten. Ich glaube, hier müssen wir noch weitere Überzeugungsarbeit leisten.“

Gier macht blind

Mit Sorge beobachtet Bayerns Finanzminister Tendenzen auf europäischer Ebene, die Aufnahme von langfristigen Krediten mit festem Zins zu erschweren. Auch sei es beklemmend, „wie ungeniert an der Wall Street und in der City of

London aktuell wieder agiert wird“.

Die Boni seien in Gesamtheit höher als vor der Krise, die risikoreichen Geschäfte blühten wieder, die Krise war gestern. „Dabei gilt: Geiz ist nicht geil. Und Gier macht blind. Und ich beobachte auch mit Sorge, dass der Reform-Elan der G 20 stark nachlässt. Nationale Egoisten feiern fröhliche Urständ.“

Verantwortung und Risiko nicht trennen

Fahrenschon zufolge „dürfen wir es aber nicht zulassen, dass ein zweites Mal im weltweiten Markt von Finanzdienstleistungen Risiko und Verantwortung getrennt werden. Ich sehe hier viel Ver-

antwortung für Politik und Sparkassenverband. Wir müssen auch in Zukunft gemeinsam für die gute Sache kämpfen!“

Bayerns Sparkassen sind für die Zukunft gut gerüstet

Laut dem griechischen Staatsmann Perikles „kommt es nicht darauf an die Zukunft zu kennen, sondern auf sie vorbereitet zu sein“.

Die bayerischen Sparkassen sind nach Minister Fahrenschons Auffassung bestens für die Zukunft gerüstet. „Das hat die Krise gezeigt. Das wird sich weiter erweisen. Dessen bin ich sicher.“ □

Oberbürgermeister Hans Rampf:

Guter Nachbar und aufgeschlossener Partner

Zum ersten Mal war die Bezirkshauptstadt Niederbayerns Tagungsort des Bayerischen Sparkassentages. Mit einer Arbeitslosenquote von lediglich 3 Prozent und der drittgrößten Kaufkraft in Bayern stehe die Stadt Landshut wirtschaftlich außerordentlich gut da, betonte Oberbürgermeister Hans Rampf. Weiche Standortfaktoren würden angeboten. Viele Topmanager fänden hier ihre Heimat. Eine wichtige Rolle spiele die Nähe zum Flughafen. Man habe wachsende Einkommensteuereinnahmen zu verzeichnen.

Wie das Stadtoberhaupt erläuterte, sei die Sparkassenorganisation gleich mit zwei bedeutenden Einrichtungen in Landshut vertreten: „Neben der zentralen Aus- und Weiterbildungsstätte der bayerischen Sparkassenorganisation - der Sparkassenakademie Bayern - natürlich mit der Sparkasse Landshut.“

Die Sparkasse Landshut sei eines der größten Häuser in Bayern, seit Jahrzehnten sehr erfolgreich, ein wichtiger Arbeitgeber und was die Kommunalpolitik sehr erfreue - ein guter Gewerbesteuerzahler. Mit einer Bilanzsumme von rund 3,1 Mrd. Euro stelle sie unter den Finanzdienstleistern das größte selbstständige Kreditinstitut in der Region. Über 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stünden mit Kompetenz und Engagement im Dienste des Kunden und würden dabei von modernster Banktechnik unterstützt.

„Wir erleben die Sparkasse darüber hin-

aus als aufgeschlossenen Partner in vielen Bereichen“, fuhr Rampf fort, „sei es als Sponsor in sozialen, kulturellen und sportlichen Belangen oder als vielfältiger Förderer der Jugend“. Durch ihr großes Filialnetz biete sie attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region und gebe dadurch Finanzdienstleistungen ein menschliches Gesicht.



Die regionale Präsenz verschaffe auch immer wieder der heimischen Wirtschaft Aufträge für Modernisierungen, Neubauten, Ausstattungen und vieles mehr. Das erfolgreiche und umfassende kreditwirtschaftliche Engagement sei „Teil des Erfolges unserer Region“. Die Sparkasse sei in Landshut mehr als eine Bank: „Sie ist ein guter Nachbar, den man nicht missen mag.“ □



Die Zentrale in der Warnigauer Straße in München

Friedrich Schubring-Giese:

Auf Wachstumskurs

Das Vertrauen in die Versicherer, ihre Leistungsversprechen erfüllen zu können, sei im Geschäftsjahr 2010 durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nicht beeinträchtigt worden. Ihr erfolgreiches Geschäftsmodell habe dazu geführt, dass die deutsche Versicherungswirtschaft ihre Stabilität behaupten konnte und die Nachfrage nach Versicherungsschutz weiterhin hoch blieb, stellte Friedrich Schubring-Giese, der Vorstandsvorsitzende der Versicherungskammer Bayern, fest.

Mit den Beitragseinnahmen im Geschäftsjahr 2010 überschritt der Konzern Versicherungskammer Bayern erstmals die 7-Milliarden-Euro-Grenze. Das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft stieg von 6,27 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 7,07 Mrd. Euro im Jahr 2010. Damit liegt das Wachstum mit 12,9 Prozent deutlich über dem Markt mit 4,8 Prozent. Maßgeblicher Treiber für das starke Wachstum ist das Einmalbeitragsgeschäft in der Lebensversicherung: Es stieg um 617,7 Mio. Euro auf 1,63 Mrd. Euro.

Kapitalmarktorientierte Verzinsung

Schubring-Giese: „Das Einmalbeitragsgeschäft steuern wir aktiv über eine kapitalmarktorientierte Verzinsung für die entsprechenden Laufzeiten. Stabilität, Liquidität und Sicherheit sind die entscheidenden Kriterien in einem nach wie vor schwierigen Umfeld.“ Auch ohne Berücksichtigung der Einmal-

beiträge in der Lebensversicherung wuchs der Konzern um 3,6 Prozent, während der Markt nur um 0,9 Prozent zulegen konnte.

Regionale Vertriebsaufstellung

Die Lebensversicherung erzielte ein Wachstum von 26,0 Prozent auf 3,11 (2,47) Mrd. Euro, die Krankenversicherung von 6,5 Prozent auf 2,05 (1,93) Mrd. Euro und die Schaden- und Unfallversicherung von 2,2 Prozent auf 1,92 (1,88) Mrd. Euro. Von den gebuchten Bruttobeiträgen entfielen auf die Krankenversicherung 29,0 Prozent, auf die Lebensversicherung 43,9 Prozent und auf die Schaden- und Unfallversicherung 27,1 Prozent. Wesentlich zum Beitragswachstum hat im vergangenen Jahr laut Schubring-Giese die starke regionale Vertriebsaufstellung beigetragen.

Der Kapitalanlagenbestand stieg von 2009 auf 2010 um 5,5 Prozent auf 37,22 (35,28) Mrd. Euro. Die Eigenkapi-

talrendite des Konzerns Versicherungskammer Bayern lag unter Berücksichtigung des hohen Sicherheitsniveaus im Jahr 2010 vor Steuern bei 9,4 Prozent.

Wechselnde Konjunkturperspektiven

Auf die aktuelle Situation an den Kapitalmärkten ein-



Friedrich Schubring-Giese.

gehend, verwies Schubring-Giese darauf, dass die Märkte versuchten, wechselnde Konjunkturperspektiven und steigende Staatsrisiken einzupreisen. „Hohe Liquidität sucht ‚sichere‘ Anlagen“, so der Vorstandsvorsitzende. Die Folge hiervon seien starke Schwankungen bei den

Zinsanlagen und steigende Kredit- beziehungsweise Spreadaufschläge sowie stagnierende Aktienkurse bei den Risikoanlagen.

Geringes Wirtschaftswachstum in den traditionellen Industrieländern

Als Ursachen für diese Entwicklung nannte Schubring-Giese das in der Regel geringe Wirtschaftswachstum in den traditionellen Industrieländern (Ausnahmen: Deutschland, Österreich etc.) sowie die (Schulden-)Krise in den europäischen Peripherieländern. Weiter wirken sich die expansive Fiskal- und Notenbankpolitik, insbesondere in den USA und Großbritannien, sowie die Anzeichen für eine Abschwächung des Wirtschaftsaufschwungs in den USA aus.

Starke Wettbewerbsposition

„Der Konzern Versicherungskammer Bayern hat sich in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gut behauptet“, konstatierte Schubring-Giese. Die Ratingagentur Standard & Poor's habe die VKB bereits zum fünften Mal in Folge mit „A“ (sehr gut) eingestuft. Mit ihrer Bewertung würdige die Ratingagentur die sehr starke Wettbewerbsposition, die sehr gute Kapitalausstattung und die solide Ertragskraft. „Das Rating zeigt uns erneut, dass wir sowohl auf der Kosten- wie auf der Ergebnisseite gut für die Zukunft gerüstet sind. Und es betont, dass der Konzern Versicherungskammer Bayern in einem wettbewerbsintensiven Umfeld insbesondere mit seiner soliden Kapitalbasis hervorragend aufgestellt ist.“

200. Geburtstag

Anfang Juni feierte die Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit ihren Kunden ihren 200. Geburtstag. An vier Aktionstagen hatten insgesamt über 240.000 Besucher freien Eintritt in Freilichtmuseen in Bayern und bei der Gartenschau in Kaiserslautern. □

Dr. Franz Wirnhier:

Bestmarken auf allen Kanälen

Die LBS Bayern hat im Jahr 2010 das beste Neugeschäft in ihrer mehr als 80-jährigen Unternehmensgeschichte erzielt. Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge wuchs gegenüber dem Vorjahr um 12,2 Prozent auf 228.353. Die Bausparsumme stieg um 14,8 Prozent auf 7,95 Mrd. Euro. „Die LBS Bayern hat damit erstmals auch nach Bausparsumme einen Marktanteil von 40 Prozent erreicht und ist mit Abstand die führende Bausparkasse im Freistaat“, sagte Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 wurde das sehr gute Neugeschäft aus den Monaten Januar bis Mai 2010 abermals deutlich ge-

zent auf 674,3 Mio. Euro. Bauspardarlehen wurden im vergangenen Jahr in geringerem Umfang abgerufen, da wegen des historisch niedri-



Um die Assoziationsmöglichkeiten seines Publikums zu fördern, schmückt Dr. Franz Wirnhier seine Reden mit passenden Accessoires. Das Buchskränzlein zur Erinnerung an die berühmte Landshuter Hochzeit von 1475 durfte beim Sparkassentag in der niederbayerischen Hauptstadt nicht fehlen. Seinerzeit heiratete Herzog Georg der Reiche die polnische Königstochter Hedwig und vereinte damit das christliche Abendland. Für Wirnhier symbolisiert das Kranzlein die Einheit in der S-Finanzgruppe. □

steigert. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Zahl der für die LBS Bayern vermittelten Bausparverträge um 18,6 Prozent auf 117.299, die Bausparsumme um 16,3 Prozent auf 3,96 Mrd. Euro. „Ein viel versprechender Auftakt“, wie Wirnhier erklärte.

Die Nachfrage nach Vor- und Zwischenfinanzierungen der LBS Bayern hat deutlich zugenommen. Die Zusagen stiegen 2010 um 27,5 Pro-

gen Zinsniveaus am Markt günstige Alternativen zu finden waren. Die Zusagen gingen um 5,0 Prozent auf 471,3 Mio. Euro zurück.

Finanzierungsnachfrage gewinnt an Dynamik

In den ersten fünf Monaten 2011 hat die Finanzierungsnachfrage noch an Dynamik gewonnen. Die Zusagen stiegen bei den Vor- und Zwi-

schensfinanzierungskrediten um 52,6 Prozent auf 285,2 Mio. Euro an.

Top-Ergebnisse

Solche Top-Ergebnisse lassen sich Wirnhier zufolge freilich nur mit der Vertriebskraft der bayerischen Sparkassen realisieren. 196.000 Bausparverträge mit 6,7 Mrd. Euro Bausparsumme im Jahr 2010 stellten einen weiteren Meilenstein dieser engen Verbundpartnerschaft dar.

Integrierte Marktbearbeitung

Gut kommt auch die integrierte Marktbearbeitung voran. Das Vermittlungsergebnis dieser innovativen Vertriebs-schiene ist 2010 um 45 Prozent auf 347 Mio. Euro angestiegen. Der LBS-Außendienst wiederum hat im vergangenen Geschäftsjahr Baufinanzierungen im Wert von 364 Mio. Euro an die bayerischen Sparkassen vermittelt.

Wie erwartet ging das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge 2010 gegenüber dem Vorjahr (75,1 Mio. Euro) zurück. Es lag jedoch mit 56,8 Mio. Euro über den Erwartungen. Dies liegt vor allem an Sondereffekten aus der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes. Der Jahresüberschuss sank um 4,2 Mio. Euro auf 40 Mio. Euro. Ein insgesamt noch respektables Betriebsergebnis, wie Wirnhier konstatierte.

Riester-Bausparen

„Etabliert, aber mit abnehmender Dynamik“ präsentiert sich indes das LBS-Riester-Bausparen. Zum 31. Mai 2011 hat die LBS Bayern 70.125 Vorsorgeverträge mit über 2,79 Mrd. Euro in ihrem Bestand, darunter 13.986 Riester-Baufinanzierungen in einer Höhe von über 760 Mio. Euro.

Ein sprunghaftes Wachstum ist im Jugendmarkt zu verzeichnen: Für die Altersgruppe der Unter-16-Jährigen wurde im vergangenen November unter dem Motto „Nase vorn“ ein Juniorbonus eingeführt, der je nach Bausparsumme bis zu 300 Euro

ausmacht. „Dieser Bonus kommt im Markt hervorragend an. Die Zahl der Abschlüsse in dieser Altersgruppe hat sich seither etwa versiebenfacht.“

Impulse durch die Energiewende

Neue Impulse durch die Energiewende werden laut Wirnhier dem Modernisierungsmarkt zuteil. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima habe zu einer Zäsur in der deutschen Energiepolitik geführt. Die Energiewende komme rasch und werde unumkehrbar sein. Energiesparen werde dabei eine zentrale Rolle spielen. Die größten Potenziale eröffne der Lebensbereich Wohnen: Ein Viertel des Energiebedarfs in Deutschland ist dem Verbrauch privater Haushalte für das Wohnen zuzurechnen. „LBS-Bausparen ist das etablierte Produkt für die finanzielle Vorbereitung und Realisierung von Modernisierungen. Sparkassen und LBS können durch ihre flächendeckende Präsenz in Bayern zum Motor der Energiewende im Wohnen werden“, erklärte Wirnhier.

Chancenpotenziale

Bei der Realisierung der vielfältigen Chancenpotenziale setze die LBS auf ihre flächendeckende Präsenz in Bayern und ihre umfangreichen Beratungsressourcen. Es sei mit einem kräftigen Rückenwind für Bausparen und Wohneigentum zu rechnen. Die LBS Bayern gehe beim Betriebsergebnis von einer Verbesserung gegenüber 2010 aus. Die mittelfristig gültige Zielmarke von 60 Mio. Euro könne 2011 wieder erreicht werden. Im Neugeschäft will die Landesbausparkasse in die bislang unerreichte Dimension von 8 Mrd. Euro Bausparsumme vorstoßen.

„Ob mit Blick auf junge Kunden oder den Megatrend Energiewende sind wir überzeugt: Für das Bausparen und die LBS Bayern sind die Aussichten nach vielen guten und sehr guten Jahren weiterhin ausgesprochen positiv“, so Wirnhier. □



Hansjörg Christmann, Siegmund Schiminski, Dr. Ivo Holzinger und Friedrich Schubring-Giese (v.l.).

Siegmund Schiminski:

Bärenstark im Verbund

„Wir haben ein sehr erfolgreiches Jahr 2010 in der bayerischen Organisation hinter uns“, stellte Sparkassen-Landesobmann Siegmund Schiminski fest. Den Bezirksobleuten und Verwaltungsratskollegen im Verband dankte er für die „optimierte Zusammenarbeit“: „So viel Kommunikation gab es in der Vergangenheit nicht.“ Zudem stelle die neue Verfassung des Sparkassenverbandes eine „immense Stärkung“ dar.

Schiminski zufolge kann die Sparkassenorganisation mit Bestergebnissen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, d. h. bemerkenswerten Einlagenzuwächsen und einem deutlich verbesserten Kreditgeschäft u. a. bei Mittelstand, Handwerk und Wohnungsbau aufwarten. Als große Themen in den DSGVO-Gremien im vergangenen Jahr nannte er die Nordostsee-Sparkasse, die DekaBank und die WestLB, „wobei letztere uns auch heuer noch beschäftigen wird“.

Strategien, Erfolge, ...

Der Erwerb aller Deka-Anteile sei ein wichtiger strategischer Schritt für alle Sparkassen in Deutschland gewesen und stelle einen sehr großen Erfolg für die gesamte Sparkassengruppe dar. Auch die Landesbanken profitierten von diesem Schritt, da mit ihm eine erhebliche Eigenkapitalentlastung für die Institute verbunden sei.

... Herausforderungen

Die Bewertung von BayernLB und Landesbank Berlin, aber auch interne Optimierungen wie die zahl-

reichen Releases bei der FI, dem IT-Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe, bezeichnete der Landesobmann als weitere Herausforderungen des Jahres 2010. Mit regulatorischen Einflussnahmen hätten es die Sparkassen bei den Themen Basel III, Bankenabgabe, Einlagensicherung, Verbraucherschutz und Beraterprotokolle zu tun gehabt.

Garant für den Aufschwung

Garant für den Aufschwung in Deutschland nach der Finanzkrise sind Schiminski zufolge die Sparkassenvertreter. Daran könne auch die „gelbe Bank“ mit ihren hehren Versprechungen nichts ändern. Hautnah spüre man freilich täglich die Genossenschaftsbanken: „Sie sind unser größter Wettbewerber.“

In diesem Zusammenhang vertrat der Sparkassen-Obmann die Auffassung, „dass wir häufig nicht den Angreifer von außen zu fürchten haben, sondern uns manchmal vor uns selbst fürchten müssen. Und dabei sind wir im Verbund so stark wie keine andere Institution auf der Welt!“ Gerade diese Stärke des Verbundes sei verantwortlich für die hohe

Flexibilität der Sparkassen.

Kundenorientierung

Umfassende und aktive Kundenorientierung garantiert ebenso einen strategischen Wettbewerbsvorteil. Zufriedene Kunden würden nicht geboren, sondern ge-



Siegmund Schiminski.

macht, „der Kunde steht im Mittelpunkt, vom Kunden leben wir.“ Es gehe um die Förderung der Wirtschaft und Gesellschaft vor Ort. Letztlich, so Schiminski, „ist das Dienen Aufgabe und Prinzip für alle!“

„Zukunft heißt für mich auch Strategie“, meinte der Landesobmann. Strategie sei letztlich „die Kunst und die Wissenschaft, alle Kräfte eines Unternehmens so zu entwickeln und einzusetzen, dass ein möglichst profitables, langfristiges Überleben gesichert wird“. Erfolgrei-

chen Sparkassen auf der Spur zu sein, bedeute nicht nur Renditen zu zahlen. Letztlich gehe es auch um Marktdurchdringung und Marktanteile – „und zwar dort, wo wir verankert sind“.

Veränderungen im gesamten Finanzwesen

„Wir stehen vor gravierenden Veränderungen im gesamten Finanzwesen“, betonte Schiminski. „Den Wandel in der Zukunft zu begleiten, aus der kleinen regionalen Sparkasse hinein in die Internetwelt, ist für uns eine Primäraufgabe.“

Kostenmanagement zu betreiben stehe ohne Frage im Vordergrund. Sparen heißt, sinnvoll Geld ausgeben! Klar sei aber auch, „dass wir Verantwortung für unsere Mitarbeiter haben“. Dahinter steckten „Menschen und Familien und nicht nur eine Personalnummer und ein Durchschnittsjahresgehalt“.

Zukunftsthemen

Als herausragende Themen der Zukunft nannte Schiminski Europa und die BayernLB. Sein Appell: „Wir müssen zusammenhalten - nur dann kann die Sparkassenorganisation bestehen. Wichtig ist es, in Demut unsere Arbeit anzugehen.“

In diesem Zusammenhang zitierte der Obmann die Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach: „Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft“ und ergänzte: „Für uns bedeutet dies den Glauben an die Kraft der Sparkassenorganisation Bayern.“



Hansjörg Christmann:

Spannende und lehrreiche Jahre

Der Erste ehrenamtliche Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes Bayern bedankte sich in seiner Abschiedsrede bei Sparkassenpräsident Zellner dafür, dass dieser den Sparkassentag nach einem Jahr Pause wieder in dieser traditionellen Form habe aufleben lassen. „Das tut den Sparkassen gut.“ An die Adresse von Finanzminister Fahrenschon gerichtet, meinte Christmann, in seiner Rede sei dankenswerterweise zum Ausdruck gekommen, dass „Partnerschaft kein leeres Wort“ ist. Zudem nehme man das „Gefühl einer schützenden Hand“ mit auf den Weg.

Der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens Prof. Gottlieb wiederum habe „im wahrsten Wortsinne versucht, uns Mut zu machen“. „Im Alltagsgeschäft in unseren Sparkassen und Kommunen dürfen wir nicht verlernen, über den Tellerrand hinauszuschauen“, meinte der mit 35 Amtsjahren dienstälteste Landkreischef in Bayern. Es sei auch wichtig zu wissen, „dass es Aufgaben gibt, die wir keinesfalls vernachlässigen dürfen“.

Dank für das Vertrauen

Christmann, der 16 Jahre als Sparkassen-Verbandspräsident gewirkt und nun nicht mehr kandidiert hatte, dankte herzlich für das in ihn gesetzte Vertrauen: „Es waren span-

nende und für mich persönlich sehr gute Jahre. Ich habe viel gelernt und freue mich, dass ich noch drei Jahre Landrat und drei Jahre Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Dachau sein darf. Das heißt, ich bleibe Ihnen verbunden.“ Mit dem Appell „Sparkassen sind gnadenlos dezentral; bleiben Sie gnadenlos dezentral!“ verband Christmann eine Einladung zum nächsten Bayerischen Sparkassentag in Amberg am 26. und 27. Juni 2012.

Sparkassenpräsident Theo Zellner sprach Christmann ausdrücklich seine Hochachtung für dessen erfolgreiche Führungsarbeit an der Spitze der Verbandsversammlung des bayerischen Sparkassenverbandes aus. Es gebe keine

BayernLB Halbjahresbericht 2011:

Stabiler Ergebnistrend

Die BayernLB setzte im ersten Halbjahr 2011 den stabilen Ergebnistrend in ihrem Kundengeschäft fort. Insgesamt erwirtschaftete die Bank in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 244 Mio. Euro und lag damit im Rahmen ihrer Planungen. Auf das zweite Quartal entfiel ein Ergebnisbeitrag von 95 Mio. Euro (Vj.: 56 Mio. Euro), womit die BayernLB auch das sechste Quartal nach der Abgabe der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) einen Vorsteuergewinn ausweist.

Das Halbjahresergebnis resultierte erneut ausschließlich aus den Kernaktivitäten der BayernLB: dem Geschäft mit Firmen-, Immobilien- und Privatkunden sowie den Sparkassen und der Öffentlichen Hand.

Abbau von Nicht-Kernaktivitäten

Positiv entwickelten sich im ersten Halbjahr 2011 Zins- und Provisionsergebnis, die nahezu Vorjahresniveau erreichten. Empfindlich belastet wurde das Halbjahresergebnis durch Bankenabgaben in Ungarn und Deutschland.

Seit Ende 2010 hat die BayernLB vorsorglich eine strategische Liquiditätsreserve aufgebaut um für krisenhafte Zuspitzungen im Interbankenmarkt gewappnet zu sein.

Im zweiten Quartal nahm das Zentralinstitut der S-Finanzgruppe Wertkorrekturen in Höhe von 79 Mio. Euro auf die noch von der Banque LB Lux und der DKB gehaltenen griechischen Staatsanleihen vor.

Die weit fortgeschrittene Neuausrichtung und Fokussierung auf das Kerngeschäft trieb die BayernLB im ersten

Auszeichnung, die Christmann nicht schon längst erhalten habe. In Anlehnung an Michael Endes ebenso spannende wie lehrreiche Zeitreisen bekam Hansjörg Christmann einen Reisegutschein überreicht. Seinen Kollegen verabschiedete Theo Zellner mit dem gut gemeinten Rat: „Klug ist der Reisende, der sein Herz zu Hause lässt.“ □

Halbjahr weiter voran. Durch die Abgabe der Deka-Bank-Anteile im zweiten Quartal straffte die Bank erneut ihr Beteiligungsportfolio.

Beim Abbau der Nicht-Kerngeschäftsaktivitäten erzielte die Bank in der ersten Jahreshälfte große Fortschritte und liegt über Plan: Das Nominalvolumen der in der internen „Restructuring Unit“ (RU) gebündelten Kredit- und Wertpapierportfolios schmolz insbesondere durch aktives Management und Fälligkeiten um 8,7 Mrd. Euro auf 31,0 Mrd. Euro ab.

Verringerte Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der BayernLB zum 30. Juni 2011 verringerte sich durch den gezielten Geschäftsabbau im Vergleich zum Jahresresultimo 2010 um weitere 6,0 Prozent auf 297,4 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich nahm die Bilanzsumme um über 43 Mrd. Euro oder 13 Prozent ab. Damit sank die Bilanzsumme erstmals seit dem Jahr 2000 auf einen Wert von unter 300 Mrd. Die Risikopositionen verringerten sich um 8,4 Mrd. Euro auf 115,5 Mrd. Euro. Die Kernkapitalquote des Konzerns verbesserte sich zur Jahresmitte um weitere 0,7 Prozentpunkte auf 11,9 Prozent gegenüber dem 31. Dezember 2010.

Qualität und Robustheit ihrer Kapitalbasis konnte die BayernLB im Stresstest unter Beweis stellen. Die Bank kam dabei auf eine gute Kernkapitalquote von 7,1 Prozent. Die vollständige Erfüllung der Anforderungen von Basel III ist für das Jahr 2015 avisiert. □



Ein kleines Präsent überreichte der Präsident der Verbandsversammlung, Dr. Ivo Holzinger, an Sigmund Gottlieb für dessen mutige Rede zum Thema Zivilcourage. □

Prof. Sigmund Gottlieb:

Mut – Zivilcourage kann man lernen

„Als entscheidende Faktoren der Zukunft müssen Mut und Zivilcourage - privat wie beruflich – zur Handlungsmaxime von uns allen werden“, lautete die Botschaft des Chefredakteurs des Bayerischen Fernsehens, Prof. Sigmund Gottlieb. Freilich, so räumte er ein, erschwere die globalisierte Welt mit ihren massiv dramatischen Herausforderungen den Entscheidern in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft immer mehr, das Richtige zum rechten Zeitpunkt zu tun.

Die Gefahr, aufgrund von Entscheidungen zu scheitern, stelle für die Eliten ein heutzutage merklich höheres Risiko als früher dar, erläuterte Gottlieb. Aktuelle Beispiele wie Eurokrise, Finanzkrise, EHEC oder Atomausstieg demonstrierten dies auf dramatische Weise. Das Thema Mut und Zivilcourage sei deshalb von „existenzieller Bedeutung“.

Chancen beherzt ergreifen

„Die junge Generation braucht die Eigenschaften Mut und Zivilcourage mehr denn je“, so der Chefredakteur. „Dabei handelt es sich um ein viel zentraleres Thema für unsere Kinder und Enkel, als es zu unserer Zeit der Fall war“. Benötigt würden Eigenschaften, um beherzt die Chancen einer sich revolutionär verändernden Welt zu ergreifen und gleichzeitig den schwer einschätz-

baren Risiken in diesem Bereich zu trotzen.

In der Wohlstandsgesellschaft zur Passivität erzogen ...

„Wir müssen den Mut wieder neu entdecken“, betonte Gottlieb, „weil uns die Wohlstandsgesellschaft – zumindest die meisten von uns - in den vergangenen Jahrzehnten zur Passivität erzogen und uns kaum mehr existenzielle Mutproben abverlangt hat. Die Situation heute sei vollkommen anders als jene in den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit.“

... und zur Wegschaugesellschaft degeneriert

„Wir brauchen mehr Mut und Zivilcourage, wenn es darum geht, den Mitmenschen zu helfen und sich für sie einzusetzen“, lautete der Appell des BR-Mannes.

„Sind wir nicht zu einer Wegschaugesellschaft degeneriert - uninteressiert, nachlässig, feige, tatenlos, verantwortungslos?“, fragte Gottlieb und ergänzte: „Und sind



Prof. Sigmund Gottlieb. □

wir nicht häufig eine Gesellschaft von Gaffern?“ - siehe Schaulustige an der Autobahn.

„Deutschland – das waren in der Vergangenheit Millionen kleiner und großer Flüchtlinge aus der Verantwortung“ machte der BR-Chefredakteur deutlich. Dominik Brunner, der Kindern helfen wollte und sich schützend

vor sie gestellt habe, stelle hier eine rühmliche Ausnahme dar.

Sicherheiten aufgeben, Annehmlichkeiten opfern

Eine einheitliche Definition dessen anzubieten, was Mut und Zivilcourage sind, sei kein leichtes Unterfangen, stellte Gottlieb fest. Der Schweizer Psychologe Andreas Dick formuliere es wie folgt: „Für mich zeichnet sich ein Mensch mit Mut dadurch aus, wenn er eine Gefahr, ein Risiko oder eine Widerwärtigkeit auf sich nimmt, wenn er eine Sicherheit aufgibt oder wenn er eine Annehmlichkeit opfert.“

Ein solches Verhalten könne freilich unangenehme, gefährliche und schädliche Folgen haben. Es könne mit sozialer Ächtung oder mit emotionalen Entbehrungen verbunden sein. Mut könne aber auch „eine mit Klugheit und Besonnenheit gewonnene Erkenntnis darüber sein, was in einem bestimmten Moment richtig oder falsch ist, entschieden auszusprechen oder umzusetzen“. Mut sei also die Bereitschaft,

angesichts zu erwartender Nachteile etwas zu tun, was man für richtig hält.

Sag nicht ja, wenn Du nein sagen willst

In dem Bestseller „Sag nicht ja, wenn Du nein sagen willst“ von Dr. Herbert Fens-terheim und Jean Baer werde aufgezeigt, wie man sich im

privaten wie beruflichen Umfeld durchsetzen und seine eigenen Standpunkte vertreten kann, so Gottlieb.

Ergebnis: „Auch wer nicht immer ja sagt, kann beliebt sein und sich dabei vor allem wohl fühlen.“ Ein verschwommenes „Jein“ dürfe nicht zugelassen werden. Eine Entscheidung bedürfe einer schlüssigen Erklärung. Dies gelte für Kinder und Jugendliche ebenso wie für Eltern, Lehrer usw. „Vertrauen und Risiko sind stets zwei Seiten einer Medaille“, machte Gottlieb deutlich.

Mutmenschen

„Mutmenschen“ sind nach Überzeugung des BR-Chefredakteurs neben Dominik Brunner auf politischem Terrain zum Beispiel Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder. So sei der ehemalige Bundeskanzler Schmidt beispielsweise bei der Schleyer-Entführung und dem Nato-Doppelbeschluss seiner Überzeugung und sich selbst treu geblieben.

Ebenso Ex-Kanzler Kohl: Dieser forcierte den Vereinigungsprozess Deutsch-

lands und machte ihn unumkehrbar. Sein Nachfolger Gerhard Schröder wiederum habe mit der von ihm ins Leben gerufenen Agenda 2010 das soziale System zumindest ansatzweise reformiert, was letztlich zum Aufschwung der Linkspartei und zum Machtverlust führte.

Wuchernder Sozialstaat

Gottlieb zufolge unterscheiden sich diese Politiker damit deutlich vom „Schlingerkurs der heutigen Politiker in einem wuchernden Sozialstaat“, der sich in der Gesamtschau als eher deprimierend darstelle.

Lichtblicke statt düsterer Prognosen

„Auch Sprache hat etwas mit Haltung zu tun“, hob Gottlieb abschließend hervor. Medienmut sei gleichzusetzen mit der Verbreitung positiver Nachrichten, was jedoch für Medienmanager und -konsumenten offenbar nicht interessant ist, meinte der Chefredakteur und stellte die Frage: „Sind wirklich only bad news good news?“

Mut

*Was keiner wagt, das sollt ihr wagen
was keiner sagt, das sagt heraus
was keiner denkt, das wagt zu denken
was keiner anfängt, das führt aus.*

*Wenn keiner ja sagt, sollt ihr's sagen
wenn keiner nein sagt, sagt doch nein
wenn alle zweifeln, wagt zu glauben
wenn alle mittun, steht allein.*

*Wo alle loben, habt Bedenken
wo alle spotten, spottet nicht
wo alle geizen, wagt zu schenken
wo alles dunkel ist, macht Licht.*

Zenetti

Tatsache sei: „Wir degenerieren um die vier Begriffe Kriege, Krisen, Katastrophen und Konflikte“, obgleich doch ein wachsendes Interesse an Friedensschluss und Harmonie bestehe. Deshalb Gottliebs Appell: „Wir brauchen Lichtblicke statt düsterer Prognosen und Mutmacher statt Miesmacher!“ □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung
Redaktion: Doris Kirchner
Bildnachweis: Sparkassenverband Bayern
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Fax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
www.sparkassenverband-bayern.de
Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg



Freude über den gelungenen Bayerischen Sparkassentag 2011 in der Landshuter Sparkassenakademie (v. l.): Sparkassen-Landesobmann Siegmund Schiminski, Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Verbandspräsident, sein Vorgänger in diesem Amt Landrat Hansjörg Christmann, Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbands sowie der neue Stellvertreter des Verbandspräsidenten Josef Pellkofer, Erster Bürgermeister der Stadt Dingolfing. □

LKC KOMMUNALFORUM 2011

in Kooperation mit der
Landesgruppe Bayern im VKU e.V.

mit Innenminister Joachim Herrmann u.a.



Mittwoch, 12. Oktober 2011 | Bürgerhaus Pullach

Kommunalwirtschaft:
EU-Beihilferecht
und
Besteuerung der öffentlichen Hand



Veranstalter

LKC Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Prinzregentenstraße 22 | 80538 München
Tel. 089 2324169-10 | Fax 089 2324169-20 | www.lkc.de
www.lkc.de/kommunalforum

in Kooperation mit dem

**Verband kommunaler Unternehmen e.V.,
Landesgruppe Bayern**

Ansprechpartner | Organisation

Dr. Stefan Detig | LKC
Teresa Dickhöver | LKC
Telefon Tagungsbüro **089 546701-44**

Anmeldung

per Fax **089 546701-40** oder E-Mail an
teresa.dickhoever@lkc.de
Letzter Anmeldetermin ist der 28.09.2011

Teilnahmegebühr (pro Person)

70 € zzgl. USt *für Mitglieder des VKU*
80 € zzgl. USt *für Vertreter von Kommunen*
160 € zzgl. USt *für Privatpersonen und Vertreter sonstiger
Unternehmen*

Der Preis schließt Tagungsunterlagen, einen Mittagsimbiss
und Erfrischungsgetränke ein.

Die Anmeldung ist verbindlich. Im Falle einer Stornierung kann
die Gebühr nicht erstattet werden.

Anfahrtsplan (Pkw | S-Bahn S7)

unter www.buergerhaus-pullach.de

Behörde | Kanzlei | Firma _____

Name | Vorname _____

Verbandsmitglied

nein
 ja, beim VKU

Position | Funktion _____

Mitgliedsnummer _____

Adresse _____

Telefon _____

Fax _____

E-Mail _____

Datum _____

Unterschrift _____

Anmeldung LKC KommunalForum 2011

Mittwoch, 12.10.2011 | Bürgerhaus Pullach

per Fax **089 546701-40**
(Frau Dickhöver)



Mittwoch, 12.10.2011

Bürgerhaus Pullach

Heilmannstr. 2 | 82049 Pullach
www.buergerhaus-pullach.de

Die Kanzleigruppe LKC und die Landesgruppe Bayern im Verband kommunaler Unternehmen laden Sie sehr herzlich zum **LKC KommunalForum 2011** ein.

Das **EU-Beihilferecht** stellt die Kommunen und ihre Unternehmen zunehmend vor größere Herausforderungen und Haftungsrisiken. Die neuere Rechtsprechung und die Entscheidungen der EU-Kommission werden ebenso ein Schwerpunkt der Vorträge sein, wie die Gestaltungsmöglichkeiten in der täglichen Praxis.

Ergänzend ist die **Besteuerung der öffentlichen Hand** auch dieses Jahr ein weiteres Kernthema des LKC KommunalForums. Aktuelle Probleme und deren Lösungsansätze werden verständlich vorgetragen und mit den Teilnehmern diskutiert.

Ihr Nutzen:

- Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen des EU-Beihilferechts und der Besteuerung der öffentlichen Hand
- Hochkarätige Referenten aus Ministerien, Beratung und VKU
- Kompakte Wissensvermittlung aus unterschiedlichen Perspektiven an nur einem Tag
- Tagungsordner als Arbeitshilfe und Nachschlagewerk
- Lockere Atmosphäre

Das jährlich veranstaltete LKC KommunalForum richtet sich an (Ober-) Bürgermeister, Kämmerer sowie Geschäftsführer und Vorstände kommunaler Unternehmen.

Programm

9.30 **Check-In der Teilnehmer**

10.00 **Begrüßung**

Dr. Franz-Stephan v. Gronau | Dipl.-Kfm., Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

Kurz-Referate

Moderation: Dr. Stefan Detig, M.B.A. | Rechtsanwalt, Altbürgermeister, Partner, LKC

1. EU-Beihilferecht

einschließlich fachlicher Diskussion

mit **Joachim Herrmann | Bayerischer Staatsminister des Innern**

Einführung in das EU-Beihilferecht - Zuschüsse und Bürgschaften für Unternehmen und Vereine

Dr. Stefan Detig, M.B.A. | Rechtsanwalt, Partner, LKC

Praxisrelevante Einzelaspekte des EU-Beihilferechts

Claudia Vilgertshofer | Oberregierungsrätin, Bayerisches Staatsministerium des Innern

Reform des Monti-Pakets nach den ersten Äußerungen der EU-Kommission

Dr. Klaus-Hannes Schäch | Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Umsatzsteuerpflicht von Zuschüssen und Verlustausgleichszahlungen

Andrea Nast-Kolb | Steuerberaterin, Partnerin, LKC

EU-Beihilferecht in der Jahresabschlussprüfung IDW PS 700 v. 23.06.2010

Dr. Franz-Stephan v. Gronau | Dipl.-Kfm., Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

12.30 **Imbiss**

13.30 **Fortsetzung einschließlich Kaffeepause**

2. Besteuerung der öffentlichen Hand

Contracting-Gestaltungen im Bereich der öffentlichen Hand

Erich Pinkos | Referent im Körperschaft- und Gewerbesteuerreferat, Bundesfinanzministerium, Berlin

Steuerliche Fallstricke beim Vermögensübergang auf ein Kommunalunternehmen

Dr. Stephan Salzmann | Dipl.-Kfm., Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

Begründung von Betrieben gewerblicher Art durch Kooperation zwischen mehreren Gemeinden

Erich Pinkos | Referent im Körperschaft- und Gewerbesteuerreferat, Bundesfinanzministerium, Berlin

Antworten auf aktuelle Fragen des Energiesteuerrechts

Dr. Susanne Weber | Rechtsanwältin, Stellvertretende Bereichsleiterin, Bereich Finanzen und Steuern, Verband kommunaler Unternehmen e. V., Berlin

Bewertung von Unternehmen im Rahmen der Besteuerung der öffentlichen Hand

Dr. Robert Konold | Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner, LKC

ca.
16.00 **Veranstaltungsende**

LKC Wirtschaftsprüfer
Rechtsanwälte
Steuerberater

VKU Verband kommunaler
Unternehmen e.V.
Landesgruppe Bayern

**BAVERISCHE
GemeindeZeitung**